Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk. durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Poſt 4,80 Mk ausſchließlich Beſtellgeld. durch unſere Vertreter auf dem Lande 4,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfg.
Geſchäftsſtelle: Kleine Ritterſtr. 3.

Neueſte Nachrichten für Stadt und Kreis Merſeburg

Anzeigenpreis: Für den ſiebengeſpaltenen Millimeterraum 15 Pfg. im Reklameteil 60 Pfg. für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen entſprechender Aufſchlag Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 280 Mittwoch, den 10. Dezember 1919 46. Jahrg.

Die Radikaliſierung der Unabhängigen.

Der Traum von der Wiedervereinigung der ſozialdemokratiſchen Gruppen iſt ausgeträumt.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben bisher ſtets behauptet, daß nur ſie allein echte und wahre Sozialdemokraten ſeien, weil die Mehrheitsſozialiſten gegen das Erfurter Programm gröblich verſtoßen und deshalb keinen Anſpruch mehr hätten, als Sozialdemokraten zu gelten. Nunmehr aber werden die Unabhängigen, nachdem ſie auf ihrem Parteitag in Leipzig zum Bolſchewismus hinübergeſchwenkt ſind, ihren Namen „Unabhängige ſozialdemokratiſche Partei Deutſchlands“ ändern müſſen. Denn ſie haben die Demokratie preisgegeben und bekennen ſich rückhaltlos zur Diktatur des Proletariats. Einſtimmig hat der letzte Parteitag der Unabhängigen in Leipzig ein Aktions programm angenommen, worin es heißt:

> Die Diktatur des Proletariats iſt ein revolutionäres Mittel zur Erringung der ſozialen Demokratie. Die Organiſation der ſozialiſtiſchen Geſellſchaft erfolgt nach dem Räteſyſtem. Um dieſes Ziel zu erreichen, bedient ſich die Unabhängige Sozialdemokratie planmäßig und ſyſtematiſch gemeinſam mit den revolutionären Gewerkſchaften und den proletariſchen Räteorganen aller politiſchen, parlamentariſchen und wirtſchaftlichen Kampfmittel Das vornehmſte und entſcheidende Kampfmittel iſt die Aktion der Maſſe. Die U. S. P. verwirft gewaltſames Vorgehen einzelner Gruppen und Perſonen.

Noch deutlicher als bei dieſer Entſcheidung über das Aktionsprogramm trat in Leipzig das Abſchwenken der Unabhängigen zum Bolſchewismus in der Ausſprache über die Stellung zur Internationale hervor. Es handelt ſich um die Frage, ob die bei Kriegsausbruch zuſammengebrochene (zweite) Internationale auf einem Sozialiſtenkongreß in Genf zu neuem Leben erweckt oder Anſchluß an die in Moskau von den Bolſchewiſten gegründete (dritte) Internationale geſucht werden ſoll. Drei Reſolutionen lagen dem Parteitag in Leipzig zu dieſem Punkte vor: Hilferding, der Redakteur der radikalen „Freiheit“, repräſentierte hier den äußerſten rechten Flügel. Er trat in ſeiner Reſolution mit äußerſter Zaghaftigkeit an die Frage des Gehens nach Genf heran. Ledebour, der in Leipzig in der Mitte ſtand, und Stöcker, der die Linke führte, lehnten in ihren Reſolutionen den Gedanken an einen Anſchluß an die zweite Internationale unter allen Umſtänden ab, während aber Stöcker den ſofortigen Anſchluß an die dritte Internationale in Moskau forderte, erklärte Ledebour: Nach den Verleumdungen und Schmähungen der Unabhängigen durch die Bolſchewiſten würden wir Unabhängigen unſere Ehre verletzen, „wenn wir als Waſchlappen und Lakaien nach Moskau gingen und dort anklopften, ob man uns gütigſt hereinlaſſe“. Ledebour verwirft deshalb den ſofortigen Anſchluß an Moskau, er fordert eine gemeinſame Konferenz, auf der die deutſchen Unabhängigen als Gleichberechtigte mit den Moskauer Kommuniſten und deren Filialen zuſammenſitzen.

Und was wurde beſchloſſen? Anſtatt einer der drei Reſolutionen von Hilferding, Ledebour oder Stöcker wurde eine neue Reſolution der Parteileitung und der Kontrollkommiſſion angenommen, welche eine Abſage an die zweite Internationale ausſpricht und als Ziel aufſtellt die Schaffung einer „aktionsfähigen proletariſchen Internationale“ durch Zuſammenſchluß der Unabhängigen mit der dritten Internationale und den ſozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Dieſe Reſolution der Parteileitung wurde mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen, nachdem die radikalſte Reſolution Stöcker mit 169 gegen 114 Stimmen abgelehnt war. Vorher jedoch hatte der Parteitag zur Reſolution der Parteileitung den Zuſatz angenommen:

> „Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt ſein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, ſo iſt der Anſchluß von der deutſchen U. S. P. allein vorzunehmen.“

Damit haben ſich die deutſchen Unabhängigen den ruſſiſchen Bolſchewiſten unterworfen. Aus dieſer Radikaliſierung der Partei hat der Parteitag in Leipzig ſofort die Konſequenzen gezogen bei der Neuwahl des Vorſtandes. Eigentlich war nur ein Nachfolger für Haaſe zu wählen. Der Geſamtvorſtand wurde aber genötigt, ſich zur Neuwahl zu ſtellen. Bei dieſer Wahl fiel ſelbſt ein Ledebour als nicht radikal genug durch. Die beiden ganz Radikalen Criſpien und Däumig wurden mit 263 bezw. 151 Stimmen zu Vorſitzenden der Partei gewählt, während Ledebour nur 124 Stimmen erhielt. Auf dem Parteitag der Unabhängigen im März waren zunächſt Haaſe und Däumig zu Vorſitzenden gewählt worden; als dann aber plötzlich Haaſe erklärte, mit Däumig, der ſich im Januar mit ihm nicht habe auf dieſelbe Kandidatenliſte ſetzen laſſen wollen, nicht zuſammenarbeiten zu können, wurden Criſpien und Haaſe mit dem Vorſitz betraut.

Von welchem Geiſte der Parteitag in Leipzig beſeelt war — dafür einige Proben. Lebhaften Widerſpruch verzeichnet der Bericht der „Freiheit“ nach den Worten eines verhältnismäßig gemäßigten Delegierten: Unſere Politik muß die Politik des Möglichen ſein.“ — Ein Delegierter aus Köln erklärte: „Wir ſollten unſeren Ehrgeiz dareinſetzen, eine Partei links von uns überhaupt unmöglich zu machen.“ Die Unabhängigen ſind auf dem Wege nach dieſem Ziel. Denn der „Freiheit“-Redakteur Hilferding ſagte in Leipzig von der Moskauer Internationale, der ſich die Unabhängigen unter allen Umſtänden anſchließen wollen: „Ihr Geiſt geht dahin, daß ihr nur angehören kann, wer die taktiſchen Maßnahmen der Bolſchewiki billigt.“

Neueſte Nachrichten.

Verhandlungen zur Ratifizierung des Friedens.

London, 9. Dez. (Reuter.) In Erwiderung auf eine Anfrage ſagte Bonar Law: Zwiſchen den Alliierten und der deutſchen Regierung finden Verhandlungen im Hinblick auf die ſofortige Ratifizierung des Friedensvertrages ſtatt. Es iſt kaum daran zu zweifeln, daß dieſe Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen. — Der Miniſterpräſident Lloyd George erklärte bei einer Verſammlung in Mancheſter: Man habe noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden, denn Deutſchland glaube, daß es aus den Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den Verbündeten und Amerika Vorteile ziehen könne.

Gegen eine militäriſche Aktion gegen Deutſchland.

Baſel, 9. Dez. (T.-U.) Wie die Preß-Information aus Paris erfährt, ſollen ſich Amerika, Japan und Italien gegen eine militäriſche Aktion gegen Deutſchland auch im Falle der Verzögerung der Unterſchreibung der Ententeforderungen ausgeſprochen haben.

Arbeitsaufnahme bei der Vulkanwerft.

Hamburg, 9. Dez. (T.-U.) Die Vulkan-Werft gibt bekannt, daß der Betrieb am morgigen Mittwoch wieder aufgenommen wird. Heute vormittag nimmt eine Arbeiterverſammlung den Bericht der Verhandlungskommiſſion entgegen. Wie das „Hamburger Echo“ dazu erfährt, wird die Arbeit unter den verbeſſerten Bedingungen wieder aufgenommen werden, d. h. mit Einſchluß der Akkordarbeit. Eine Minderheit von Arbeitern wird nicht wieder eingeſtellt werden.

Niederlage der Unabhängigen bei einer Bürgermeiſterwahl.

Gotha, 9. Dez. (T.-U.) Eine empfindliche Niederlage erlitten die Unabhängigen Sozialdemokraten bei der Bürgermeiſterwahl in Ruhla. Dort ſtellten die Unabhängigen dem bisherigen Bürgermeiſter König als eigenen Kandidaten ihren Sekretär Nilius aus Halle gegenüber. Ein Teil der Sozialdemokraten trat offen für den bisherigen Bürgermeiſter König ein, und ſo erhielt der Kandidat der Unabhängigen Nilius nur 279 Stimmen gegen 1233 Stimmen, die für König abgegeben wurden.

Rumänien beſetzt Siebenbürgen.

Klauſenburg, 9. Dez. (Priv.-Tel.) Das Rumäniſche Preſſebüro meldet: Am 4. Dezember beſetzten rumäniſche Truppen das durch den Bukareſter Vertrag von 1913 Rumänien zugeſprochene Gebiet jenſeits der Donau.

Elſaß-Lothringen dankt in der franzöſiſchen Kammer für die Rückkehr zu Frankreich.

Paris, 9. Dez. (Havas.) In der geſtrigen Eröffnungsſitzung der neugewählten franzöſiſchen Kammer verlas der Deputierte Dr. Francois namens der elſaß-lothringiſchen Abgeordneten eine lange Erklärung, in der er auf den Proteſt der Elſaß-Lothringer gegen die Annektion der beiden Provinzen Elſaß und Lothringen in der Nationalverſammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Jetzt ſchmiedeten die elſaß-lothringiſchen Abgeordneten die Kette der hiſtoriſchen Überlieferung wieder zuſammen. Die Erklärung ſchloß mit dem Ausdruck der Befriedigung über die Rückkehr zu Frankreich und dem Dank an die franzöſiſche Nation und die Alliierten für die Befreiung der beiden Provinzen.

Weiter wird gemeldet:

Die neugewählte franzöſiſche Kammer iſt Montag nachmittag zuſammengetreten. Die elſaß-lothringiſchen Deputierten hielten nach der Eröffnung in corpore ihren Eingang, bei dem ſich ſämtliche Abgeordnete erhoben und ihnen Beifall klatſchten. In einer Begrüßungsanſprache feierte der Alterspräſident die Rückkehr von Vertretern von Elſaß und Lothringen in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Ära in der Geſchichte Frankreichs Hierauf verlas namens der elſaß-lothringiſchen Regierung Abg. Dr. Francois die bereits gemeldete Erklärung. Im Namen der Regierung begrüßte ſodann Miniſterpräſident Clemenceau die Brüder von Elſaß und Lothringen und erinnerte an die notwendige Organiſation des Friedens, die erfolgen müßte. Das Werk warte nur auf den Arbeiter.

Franzöſiſche Maßnahmen im Elſaß.

Karlsruhe, 9. Dez. (T.-U.) Der direkte Verkehr zwiſchen Baden und dem Elſaß iſt wieder durch franzöſiſche Grenzmaßnahmen unterbrochen. Die franzöſiſche Garniſon in Kehl iſt beträchtlich verſtärkt worden. Zeitungen aus dem Elſaß kommen nicht mehr nach Baden.

Die Räumung des Baltikums.

Berlin, 9. Dez. (T.-U.) Nach Nachrichten aus Oſtpreußen wird morgen ſpäteſtens übermorgen das letzte deutſche Regiment im Baltikum, das 3. kurländiſche Infanterie-Regiment, die deutſche Grenze überſchreiten. In Pommern kommen jetzt täglich Transporte der zurückkehrenden deutſchen Truppen aus dem Baltikum an.

Friedensfragen.

Vor der Entſcheidung.

Aus Berlin wird berichtet: Die Meldungen aus dem Auslande über die unmittelbar bevorſtehende Antwort der Entente widerſprechen ſich inhaltlich zwar vollkommen, haben aber doch das eine gemeinſam, daß ſie erkennen laſſen, daß der Augenblick der Entſcheidung jetzt herannaht. Die nächſten Tage, vielleicht ſchon die nächſten Stunden, werden Klarheit darüber ſchaffen, wie ſich die außenpolitiſche Kriſe, die eigentlich ſeit der Note Clemenceaus vom 1. November latent war, weiter entwickeln wird. Das Reichskabinett iſt am Montag morgen zu einer Sitzung zuſammengetreten. Ob es von dem Inhalt der in Ausſicht ſtehenden neuen Note der Entente durch Herrn von Lersner vertraulich bereits Mitteilung bekommen hat, wiſſen wir nicht, möchten es aber faſt vermuten. Und gerade deshalb iſt es nicht ohne Bedeutung, daß die allgemeine Stimmung innerhalb der Regierung ſeit Freitag um einige Schattierungen zuverſichtlicher geworden iſt. Dabei iſt zweierlei voneinander zu unterſcheiden. Zunächſt einmal die Forderung der Entente, die für jeden Kriegsgefangenen eine Tonne Schiffsraum verlangt. Deutſchland hat dagegen einen Schiedsſpruch verlangt, hat aber darüber hinaus auch noch ſehr weitgehende Entſchädigungsvorſchläge gemacht, durch die Clemenceau vor die klare Beantwortung der Frage geſtellt wird, ob es ihm bei dem Schadenerſatz für die Verſenkung der deutſchen Flotte wirklich nur um den Rechtsanſpruch zu tun iſt, oder ob die Verſenkung nur den Vorwand bieten ſoll für neue Laſten, die das wirtſchaftliche Hochkommen Deutſchlands dauernd unmöglich machen ſollen. Uns iſt der Ausſpruch eines unſerer führenden Sachverſtändigen bekannt, der ſich dahin äußerte, daß die ganze Auslieferung unſerer Handelsflotte in ihren Folgen nicht ſo kataſtrophal geweſen iſt, wie die Abgabe unſerer Kräne und Bagger ſein müßte. Haben wir keine Bagger mehr, dann verſanden unſere Flußmündungen und Häfen, haben wir keine Kräne und Docks mehr, dann iſt es für uns unmöglich, neue Schiffe zu bauen und dann hat die Entente von ſelbſt die Handhabe, nach Ablauf des erſten Jahres uns neue „Strafen“ aufzuerlegen wegen Nichteinhaltung des Friedensvertrages.

Von noch größerer grundſätzlicher Bedeutung aber iſt die Forderung, daß wir ſelbſt der Entente durch Unterzeichnung des Schlußprotokolls das Recht geben ſollen, jederzeit bei uns einzumarſchieren, alſo den Kriegszuſtand auch im Frieden zu verewigen. Daß wir ſie gegebenenfalls nicht daran hindern können, iſt eine glatte Selbſtverſtändlichkeit. Aber es iſt doch etwas anderes, ob die Entente ſich ſpäter zu einem ſolchen Vorgehen unter Druck des Friedensvertrages entſchließen würde, oder ob ſie aus unſerer eigenen Unterſchrift für ſich einen Rechtsanſpruch ableiten will. Deswegen kann es ſich hier kaum wie im erſten Fall um ein Kompromiß oder um Erſatzangebote handeln. Das iſt eine grundſätzliche Frage, die nur mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet werden darf. Deshalb bedeutet das Verharren der Entente auf dieſer Forderung auch einfach die Wiederholung der Schickſalsfrage vom 23. Juni. Wir ſind noch einmal ſo weit, entſcheiden zu müſſen, ob ein Ende mit Schrecken nicht doch vielleicht beſſer iſt, als der Schrecken ohne Ende. Und es beſteht wenig Wahrſcheinlichkeit, daß die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung ſich für die zweite Alternative entſcheiden wird.

Noske gegen die Unterzeichnung.

Reichswehrminiſter Noske erklärte einem Korreſpondenten der „Daily Mail“ in Berlin, daß für Deutſchland der Augenblick gekommen ſei, mit letzter Energie den Forderungen der Alliierten zu widerſtehen. Die Alliierten können das Land beſetzen, wenn ſie wollen. Der Friede, den ſie uns jetzt anbieten, iſt nicht ein Friede, ſondern eine Verlängerung des Kriegszuſtandes. Die Annahme eines ſolchen Vertrages würde das Volk dahin bringen, an den Männern, die ihn unterzeichnen ſollten, Rache auszuüben, und dieſe wäre gerechtfertigt. Noske fügte hinzu, daß ſeine Meinung von den andern Mitgliedern der deutſchen Regierung geteilt werde.

Endgültige Beſchlüſſe gegen Deutſchland noch nicht gefaßt.

Wie der Lyoner „Progres“ aus Paris meldet, nahm an der Sonnabendſitzung des Oberſten Kriegsrates auch der italieniſche Generalſtabschef teil. Es ſeien endgültige militäriſche Beſchlüſſe gegen Deutſchland bis Sonnabend abend nicht gefaßt worden. Eine Sitzung des franzöſiſchen Geſamtminiſteriums unter dem Vorſitz Clemenceaus ſollte am Sonntag vormittag ſtattfinden.

Der „Homme libre“ meldet, daß Verhandlungen der Alliierten mit Deutſchland über den 15. Dezember hinaus nicht fortgeſetzt würden.

Gerüchte über den Inhalt des Entgegenkommens.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Zürich: Der Pariſer Berichterſtatter der „National-Ztg.“ berichtet, es ſei ſehr gut möglich, daß mit Rückſicht auf den deutſchen Bedarf an Hafenmaterial auf die 400 000 Tonnen Hafengerät und auf die Klauſel der militäriſchen Zwangsmaßnahmen auf deutſchem Boden verzichtet werde unter der Vorausſetzung, daß Deutſchland endlich mit ſeiner Umwälzug ernſt mache und ſich von der imperialiſtiſchen und monarchiſtiſchen Taktik losſage. Insbeſondere erwartet man, daß das gegenwärtig parlamentariſch regierte Deutſchland ſich in Paris endlich durch neue Leute vertreten laſſe. Es könne behauptet werden, daß, wenn das Vorgehen der Entente das gewünſchte Ergebnis habe, und unmittelbar oder mittelbar die deutſche diplomatiſche Vertretung in Paris mit den Rechten des ancien regime wegfege, dann Europa von der verſöhnlichen Geſinnung der Entente überraſcht ſein werde.

Ermäßigungen in der Scapa Flow-Angelegenheit.

Aus Waſhington wird gemeldet: „New York Times“ melden aus Paris, daß die engliſche Regierung auf Vorſtellung der amerikaniſchen Delegation Neigung zeige, ihre Forderung bezüglich der Scapa Flow-Angelegenheit zu ermäßigen.

Abreiſe der Amerikaner aus Paris.

Nach dem „Corriere della Sera“ iſt der Befehl Lanſings zur Abreiſe der geſamten amerikaniſchen Delegation aus Paris auf den 10. Dezember ein neuer Beweis des Zwieſpalts in der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten. Dieſer Befehl Lanſings habe in Paris große Beſtürzung hervorgerufen und deute auf ein entſchiedenes Abrücken der Vereinigten Staaten von den Angelegenheiten Europas hin.

Ein Heimtransport der Gefangenen bis Weihnachten unmöglich.

Die „Deutſche Allg. Ztg.“ meldet: Das bayeriſche Korreſpondenz-Büro Hoffmann verbreitete kürzlich die Meldung, der Kardinal-Staatsſekretär habe dem Münchener Nuntius mitgeteilt, daß der Heilige Stuhl ſich bei der franzöſiſchen Regierung für die Freilaſſung der deutſchen Kriegsgefangenen bis Weihnachten eingeſetzt habe. Von unterrichteter Seite wird darauf aufmerkſam gemacht, daß der Heilige Stuhl ſich dauernd für die Beſſerung des Loſes der deutſchen Kriegsgefangenen verwendet hat, daß aber die Verbreitung ſolcher Nachrichten bedenklich iſt, weil dadurch falſche Hoffnungen in der deutſchen Bevölkerung erweckt werden. Selbſt wenn es den Bemühungen des Papſtes gelänge, die Haltung der Regierung Clemenceaus günſtig zu beeinfluſſen, ſo muß doch darauf hingewieſen werden, daß der Heimtransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich bis Weihnachten ſchon aus transporttechniſchen Umſtänden unmöglich iſt.

Die Veröffentlichung der Kriegsakten des Auswärtigen Amtes am 10. Dezember.

Zu der Nachricht über die Veröffentlichung der Dokumente aus den Archiven des Auswärtigen Amtes wird von unterrichteter Seite erklärt, daß die Veröffentlichung dieſer Dokumente in der Bearbeitung von Profeſſor Schücking und Graf Montgelas beſtimmt am 10. Dezember erfolgen ſoll. Im übrigen iſt die Frage aufzuwerfen, ob Karl Kautsky urheblich befugt iſt, ſeine als Sachverſtändiger gewonnene Kenntnis des deutſchen Aktenmaterials in ſeinem eigenen Buche zu verwerten.

Frankreichs Gewaltherrſchaft in Saarbrücken.

Aus zuverläſſiger Quelle verlautet, daß die franzöſiſchen Militärbehörden der Stadt Saarbrücken wegen der letzten Streikunruhen, die bereits zwei Monate zurückliegen, die Zahlung einer ſehr ſchweren Buße aufzuerlegen gedenken. Die Geſamtſumme der

Forderungen, die geſtellt werden ſollen, beläuft ſich auf 11 bis 12 Millionen Mark. Der Hauptanteil dieſer Rieſenſumme iſt für die franzöſiſchen Geſchäftsleute als Erſatz für angebliche Plünderungsſchäden beſtimmt. 250 000 Francs ſind als Sühne für die Tötung eines franzöſiſchen Majors beſtimmt, der nach franzöſiſchen Meldungen von einem farbigen franzöſiſchen Soldaten im hellerleuchteten Fenſter erſchoſſen wurde. Eine Entſchädigung für die Familien der von den Franzoſen unſchuldig erſchoſſenen Deutſchen, die mit den Unruhen nichts zu tun hatten, und des ermordeten Eiſenbahnbeamten Johannes iſt dagegen nicht beabſichtigt.

Zur Beantwortung der letzten Ententenote.

Bereits vor einigen Tagen, ſchreibt die „D. Allgem. Ztg.“, iſt der Verſuch gemacht, in Paris feſtzuſtellen, wann eine Beantwortung der Mitteilung des deutſchen Vertreters vom 1. Dezember zu erwarten ſein wird. Bei dem großen Wert, den die alliierten Regierungen ebenſo wie Deutſchland auf eine ſchnelle Inkraftſetzung des Friedensvertrages legen, ſei anzunehmen, daß dieſe Antwort bald erfolgen werde. Für den Fall, daß es zu weiteren mündlichen Verhandlungen komme, beſtehe die Abſicht, neben Herrn von Simſon auch einen Delegierten aus den Hanſaſtädten zu entſenden, der darüber Aufſchluß geben könne, welche Wirkung die Abgabe der verlangten 400 000 Tonnen Hafenmaterial auf das deutſche Wirtſchaftsleben ausüben würde.

Teile der Baltikumtruppen gegen die Regierung.

Danzig, 9. Dez. In Weſtpreußen untergebrachte Baltikumtruppen, beſtehend aus Teilen der Detachements Plehwe und anderer verſprengter Detachements nehmen teilweiſe gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teil der weſtpreußiſchen Preſſe veröffenlichen ſie eine Kundgebung, in der die Einwechſlung des Bermondtgeldes verlangt wird. Eine Abſage würde kataſtrophal ſein.

Die Verwendung der Eiſernen Diviſion.

Die Eiſerne Diviſion wird verhältnismäßig geſchloſſen aus dem Baltikum zurückkehren. Ein Teil von ihr iſt dazu verwendet worden, einen Kordon bilden zu helfen, um keine verſprengten Trupps, die nicht zur Eiſernen Diviſion gehören, fortzubringen.

Zur Lage im Reiche.

Die Kriſis im Metallarbeiter-Verband.

Am Montag abend fanden in Berlin Maſſenverſammlungen der Metallarbeiter ſtatt, die von ausſchlaggebender Bedeutung für die Zukunft dieſer größten Gewerkſchaft Berlins ſind. Nachdem der Metallarbeiterſtreik verloren gegangen und das Vermögen des Verbandes ſo gut wie aufgebraucht iſt, haben die radikalen Elemente in der Berliner Leitung des Verbandes den Antrag geſtellt, daß zukünftige Mitglieder der S. P. D. mit dem Amt eines Funktionärs nicht mehr betraut werden dürfen. In den Monatsverſammlungen ſoll darüber beſchloſſen werden und es dürfte vorausſichtlich zu heftigen Auseinanderſetzungen kommen. Auch in den Kreiſen der U. S. P. herrſchen Bedenken gegen die Ausſchaltung der Mehrheitsſozialiſten. Man möchte eine vollſtändige Spaltung der Metallarbeiterſchaft vermeiden.

Was geſchieht mit der Vorlage über das Reichsnotopfer?

Berlin, 9. Dez. An der geſtrigen Börſe war das Gerücht verbreitet, daß die Vorlage über das Reichsnotopfer von der Reichsregierung zurückgezogen worden iſt. Von zuſtändiger Stelle wird die Richtigkeit dieſer Nachricht beſtritten mit dem Hinzufügen, daß die Vorlage in der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung zur Sprache kommen werde. In welchem Sinne freilich das geſchehen werde, wird in der amtlichen Auskunft offen gelaſſen. Wie bekannt, iſt gegen das Reichsnotopfer bis in die letzten Tage hinein von allen maßgeblichen Kreiſen unſeres Wirtſchaftslebens, und das ſo ziemlich ohne jeden Unterſchied der Parteirichtung, ernſter Widerſpruch erhoben worden, zumal auch von den Berliner Großbanken, die der Reichsregierung noch einmal in dieſen Tagen das „Unheil von namenloſer und nicht zu verantwortender Schwere“ vor Augen hielten, das mit der Verabſchiedung der Vorlage über die deutſche Volkswirtſchaft hereinbrechen würde. Wenn auch ſolche Stimmen wirkungslos verhallen ſollten, ſo dürfe man ſich nicht darüber wundern, daß ſchließlich auch diejenigen, denen es noch ernſt mit dem Wohle unſeres Vaterlandes iſt, die Dinge gehen laſſen, wie ſie ſind.

Nationalverſammlung und Gefangenenheimkehr.

Dienstag mittag um 1 Uhr veranſtaltet die Nationalverſammlung eine Kundgebung für die Heimkehr unſerer Kriegsgefangenen. Zu Beginn der Sitzung wird Präſident Fehrenbach eine Entſchließung verleſen, die von ſämtlichen Parteien unterzeichnet iſt. In dieſer Entſchließung werden die Neutralen aufgefordert, für die Freigabe der deutſchen Gefangenen einzutreten. Schließlich wird der Reichsminiſter des Auswärtigen Hermann Müller eine Rede halten.

Gegen die Auflöſung der Einwohnerwehren.

Die Leitung der Einwohnerwehren von Groß-Hamburg hat ein Telegramm an die Zentrale der Einwohnerwehren in Berlin gerichtet, in dem ſie gegen die von der Entente geforderte Auflöſung der Einwohnerwehren proteſtiert, da damit die Ruhe und Ordnung aufs ſchwerſte gefährdet und die Durchführung der Friedensbedingungen unmöglich gemacht werde.

Es gibt kein Streikrecht der Staatsbeamten.

Eine Berliner Nachrichtenſtelle teilt eine Verfügung der Staatsregierung über das Streikrecht der Beamten mit. Sie lautet:

„Die Staatsregierung ſtimmt mit den großen Beamtenverbänden in der Auffaſſung überein, daß die feſte Anſtellung der Beamten unter ſtaatlicher Garantie ihrer beſonderen Rechte, ihrer Gebundenheit an den Dienſtvertrag, den ſie einſeitig nicht löſen können, entſpricht. Das Koalitionsrecht iſt noch kein Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienſtverweigerung ſtellt ſich aber als Dienſtvergehen dar, das die geſetzlichen Folgen nach ſich zieht. . .

Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Anſicht teilt. Dieſe können ſich darauf verlaſſen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote ſtehenden Machtmittel anwenden wird, um die Dienſtwilligen vor dem Terror einzelner zu ſchützen.“

Zeichen der Zeit.

Aus Carlowitz wird der „Schleſ. Ztg.“ geſchrieben: Unglaubliche Zuſtände haben ſich bei der Eiſenbahnſtrecke zwiſchen Schottwitz und Odertorbahnhof herausgeſtellt. Wer am frühen Morgen in die Gegend dieſer Strecke kommt, dem fällt eine Kolonne von etwa 100 Menſchen auf, die ſich entlang der Bahnlinie poſtiert haben und auf die einfahrenden Kohlenzüge warten. Da die Züge kurz vor Breslau auf die Einfahrt warten müſſen, ſind ſie gezwungen, auf der Strecke liegen zu bleiben, und dieſe Zeit benutzen die bereits wartenden Männer, Frauen und Kinder, um geſchwind die Züge zu erklettern und von den Waggons ſoviel Kohlen herunterzuwerfen, wie das in der Zeit des Haltens möglich iſt. Das Zugperſonal ſteht mit der Pfeife im Munde dabei und ſchaut dieſem Treiben zu. Mit bereitgehaltenen Wagen werden die Kohlen abgefahren, die Kolonnen bleiben aber, um den nächſtfolgenden Zug zu erwarten. In der Zwiſchenzeit, ſpeziell an den Sonntagen, werden die an der Bahnſtrecke liegenden Gewerbetreibenden und Werke von dieſen Kolonnen heimgeſucht und arg beſtohlen. Auf Anzeigen der Geſchädigten iſt bisher nichts erfolgt. Gemeindevorſteher und Landrat erklärten, daß ſie mit dieſer Angelegenheit nichts zu tun haben. Wahrſcheinlich werden die dort geraubten Kohlen diejenigen ſein, die jetzt in Breslau unter der Hand mit 13 bis 15 ℳ pro Zentner gehandelt werden.

Aus Worms geht der „Deutſchen Tageszeitung“ folgende Meldung zu: Der erſt vor wenigen Wochen gewählte ſozialdemokratiſche Bürgermeiſter von Lampertheim mußte nach einer überaus ſtürmiſchen Bürger- und Arbeiterverſammlung ſein Amt niederlegen und flüchten, weil er den für die Gemeinde beſtimmten Speck an ſeine Freunde abgegeben und für ſich behalten hatte. Dem Arzt, der die ganze Schmierenwirtſchaft rückſichtslos aufdeckte, wurden von der Arbeiter- und Bürgerſchaft große Kundgebungen dargebracht.

Bayern und das Reich.

München, 8. Dez. Am Sonnabend ſprach in Augsburg in einer Verſammlung der ſozialdemokratiſchen Partei Miniſterpräſident Hoffmann, wobei er nach der „Münchner Poſt“ ſich über die Zurückhaltung der deutſchen Kriegsgefangenen durch die Franzoſen äußerte. Die Regierung habe alles getan, um die unglücklichen Volksgenoſſen zu befreien, aber Frankreich ſei unerbittlich. Sei auch vieles in Trümmer gegangen, führte er weiter aus, eines ſei uns erhalten geblieben, die deutſche Einheit. Ein vom Reiche losgelöſtes Bayern werde vollſtändig iſoliert.

Die erſten Tabakzufuhren für Deutſchland.

Wie das „Berl. Tageblatt“ ſich berichten läßt, ſeien in Hamburg die ſeit 1914 erſten direkten Tabakzufuhren aus den überſeeiſchen Produktionsländern eingetroffen und zwar 18 000 Ballen Braſil-Tabak und 275 Kiſten Seedleaf. Weitere 8000 Ballen Braſil-Tabak würden noch in dieſem Monat erwartet.

Wiederaufnahme der Arbeit in Hamburg.

Die Direktion der Vulkanwerften in Hamburg gibt laut „Vorwärts“ bekannt, daß der Betrieb am Mittwoch aufgenommen wird. Heute vormittag nimmt eine allgemeine Arbeiterverſammlung den Bericht der Verhandlungskommiſſion entgegen. Die Arbeit werde unter den verabredeten Bedingungen wieder aufgenommen werden, das heißt mit Einſchluß der Akkordarbeit.

Keine Zurückziehung des Reichsnotopfers.

In dem Aufbringen des Gerüchts, daß die Vorlage über das Reichsnotopfer zurückgezogen worden ſei, möchte die „D. Allgem. Ztg.“ einen der letzten Verſuche ſehen, das Reichsnotopfer zu Fall zu bringen, das letztere komme aber im Plenum der heutigen Nationalverſammlung zur zweiten Leſung.

Politiſche Überſicht.

Frankreich.

Frankreichs Heeresbedarf und ſein Menſchenmangel.

Das „Petit Journal“ führt aus: Frankreich habe im linksrheiniſchen Gebiete eine Beſatzung von 90 000 Mann zu unterhalten. Im eigentlichen Frankreich einſchließlich Elſaß-Lothringen brauche man mindeſtens 180 000 Mann, in Marokko 75 000 Mann, in Algier und Tunis 60 000 Mann, in Syrien 30 000 Mann, in den Kolonien 80 000 Mann. Die Friedensarmee müſſe daher eine Stärke von faſt 520 000 Mann erhalten, aber die Einführung des einjährigen Dienſtes werde nur 230 000 Rekruten ergeben. Daher werde Frankreich etwa 300 000 Berufsſoldaten brauchen, die außer in Frankreich auch in den afrikaniſchen und aſiatiſchen Kolonien anzuwerben wären.

England.

Keine engliſche Miſſion nach Rußland.

Kopenhagen, 9. Dez. Die engliſche Geſandtſchaft in Kopenhagen hat vom Londoner Miniſterium des Auswärtigen Weiſung erhalten, dem Gerücht von der angeblichen Entſendung einer beſonderen engliſchen Miſſion nach Moskau entgegenzutreten. Verhandlungen mit der Sowjetregierung ſeien energiſch zu dementieren.

Lloyd George über das anglo-franzöſiſche Bündnis.

Baſel, 8. Dez. In einer Verſammlung in Liverpool ſagte Lloyd George, er glaube nicht an die Verwirklichung des geplanten Schutzbündniſſes zwiſchen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Bündniſſe dieſer Art, ſagte er, pflegen gerade dann, wenn man ſie braucht, zu zerreißen.

Vor einem neuen engliſchen Eiſenbahnerſtreik.

Haag, 9. Dez. „Evening Standard“ verzeichnet das aus wohlunterrichteten Kreiſen ſtammende Gerücht, daß ein neuer Eiſenbahnerſtreik für den 19. Dezember geplant iſt und daß der ganze Dreiverband den Plan unterſtützen werde. Das Gerücht wird auch von verſchiedenen anderen Londoner Blättern mitgeteilt, die damit rechnen, daß die zweite Kraftprobe in die Tat eintreten wird.

Italien.

Reguläre italieniſche Truppen in Fiume.

Baſel, 9. Dez. Die italieniſchen Blätter melden amtlich, daß reguläre italieniſche Truppen in Fiume zur Unterſtützung d'Annunzios eingezogen ſind. Die Truppen d'Annunzios verbündeten ſich mit dem regulären Militär. In Italien wird dieſe Nachricht mit großer Begeiſterung aufgenommen.

Japan.

Japan rüſtet für den „unvermeidlichen“ Krieg.

Kopenhagen, 9. Dez. „Politiken“ meldet aus London, daß Japan verſucht, britiſche Offiziere in größerer Zahl anzuwerben. Dieſe ſollen ſich verpflichten, gegen jedes Land außer ihrem Vaterland zu kämpfen. Der Agent, der die Werbearbeiten ausführt, erklärte, daß ein Krieg zwiſchen Japan und „einer anderen Macht“ in wenigen Jahren unvermeidlich ſei. Während dies von engliſcher Seite als auf Amerika gemünzt betrachtet wird, beachtet man gleichzeitig die großen Anſtrengungen, die Japan macht, um Koltſchak zu unterſtützen. Es iſt hervorzuheben, daß der tüchtigſte japaniſche Politiker, Kato, zum Botſchafter bei Koltſchaks Regierung ernannt wurde.

Deutſchland.

— **Ein verſtändiges Urteil aus konſervativem Munde.** In der „Süddeutſchen Konſervativen Korreſpondenz“ ſchreibt deren Herausgeber Röder: „Milliarden werden verſchleudert für Luxus, für Schokolade, für entbehrliche Dinge, und damit wird unſere Valuta immer ſchlechter. Sinnlos wird in den Tag hineingelebt. Verkürzte Arbeitszeit, erhöhte Löhne, Feiertage, Streiks. Andauernd leben wir aus unſeren gefüllten Brieftaſchen, die „aber immer dünner werden“. Und dazu muß natürlich wieder ein Sündenbock her; ſind es die Juden nicht, dann iſt es der Erzberger. Immer dieſe kindiſche und korrupte Anſchauung, als ob einer für das Chaos verantwortlich zu machen ſei, als ob einer es bewältigen könnte. Ehrlichkeit und politiſche Anſtändigkeit gebieten zu ſagen, daß die jetzt herrſchenden wirtſchaftlichen Verhältniſſe unabwendbar ſind und durch keinerlei Änderung der politiſchen Form des Staatsweſens beſeitigt werden können. Ob Monarchie, ob Republik — was wir heute erleben, iſt das unausbleibliche Ergebnis einer Weltverheerung an Werten, wie ſie noch nie erlebt wurde. Aber eben darum treiben beſonnene und ehrliche Männer keine Agitation mit politiſchen Schlagworten, ſondern bauen und ſchaffen wir an der Wiederaufrichtung der Weltwirtſchaft. Was wir heute in Berlin an Agitation erfahren, iſt kindiſch und dumm und kann keinen anderen Erfolg haben, als die äußerſte revolutionäre Richtung zu ſtärken.“ — Die Parteien der Rechten denken leider nicht daran, ſolchem Führer zu folgen. Seine Stimme bleibt die eines Predigers in der Wüſte.

M. H.

Volkswirtschaftliches.

⊙ **Die Landwirtſchaft in Thüringen und in Preußen.** Anläßlich der Beratungen über die bedrohte Kartoffelverſorgung Thüringens wurde darauf hingewieſen, daß auch in den früheren Jahren Thüringen immer auf die Zufuhr, vor allem aus den angrenzenden preußiſchen Gebietsteilen angewieſen war. Kamen 1913 auf 100 Einwohner in Thüringen 695 Doppelzentner Kartoffeln, ſo waren es in der Provinz Sachſen 1092 Doppelzentner. Auch in den Ernteerträgen anderer landwirtſchaftlichen Erzeugniſſe iſt Thüringen ungünſtiger geſtellt und von ſeiner Umgebung abhängig. So entfielen vom Roggen auf 100 Einwohner in Thüringen 120 Doppelzentner, in der Provinz Sachſen 227 Doppelzentner, vom Weizen in Thüringen 110 Doppelzentner, in der Provinz Sachſen 192 Doppelzentner, nur in Hafer und Wieſenheu übertraf Thüringen 1913 die Provinz Sachſen. Es erntete, auf 100 Einwohner berechnet, an Hafer 168 und an Wieſenheu 274 Doppelzentner, während die Provinz Sachſen 159 und 266 Doppelzentner erbrachte. Zieht man jedoch den Durchſchnitt der Jahre 1903/12 bei Zugrundelegung der Anbaufläche von 1913, ſo verſchiebt ſich das Bild zugunſten Preußens. Es entfallen dann auf Hafer 159 und Heu 260 Doppelzentner in der Provinz Sachſen, während die entſprechenden Zahlen für Thüringen 139 und 301 ſind.

Merſeburg und Umgegend.

9. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten ſiehe Beilage.)

** **Größere Sorgfalt bei den Adreſſen der Poſtſendungen** wird von den beteiligten Stellen ſowohl wie von öffentlichen Korporationen dringend empfohlen. Deutlichkeit der Aufſchrift bei Briefen und Poſtſendungen iſt unerläßliche Vorausſetzung für richtige und ſchnelle Beſtellung. Den in größeren Städten wohnenden Briefempfängern iſt weiter dringend zu empfehlen, daß ſie auf Verwandte, Bekannte und Geſchäftsfreunde wegen Vollſtändigkeit und Genauigkeit der Aufſchriften einwirken, indem ſie auf ihren Briefen unter der Ortsangabe ſtets die eigene Anſchrift vollſtändiger anführen. Hier könnte auch die Poſt ſelbſt vorbildlich wirken und etwas mehr als das Wort „Poſtkarte“ auf die Poſtkarte drucken laſſen. Der Schreiber iſt meiſt bequem, ſtehen aber Straße, Platz, Nummer und Stockwerk bereits vorgedruckt da, ſo wird er die Rubriken auch ausfüllen und die Kaufmannſchaft, beſonders die Banken, mit ihrer großen Privatkundſchaft, würde bald mit den Aufdrucken auf Umſchlägen, Poſtkarten und Streifbändern folgen. Wie die Adreſſierung der Umſchläge bis jetzt erfolgt, geht es kaum weiter; der Name wird oft in unglaublich großen Buchſtaben geſchrieben, während der Ort rechts unten ſehr häufig undeutlich und möglichſt klein geſchrieben daſteht. Zur ſchnellen Beförderung iſt der Ort maßgebend, der Perſonenname iſt für den Briefträger beſtimmt, der ſeine Poſtſachen auf dem Büro nach den Straßennummern ordnet.

** **Maßnahmen zum Schutze der im Ausland geſchädigten Inlandsdeutſchen.** Die Handelskammer Halle bittet alle Inlandsdeutſchen ihres Bezirkes, welche aus Anlaß des Krieges Schäden im Ausland erlitten haben, um umgehende Miteilung ihrer Anſchrift und um kurze Angabe ihrer Anſprüche nebſt Begründung. Es iſt beabſichtigt, alle Geſchädigten in den nächſten Wochen zu einer Beſprechung zuſammenzurufen.

** **Der allgemeine Telegrammverkehr mit Japan** iſt wieder aufgenommen worden. Wortgebühr vom 1. Dezember ab 12,65 ℳ. Die Telegramme können bis auf weiteres nur auf Gefahr des Abſenders angenommen werden.

** **Der Depotzwang.** Im Anſchluſſe an unſere Mitteilung vom 1. Dezember über den Depotzwang, wiederholen wir — um allen Zweifeln zu begegnen — daß nur inländiſche Wertpapiere entweder bei einer Bank, Sparkaſſe oder dergl. hinterlegt oder dem zuſtändigen Finanzamte, d. h. dem Staatsſteueramt in Merſeburg, angezeigt werden müſſen. Natürlich kann auch nur ein Teil hinterlegt und der andere Teil, den man in Selbſtverwaltung behält, dem Finanzamte angezeigt werden. Das Finanzamt erhält von den hinterlegten Wertpapieren ohnehin durch die fortlaufenden Meldungen der Banken und Sparkaſſen Kenntnis. Weiter muß die Hinterlegung und Anmeldung nicht gerade im Dezember bewirkt werden, namentlich von Papieren mit Aprilzinſen nicht. Wer nicht hinterlegt oder nicht anmeldet, erhält ſeine Koupons eben nicht eingelöſt; holt er Hinterlegung und Anmeldung erſt ſpäter nach, vielleicht erſt nach dem 1. April 1920, ſo verzögert ſich naturgemäß die Einlöſung, denn nur die Zinsſcheine hinterlegter oder angemeldeter Stücke werden eingelöſt.

** **Zur Rücklieferung von Orden** hat nach einer Dena-Meldung das preußiſche Staatsminiſterium beſchloſſen, daß diejenigen preußiſchen Orden, die bisher nach dem Ableben des Beſitzers zurückgeliefert werden mußten, ſeinen Hinterbliebenen gegen Zahlung des Wertes zu Eigentum überlaſſen werden können. Entſprechende Anträge ſind an die General-Ordens-Kommiſſion in Berlin zu richten.

** **Haferabſchlüſſe.** Das Reichswirtſchaftsminiſterium nimmt Veranlaſſung, darauf hinzuweiſen, daß durch die von den Kommunalverbänden angeordneten Beſchränkungen der Ausfuhr und der Beförderung von Hafer die von den Landwirten abgeſchloſſenen Verträge über Lieferung von Hafer ebenſowenig aufgehoben worden ſind, wie durch das ſeinerzeit in Geltung geweſene Druſchverbot. Beſagte Maßnahmen können allerdings für gewiſſe Zeit die Lieferung unmöglich machen, insbeſondere werden ſie in der Regel zeitweiſe die Abbeförderung des Hafers verhindern. Hat der Erzeuger die ihm in Gemäßheit der einſchlägigen Verfügungen der Reichsgetreideſtelle auferlegte Lieferungsumlage an Hafer erfüllt, ſo können überdies die Kommunalverbände Ausnahmen von den Ausfuhr- und Beförderungsbeſchränkungen zulaſſen.

** **Lehrlingsprüfungen.** Für die Oſtern 1920 ihre Lehrzeit beendigenden Landwirtſchaftslehrlinge wird im Frühjahr nächſten Jahres Gelegenheit geboten zur Ablegung der Lehrlingsprüfung. Die Anmeldungen zu dieſer Prüfung ſind bis 1. Februar 1920 bei der Landwirtſchaftskammer einzureichen. Der Anmeldung ſind beizufügen: 1. ein kurz gefaßter ſelbſtgeſchriebener Lebenslauf; 2. die Einwilligung des Lehrherrn zur Prüfungsanmeldung; 3. ein Zeugnis des Lehrherrn; 4. die Prüfungsgebühr in Höhe von 20 ℳ. Zur Teilnahme an der Prüfung kann jeder unbeſcholtene Landwirtſchaftslehrling zugelaſſen werden nach Beendigung einer ordnungsmäßigen Lehrzeit in einer in der Provinz Sachſen belegenen Wirtſchaft, fernerhin auch Landwirtſchaftsbeamte bis zum Ablauf eines Jahres nach beendeter Lehrzeit. Für letztere iſt eine Einwilligung des Lehrherrn nicht erforderlich; ſie haben jedoch neben dem Zeugnis des Lehrherrn auch ein Führungszeugnis des derzeitigen Dienſtherrn mit einzureichen. Eine Prüfungsordnung wird auf Wunſch von der Landwirtſchaftskammer gern überſandt. Ganz beſonders wendet ſich die Landwirtſchaftskammer an die Lehrherrn mit der Bitte, auf die von ihnen ausgebildeten Lehrlinge dahin einzuwirken, daß ſie ſich der Prüfung unterziehen.

** **Privat-Theater-Geſellſchaft.** Zu Ehren des Vorſitzenden und Spielleiters der Geſellſchaft, Stellmachermeiſter Hermann Selle, der in dieſen Tagen ſein 40. Bühnenjubiläum begehen konnte, veranſtaltete der Verein am Montag abend im Tivoli einen Theaterabend, der ſich eines recht guten Beſuches zu erfreuen hatte. Über die Bretter ging der bekannte Schwank „Das Stiftungsfeſt“ von G. von Moſer, das den bewährten Kräften der Privat-Theater-Geſellſchaft wieder Gelegenheit gab, ihr Können im Dienſte der heiteren Muſe zu zeigen. Nach dem erſten Akte erfolgte die Ehrung des Jubilars die ſo recht Zeugnis ablegte von der aufrichtigen Dankbarkeit und allgemeinen Verehrung, die die Geſellſchaft ihrem treuen und allezeit tätigen Vorſitzenden bereitete. Namens des Vorſtandes überbrachte Obermeiſter Teichmüller die herzlichſten Glückwünſche zu dieſem ſeltenen Jubiläum und dankte in tiefempfundenen Worten Herrn Selle für die vorbildliche und fruchtbringende Vereinsarbeit während der verfloſſenen 40 Jahre. Meiſter Selle hat während dieſer Zeit allein in 485 Vorſtellungen mitgewirkt! Herr Teichmüller teilte ſodann mit, daß der Verein in Anerkennung ſeiner hervorragenden Verdienſte beſchloſſen habe, den Jubilar zum Ehrenmitglied zu ernennen und überreichte ihm eine entſprechende prächtig ausgeſtattete Urkunde. Weiter haben Mitglieder eine Selle-Stiftung errichtet, die für Zwecke des Vereins Verwendung finden und für alle Zeiten den Namen des verdienſtvollen Meiſters Selle im Verein erhalten ſoll. Recht ſinnig war der Glückwunſch, den Fräulein Anna Winkel im Auftrage der Mitſpieler darbrachte. Sie ehrte und rühmte den Dichter und Schauſpieler und überreichte einen Lorbeerkranz mit Widmungsſchleife. Auch die Jugend des Vereins trat auf den Plan und beglückwünſchte den Jubilar mit einem Blumenkorb. Noch eine ganze Reihe von Spenden erhielt Herr Selle im Verlaufe des Abends, die alle aus dankbaren Herzen kamen. — Nach dem „Stiftungsfeſt“ ging Selles Meiſterwerk, das dramatiſche Weihnachtsgedicht „Friede auf Erden“ über die Bretter und erfuhr ebenfalls eine glänzende Wiedergabe. — Der ſeltene Feſttag wird gewiß allen Teilnehmern noch lange in beſter Erinnerung bleiben.

** **Vaterländiſcher Frauenverein Merſeburg-Stadt.** Man ſchreibt uns: In einer im vorliegenden Blatte veröffentlichten Bekanntmachung ſucht der Verein ein junges Mädchen mit guter Schulbildung, das bereit iſt, ſich auf Koſten des Vereins für den Beruf einer Wöchnerinfürſorgerin ausbilden zu laſſen und dann dieſen Beruf als Angeſtellte des Vereins gegen Gehalt in unſerer Stadt auszuüben. Die unheimliche Säuglingsſterblichkeit in Verbindung mit dem ungeheuren Geburtenrückgange läßt es dem Vaterländiſchen Frauenverein notwendig erſcheinen, durch die Anſtellung einer Fürſorgerin, die ſich neben den Hebammen der Wöchnerinnen nach der Entbindung annehmen ſoll, das Seinige zu tun, um eine vielleicht mögliche Beſſerung zu erreichen. Meldungen mit Lebenslauf, Schulzeugniſſen uſw. werden an die Vorſitzende des Vereins (Schloß Merſeburg) erbeten. Wir können die Bekanntmachung des Vereins nur der allerweiteſten Beachtung der in Betracht kommenden Kreiſe empfehlen.

*

Vortrag über den Elſter-Saale-Kanal.

Zu dem am Donnerstag den 11. Dezember 1919, abends 8 Uhr in der „Funkenburg“ ſtattfindenden Vortrag über den Elſter-Saale-Kanal weiſen wir noch darauf hin, daß von Seiten der für die Mittellinie des Kanals intereſſierten Kreiſe eine ſehr lebhafte Werbetätigkeit in die Wege geleitet worden iſt, die vor allen Dingen den ſogen. Reederſchen Entwurf durchzudrücken ſucht. Dieſer Entwurf ſcheidet die Saale und alle an ihr liegenden Ortſchaften und mit ihr in Verbindung ſtehende Induſtrie vollſtändig aus und würde alſo im Falle ſeiner Durchführung den endgültigen Verzicht auf alle Anſchlüſſe der Saale und Merſeburgs an das mitteldeutſche Kanalnetz bedeuten.

Es iſt daher dringend erforderlich, daß alle an der Kanaliſierung der Saale Intereſſierten ſich immer wieder zuſammenfinden, in öffentlichen Kundgebungen für ihre Ziele eintreten und die Öffentlichkeit mit ihren Wünſchen beſchäftigen.

*

56. Bildungsabend.

Den Hauptgegegſtand bildete der Vortrag des Dr. Bohn aus Halle über die Lehre der Entwicklung des Tier- und Menſchenkörpers. Es war der 4. und letzte Vortrag in der Reihe von Darbietungen, mit welchen Dr. Bohn die Beſucher der Bildungsabende belehrt hatte. Der Redner führte etwa folgendes aus: Wenn in der Natur alle Gattungen beſtehen blieben, ſo würde für ſie auf der Erde ſchließlich kein Platz mehr übrig bleiben. Es kommt ſomit zum Kampf ums Daſein, bei dem nur ein Teil des zum Leben beſtimmten erhalten bleibt und zwar diejenigen Lebeweſen, die am ſtärkſten geworden ſind und die ſich zu Gemeinſchaften zuſammengeſchloſſen haben. Zwei Grundſätze herrſchen hier alſo vor: Der Kampf ums Daſein und die Möglichkeit gegenſeitiger Hilfe, die ſchließlich zum Zuſammenhalt führt. Vertieft und veredelt führt letzterer zu religiöſen Grundſätzen und es ſcheint, daß alle Kulturentwicklung dieſem hohen Ziele entgegenſtrebt. — Die Natur hat am Einzelleben kein Intereſſe, ſie will nur die Gattung erhalten. Je ungeſchützter ein werdender Keim iſt, umſo zahlreicher iſt er in der Natur vorhanden, wie dies bei den Eiern der Inſekten und anderer Tiere zu beobachten iſt. Bei den höher ſtehenden Lebeweſen, Säugetieren und Menſchen, ſind die Schutzeinrichtungen des werdenden Keimes bedeutend zahlreicher und ſorgfältiger eingerichtet, die Auswahl der entſtandenen Geſchöpfe iſt aber dementſprechend längſt nicht ſo groß. Zur Erhaltung der Art bedient ſich die Natur der Fortpflanzung. Die Zellen vermehren ſich; alle Zellen haben die Eigentümlichkeit, ſich teilen zu können. Jede Zelle beſteht aus Zellhaut, -körper und -korn. Der Zellkern iſt der wichtigſte Beſtandteil der Zelle. Die einfachſten Gebilde ſind einzellig. Eine höhre Form liegt in der Vermehrung durch Sporenbildung begründet, eine noch höhere in der Möglichkeit der Knoſpung, wobei ſich in der alten Zelle eine Ausſtülpung und durch deren Abſchnürung eine neue Zelle bildet. Endlich iſt auch die Ausſtoßung der neuen Zelle möglich. Das alles geht ohne Befruchtung vor ſich; iſt alſo bloß bei Lebeweſen möglich, die auf niederer Entwicklungsſtufe ſtehen. Man iſt mit Hilfe eingehender Beobachtung und mühſamer Unterſuchung der Frage nachgegangen, ob zur Entſtehung eines Weſens aus einer Eizelle deren Befruchtung nötig ſei und hat durch Beobachtung des Seeigels feſtſtellen können, daß ein Befruchtungsreiz künſtlich nachzumachen iſt. Aber das entſtandene Tier hat keine Lebenskraft und geht recht bald zu Grunde. Beihöheren Lebeweſen iſt es ſo: Die Keimzelle iſt unbeweglich, während die Samenzelle Bewegung hat. Nach der Befruchtung ſpaltet ſich die länglichrunde Scheibe der Wirbeltieranlage zuerſt in zwei Blätter. Aus dem oberen Keimblatt gehen die Werkzeuge der Bewegung und Empfindung hervor, aus dem unteren Keimblatt die Werkzeuge der Ernährung und Fortpflanzung. Jedes dieſer beiden Keimblätter ſpaltet ſich wieder in Blätter. das obere in Hautſchicht und Fleiſchſchicht, das untere in Gefäß- und Schleimſchicht, ſo daß nun mehrere Blätter übereinander liegen. Die Hautſchicht liefert die äußere Haut. das Hauptnervenſyſtem und die Sinneswerkzeuge, die Fleiſchſchicht bringt die Muskeln und das Knochengerüſt hervor; Gefäßſchicht und Schleimſchicht laſſen die Blutgefäße, die innere Auskleidung des Darmes und andere wichtige Teile des ſpäteren Körpers entſtehen. Hat ſich bei der Befruchtung um die Keimzelle erſt eine Haut gebildet, ſo kann keine weitere Samenzelle mehr eindringen. Vorausſetzung iſt ferner, daß die Keimzelle zur Befruchtung auch wirklich reif ſei. Wichtig iſt die Ernährung der befruchteten Keimzelle. Sie geſchieht bei niederen Tieren durch das Dotter, bei höheren Tieren und den Menſchen durch den Mutterkuchen, ein weiches, blutreiches Organ, das mit dem werdenden Keim in Verbindung ſteht. Der Vortragende kam dann noch zu ſprechen auf die weitere Entwicklung bis zur Geburt und ging beſonders ein auf die Verknüpfung des Blutkreislaufs zwiſchen der Muter und dem werdenden Kinde. Jedenfalls iſt die Entſtehung des lebenden Weſens, beſonders des Menſchen, eines der größten Rätſel aber auch der größten Wunder, die es im Leben der Natur gibt. Die Pflege des Kindes ſtellt an die Mutter die höchſten Anforderungen, und es iſt geradezu ein heiliges Amt, das hiermit der Mutter zuteil geworden iſt. Eine Mutter, die das Erziehungswerk des Kindes nicht mit Ernſt anfaßt, verdient nicht, Mutter zu ſein.

Oberlehrer Hemprich dankte dem Vortragenden für ſeine lehrreichen von größtem Ernſte getragenen Ausführungen und wies nochmal hin auf das, was die kommenden Bildungsabende bieten werden, vor allem auf Montag den 15. Dezember, wo Pfarrer Balthaſar im Schloßgartenſalon ſprechen wird über Weihnachten im deutſchen Liede. Das Lied vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart wird zur Sprache kommen. Es tritt dann in den Bildungsabenden eine Weihnachtspauſe ein, bis dann Anfang Januar Haaß-Berkow mit einem Epiphaniasſpiele den Auftakt zu neuer Arbeit und neuen Darbietungen geben wird. Für Januar ſtehen u. a. Vorträge über Sternkunde in Ausſicht. Nächſten Sonntagnachmittag wird nochmal eine Vorleſung im „Herzog Chriſtian“ ſein.

*

Der Merſeburger Eltern Dank an die Schweiz.

Dank gebührt Euch, für die Liebe,
Die Ihr unſern Kindern gabt,
Als Ihr ſie für viele Wochen
Freundlichſt aufgenommen habt!

Fiel uns Eltern auch der Abſchied
Anfangs doch ein wenig ſchwer,
Freuten wir uns jetzt der Ankunft
Aber dafür um ſo mehr!

Gut erholt, mit runden Wangen,
Kamen fröhlich ſie zurück
Und beim eifrigen Erzählen
Strahlte freuderfüllt ihr Blick.

Von den lieben Pflegeeltern
Schwärmten ſie in einem fort,
Und von Allem, was erlebet
Sie, im ſchönen Schweizer Ort!

Eine Stimme nur des Lobes
Geht durch's ganze deutſche Land,
Über all' die Lieb' und Güte,
Die die Kinderſchar dort fand.

Reich beladen mit Geſchenken
Trafen ſie hier Alle ein,
Und ihr dankbar froh Gedenken
Wird ſtets unaufhörlich ſein.

Aus des Herzens tiefſtem Grund.
Strömt der Eltern Dank zu Euch . . .
Nach ſo mancher Trübſalsſtunde
Machtet Ihr uns wieder reich.

Denn Ihr habet ja geleget
Unſern Kindern neuen Grund,
Daß ſie, weiter treu gepfleget,
Werden kräftig und geſund.

Darum ſei Euch, lieben Schweizer,
Tiefe, deutſche Dankbarkeit,
Für die Gaſtfreundſchaft und Liebe,
Jetzt und immerdar geweiht!

A. W.

*

Für unſere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 10. Dezember.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in den Verkaufsſtellen von Kunecke und Konſumverein (Lauchſtedter Straße).

Roßfleiſch für die Ordnungsnummern 1301—1600 auf Feld 4 der Roßfleiſchkarte bei Hoffmann (Brühl 6.)

Anmeldung: Margarine am Sonnabend dieſer Woche auf jede ſtädtiſche Fettmarke 100 Gramm Margarine, auf jede Zuſatzfettmarke 50 Gramm Inlandsbutter, G-Fettmarken nur 50 Gramm Margarine, L-Fettmarken nichts.

Saatkartoffeln-Bedarfsanmeldung im Rathaus Zimmer 14/15 und Kartoffelſtelle Große Ritterſtraße 5, vom 10. bis 17. Dezember 1919.

Lebensmittel vom 15. bis 21. Dezember: Bezugsſchein Nr. 85 (300 Gramm Weizenmehl), Bezugsſchein Nr. 86 (1 Pfund Saft). In den Speiſewirtſchaften Bezugsſchein Nr. 86.

---

§ Schkeuditz, 6. Dez. Die Verhandlungen zum Abſchluß eines Tarifvertrages zwiſchen Arbeitgebern und Angeſtellten für die Stadt Schkeuditz und die Ortſchaften Wehlitz und Alt-Scherbitz ſind am Donnerstag abend beendet worden. Da von beiden Seiten von vornherein der Wille vorherrſchte, einen Abſchluß zu tätigen, ſo geſtalteten ſich die Verhandlungen in ſachlicher ruhiger Weiſe, es wurden von der einen wie von der anderen Seite Zugeſtändniſſe gemacht und eine Einigung erzielt. Der Gehaltstarif erhält rückwirkende Kraft und tritt mit dem 1. Oktober in Kraft, der Manteltarif erlangte Gültigkeit mit dem Tage der Unterzeichnung, alſo am 4. Dezember. Bei Beginn der Verhandlungen gründeten die Arbeitgeber eine wirtſchaftliche Vereinigung, welcher der größte Teil der hier anſäſſigen Firmen beigetreten iſt.

g. Burgliebenau, 6. Dez. Das Schlagen des Nutz- und Brennholzes, welches in den fiskaliſchen Waldungen hier bereits begonnen hatte, mußte wieder unterbrochen werden, da das Hochwaſſer auch die Waldflächen teilweiſe unter Waſſer geſetzt hatte. Der Einſchlag im Unterforſt Raßnitz reiht ſich unmittelbar an den vorjährigen an. Diesmal ſoll, um der Kohlennot zu ſteuern, ein gut Teil Brennholz mehr als andere Jahre geſchlagen werden, ſo daß hier auf 600 Feſtmeter gerechnet werden. Hinzu kommen außerdem noch 150 Feſtmeter im Unterforſt Burgliebenau, die durch unterdrückte Eichen im ſogen. Wallholze, zwiſchen Lochau und Burgliebenau gelegen, gefällt werden ſollen. Welche Preiſe jetzt für Eiche bezahlt werden, erhellt aus dem Beiſpiel, daß eine Eiche im vorigen Schlage bei Wahren von 7 Feſtmeter 14 000 ℳ koſtete. Allerdings dient dieſes Holz lediglich zu Fournierzwecken, für welche ungleich mehr als für anderes Nutzholz bezahlt wird.

g. Lochau, 6. Dez. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter hier wurde u. a. beſchloſſen, der Ortsgruppe Ammendorf vom Bunde der Kriegsbeſchädigten, welche für die Kinder der Kriegshinterbliebenen im Saalkreiſe eine Weihnachtsbeſcherung veranſtalten will, den Betrag von 75 ℳ zu dieſem Zwecke zu überweiſen.

Mücheln und Umgegend.

9. Dezember.

W. Mücheln, 8. Dez. Vor ausverkauftem Saale ſprach am letzten Volksbildungsabend Oberlehrer Hemprich über „Charakter- und Willensbildung beim vorſchulpflichtigen Kinde“. Seine überaus klaren, durch praktiſche Beiſpiele belegten Ausführungen zeigten, wo das eigentliche Geheimnis der Erzizehung zu ſuchen iſt. Es iſt keine didaktiſche Regel, ſondern — wie es Gottfried Keller einmal ausgedrückt hat — „unverwiſchbare Jugendlichkeit und ſichere Überlegenheit der Perſon in allen Fällen“. Eigenſchaften, die aber hervorgehen aus unbedingter Ehrlichkeit, Reinheit und Unbefangenheit des Bewußtſeins. Auch bei der Erziehung der Kleinen und Kleinſten müſſen wir auf uns ſelbſt achten. Beiſpiel und Vorbild ſind auch hier alles. — Wollte der Oberlehrer Hemprich am vorletzten Abend uns im Anſchluß an ſeine Ausführungen über „Spiel- und Beſchäftigungstrieb“ auf praktiſches Spielzeug und deſſen Selbſtherſtellung hinweiſen, ſo orientierte er uns im Anſchluß an ſeine Ausführungen über „Phantaſie und Willen“ über die Bedeutung des Märchens. Dem Kinde bringen die Märchen — die nicht nur erzählt, ſondern auch dramatiſiert werden müſſen — reinſte Freude, helfen aber ſogleich (man kann ſagen, ſie ſind — weil ſie dem kindlichen Anſchauungskreiſe am meiſten entſprechen — die wichtigſten Träger der ethiſchen Gedanken für das Kind) die ſittlichen Kräfte im Kinde zu entwickeln. Eingeleitet wurde der Abend durch eine von den beiden Lehrern Herfurth und Trieſt techniſch vollendet vorgetragene Ouvertüre. Mit zwanglos gemeinſam geſungenen Volksliedern ſchloß der lehr- und genußreiche Abend. — Es ſei an dieſer Stelle gleichzeitig auf den am Mittwoch den 10. Dezember ſtattfindenden Bildungsabend hingewieſen, an dem Mittelſchullehrer Thielſen einen Lichtbildervortrag über Weihnachtslegenden halten wird, verſchönt durch Orcheſtermuſik und Sologeſang. Karten im Vorverkauf ſchon jetzt im Hotel „Deutſcher Hof“. — Das zweite Gaſtſpiel des hier ſo beliebt gewordenen Merſeburger Tivoli-Theaters brachte uns die Johann Straußſche Operette „Der Zigeunerbaron“. Direktor Dechant, der die Regie führte, und Kapellmeiſter Leo Simonſohn, der das Orcheſter taktvoll und ſicher wie immer leitete und durch ſein Klavierſpiel die ganze Operette energiſch zuſammenhielt, hatten die Vorſtellung ſorgfältig vorbereitet und alle Mitwirkende taten, was in ihren Kräften ſtand, um den Abend erfolgreich zu geſtalten. Die Titelrolle führte Bruno Adam, der vorzüglich bei Stimme war und in der phantaſtiſchen Zigeunertracht ſehr gut ausſah, geſanglich und ſchauſpieleriſch auf das Beſte durch. In Eva Henckel-Dechant als Steffi hatte er eine vortreffliche Partnerin. Ihr ſüßer, voller Sopran klang mit ſeinem etwas herben Tenor gut zuſammen. Das große Liebesduett und das Lied „Wer uns getraut“ waren mit Recht von Erfolg gekrönt. Im letzten Akt ſang Frau Henckel-Dechant das beliebte Walzerlied „Nach dem ſchönen Wien“ beſonders effektvoll und erntete dafür ſtürmiſchen Beifall. Hermann de Val war ein famoſer Kolman Zſuzan. Auch er war gut bei Stimme und half durch ſein launiges, ſicheres und alle Pointen bringendes Spiel weſentlich mit zum Erfolg. Auch alle übrigen Rollen waren künſtleriſch durchgeführt. Wir hoffen, daß wir die Merſeburger hier noch oft begrüßen können. — Mittwoch den 10. Dezember als dritte Vorſtellung „Die keuſche Suſanne“ von Jean Gilbert.

Wetterwarte.

V. W. am 10. 12.: Etwas kälter, wolkig, öfters aufheiternd, Niederſchläge, Schnee und Regen in Schauern. — 11. 12.: Zuerſt zeitweiſe heiter, etwas kälter, trocken. Nachher meiſt trübe, etwas milder, Niederſchläge.

Sport und Leibesübungen.

⯎ Zum Geſchäftsführer der Deutſchen Turnerſchaft iſt der bekannte Hauptmann a. D. Breithaupt berufen worden. Herr Breithaupt übernimmt die in Berlin eingerichtete Geſchäftsſtelle am 15. Dezember.

Briefkaſten der Schriftleitung.

E. F. Es handelt ſich bei dem betreffenden Artikel nur um einen Hinweis auf die Anzeige. Die Beantwortung Ihrer Frage geſchieht doch wohl am allernatürlichſten und beſten in der öffentlichen Verſammlung. Wir wollen unſere Zeitung nicht zum Streitplatz für die einzelnen Organiſationen machen. Die Kriegsteilnehmer werden ja auch ſowieſo ſchon wiſſen, in welcher Organiſation ihre Intereſſen vertreten werden, bezw. bieten die Verſammlungen der einzelnen Organiſationen zur Orientierung hierüber die beſte Gelegenheit. Nicht immer die Zeitung überall vorſchicken, ſondern auch: „Selbſt iſt der Mann!“ Im übrigen beſten Dank.

Gerichtsverhandlungen.

Der Marloh-Prozeß.

Berlin, 8. Dez. Im Prozeß Marloh erklärte Oberſt Reinhardt, daß er am 10. März um 11½ Uhr keine Ahnung hatte, was von den Matroſen in der Franzöſiſchen Straße eigentlich geplant ſei. Hätte er geahnt, daß ein Löhnungsappell ſtattfinden ſolle, ſo hätte er ſolche Befehle nicht gegeben. Die tatſächliche Verkettung von Umſtänden ſei nicht vorauszuſehen geweſen. Sodann trat er den ehrenrührigen Vorwürfen gegen Hauptmann v. Keſſel entgegen, der ſich ſtets tapfer, tüchtig und fleißig gezeigt und ihn wie die Regierung weſentlich unterſtützt habe. Von Keſſels anſtändige Geſinnung zeige ſich in ſeiner Weigerung, zu verraten, wer ihn veranlaßt habe, Marlohs Flucht zu bewerkſtelligen. Auf Anfragen weigert ſich v. Keſſel abermals und erklärt auf eine weitere Frage, mit Noske und Ebert keinerlei Verbindung gehabt zu haben.

Dann begann die Anklagerede des Kriegsgerichtsrats Dr. Meyer, der den bereits geſtern gemeldeten Antrag ſtellte.

Aus der Rede des Anklägers.

Im Prozeß Marloh führte der Vertreter der Anklage aus: Es bedurfte des erſt zermürbenden Einfluſſes des ſchrecklichen Krieges, um ſolche Vorgänge überhaupt möglich zu machen. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß die Erſchießung ungeſetzlich war. In einem Falle liegt der Verdacht vor, daß der Erſchoſſene ein Plünderer war und auch Unterſchlagungen von Kaſſengeldern verübt hatte. Die meiſten aber waren ehrliche und anſtändige Menſchen. An der traurigen Entwickelung der Dinge und dem traurigen Erfolg hat das unheilvolle Nebeneinanderarbeiten der Behörden die Mitſchuld. Der damalige Apparat verſagte vollkommen und litt Schiffbruch. Möchte das deutſche Volk aus dieſem Prozeß lernen. Ich ſtelle hier feſt, daß die Leute, die erſchoſſen wurden, unſchuldig erſchoſſen worden ſind. Viele Angehörige der Erſchoſſenen ſind mit der Bitte an mich herangetreten, ſie zu entſchädigen. Das ſcheint mir eine moraliſche Pflicht des Staates zu ſein. Nun zu der Frage: Wer iſt der Schuldige? Marloh ſelbſt beſtreitet, bewußt rechtswidrig gehandelt zu haben. Er beruft ſich auf Befehle oder vielmehr Weiſungen der Zeugen Schröder und Wehmeyer. Ein Befehl iſt überhaupt nicht ergangen, ſondern nur Verhaltungsmaßregeln für Marloh. Ich neige zu der Anſicht, daß Oberleutnant Keſſel nur den Befehl überbringen laſſen wollte, energiſch, ohne Schlappheit und Weichherzigkeit, vorzugehen. Oberſt Reinhardt machte ſich in keiner Weiſe ſtrafbar; er hatte nur ſcharfe Verhaltungsmaßregeln gegeben. Der Vertreter der Anklage legte weiter eingehend dar, daß dem Angeklagten Marloh mildernde Umſtände zugebilligt werden müßten.

Verſchiebung der Urteilsverkündung.

Das Urteil im Prozeß Marloh wird am Dienstag mittag 1 Uhr verkündet werden. Hauptmann v. Keſſel iſt, wie verlautet, auf ſeinen Wunſch vorläufig vom Dienſt entbunden worden und hat die Einleitung eines Verfahrens gegen ſich vor dem Zivilgericht beantragt.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Heimatkalender für Halle und den Saalkreis.

Vor kurzem iſt in Halle der Heimatkalender für den Saalkreis für das Jahr 1920 erſchienen. Die Ausſtattung hat viel Ähnlichkeit mit dem Merſeburger Kreiskalender. Auch ſind eine Reihe von Abhandlungen und Bildern aus dieſem in jenen übergegangen. Die Schriftleitung beſorgte auch hier Oberlehrer Hemprich in Merſeburg, die künſtleriſche Ausſtattung Kunſtmaler Alfred Weßner in Collenbey. Der Umſchlag des Kalenders zeigt in kräftigen Farben die alte Kirche auf dem Petersberge, von dem man ja, als dem höchſten Punkt des Kreiſes, die ganze Umgegend zu überſchauen vermag. Zum Geleit iſt ein Wort des Thüringer Wandersmanns, Auguſt Trinius, vorangeſetzt, worin vom Recht für die deutſche Heimat die Rede iſt. Dann folgt als Hauptbild ein farbenfreudiges Gemälde von A. Weßner: „Wettin an der Saale“. Die alte Burg, der Stammſitz der Wettiner, kommt beſonders zur Geltung. Neben jeder Monatsüberſicht ſteht ein heimatliches Bild aus Dörfern. Städten oder der Landſchaft des Saalkreiſes. Eine große Anzahl von Beiträgen hat Otto Schröter in Beeſen, der ſich auch in unſerem Merſeburger Verein für Heimatkunde als

---

Handel und Verkehr.

= Marktbericht über den Holzhandel in der Provinz Sachſen. Seit unſerm letzten Berichte ſind die Verhältniſſe am deutſchen Holzmarkt in einer Weiſe ausgeartet, die geradezu bedenklich zu werden beginnen. Die erſten Verkaufstermine der Staatsforſten brachten einen gewaltigen Andrang von Kaufluſtigen, wobei zu bemerken iſt, daß die Gebote ohne Überlegung eingereicht oder abgegeben wurden. Faſt alle Sorten Holz ſind im Preiſe um 30 Proz. und mehr geſtiegen. Bei den Rundholzverſteigerungen in Thüringen wurden für das Holz im Walde ſchon 300 ℳ erreicht. Die natürliche Folge iſt, daß die Schnittmaterialienpreiſe ſich danach richten müſſen. Verkäufe von Rundholz unter einem Preiſe von 180 ℳ ab Wald gehören zu den Seltenheiten. Derartige Ergebniſſe ſind natürlich nur ein Zufall oder ſie ſind der Tatſache zuzuſchreiben, daß es ſich meiſt um verfaultes Rundholz handelt. Es wird bald ſoweit kommen, daß weder der Tiſchler eine Bettſtelle, einen Stuhl pp. herſtellen kann, daß die Möbelfabriken nicht mehr zu fabrizieren vermögen und daß am Baumarkt die Tätigkeit ganz ausſetzen muß, denn es iſt nicht zu erſehen, woher die Mittel kommen ſollen, die die Arbeit und den Einkauf dieſer teuren Rohſtoffe ermöglichen. Nur die Verhütung weiterer Preistreibereien kann den Holzmarkt ſo geſund erhalten, wie er bisher geweſen iſt. Gute zöllige Fichtenware iſt unter 500 ℳ kaum mehr zu haben, ſägefallende Ware erreicht heute Preiſe von 480 ℳ pro Kubikmeter, wobei die Ware ſofort abgenommen werden muß; denn für längere Zeit bindet ſich kein Sägewerk. Für halbzöllige Ware wird ein Aufſchlag von 76 ℳ pro Kubikmeter gefordert. Für 2. Klaſſe Bretter, breite Ware, zollſtark, werden 380 ℳ pro Kubikmeter verlangt, für Schalware 360 ℳ. Deckenverſchalbretter koſten 250—270 ℳ pro Kubikmeter. Fehlbodenbretter müſſen mit 6 ℳ pro Kubikmeter bezahlt werden, geſchnittene Latten in der üblichen Stärke 450—460 ℳ pro Kubikmeter. Kiſtenbretter ſind ſehr gefragt. Sehr begehrt iſt auch Kiefer in allen Sorten, und müſſen hierfür 460 ℳ und mehr angelegt werden. Sehr geſtiegen ſind die Hobeldielen, die, aus 24 Millimeter gearbeitet, mit 14 ℳ pro Kubikmeter, aus 30 Millimeter 21—22 ℳ bezahlt werden müſſen. Der Bedarf hierin iſt ſehr groß, das Angebot gering. Zolliger Rauhſpund parallel bearbeitet koſtet 11—12 ℳ pro Kubikmeter. Das Angebot hierin iſt nur klein. Wie auf dem Nadelholzmarkt ſo ſteigen auch auf dem Laubholzmarkt die Preiſe. Eiche iſt nach wie vor lebhaft begehrt, gutes ſowie auch geringeres Rundholz findet jederzeit guten Abſatz. Das Schnittmaterial wird immer teurer und ſind Preiſe von 800 bis 1000 ℳ pro Kubikmeter für die gangbarſten Sorten zu rechnen, während ſchwache Dikten 2000 ℳ und mehr pro Kubikmeter bedingen. Reger Nachfrage erfreut ſich die Erle. Auch iſt Pappel gut gefragt. In den meiſten Holzſorten reicht das Angebot nicht aus, um die Nachfrage befriedigen zu können. Nach wie vor wird der Nutzholzhandel durch den ſteigenden Bedarf in Brennholz ſchwer benachteiligt, da infolge der hohen Brennholzpreiſe für den Verkäufer ein Anreiz darin liegt, Nutzholz für dieſe Zwecke zu verkaufen. Geradezu ruinös aber wirkt im Holzgeſchäft die kürzlich vorgenommene Erhöhung der Waggonſtandgelder. Hierdurch wird in vielen Geſchäften jeglicher Nutzen völlig illuſoriſch. Im Intereſſe des ſoliden Holzgeſchäftes muß deshalb gefordert werden, daß dieſe völlig zweckloſe Beläſtigung des Holzverkehrs wieder aufgehoben wird. G.

Vermiſchtes.

* **Ein großer Briefmarkenſchwindel.** Bei einem Münchner Briefmarkenhändler erſchien ein Student aus Freyſing und bot ihm ukrainiſche und Ententebriefmarken, die einen Kennerwert von 800 000 Mark hatten, für 6000 ℳ an. Der Briefmarkenhändler unterrichtete die Polizei, auf deren Veranlaſſung in Freyſing der Kaufmann Anton Maier aus Bludenz, der die Marken zum Verkauf übergeben hatte, feſtgenommen wurde. Es wurden bei ihm noch Marken im Werte von 250 000 Kronen gefunden. Er gibt an, er habe ſie von ſeinem Bruder in Bludenz erhalten.

* **Unſittliche Filme für das Ausland** beſchlagnahmte die Zentralſtelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder und Schriften in einem Penſionat der Kochſtraße in Berlin. Eine Frau Speyer aus Leipzig hatte mit einem gewiſſen Karl Grabeit aus München den Vertrieb dieſer grobunzüchtigen Darſtellungen übernommen und verſchiedene an das Ausland verkauft. Als die Zentralſtelle dahinter kam, beſchlagnahmte ſie die Ware und nahm die Händler feſt. Gerade durch dieſe Filmwerke wird das Anſehen Deutſchlands im Auslande herabgewürdigt. Denn bei deren Vorführung wird keineswegs verſchwiegen, daß ſie aus Deutſchland ſtammen, und damit der Eindruck hervorgerufen, daß ſie hier ebenfalls aufgeführt werden und die Kultur der Deutſchen widerſpiegeln.

* **Schadenfeuer in München.** In einem Automobilſchuppen der Kaſerne der ſchweren Reiter in München brach auf unaufgeklärte Weiſe, wahrſcheinlich durch Legen, ein Feuer aus, das Automobile im Werte von 500 000 ℳ zerſtörte.

* **Großer Diebſtahl.** Aus Oldenburg wird gemeldet: Dem Grafen Merveldt ſind auf ſeinem Gut Füchtel für 40 000 ℳ Gold- und Silberſachen geſtohlen worden.

* **Eine ganze Familie ums Leben gekommen.** In der Erzgießereiſtraße in München wurden der Tagelöhner Greßmann, ſeine Frau und ſeine zwei Kinder durch Gasausſtrömung getötet. Das Haus ſelbſt beſitzt keine Gasleitung. Das Unheil wurde verurſacht durch Bruch eines Gasrohrs des Straßenkörpers, wodurch das Gas in die Wohnung eindrang.

* **Ein Ehepaar erſchoſſen aufgefunden.** Auf einer nächtlichen Rückfahrt von Hochwalde nach Kainſcht bei Meſeritz wurden der 29 jährige Landwirt Juniſch aus Kainſcht und deſſen 25 jährige Ehefrau auf ihrem Wagen erſchoſſen. Der Verdacht richtet ſich auf einen nahen Verwandten, der verhaftet wurde.

* **Das verbrecheriſche Schwein.** Ein Einwohner in Hadersleben, der Hühner und ein Schwein hält, bemerkte vor einiger Zeit, daß ſeine Hühner nach und nach verſchwanden. Dieſer Tage nun betrat er ſeinen Schweineſtall — zu dem die Hühner auch Zutritt hatten — und bemerkte zu ſeinem Schrecken, daß ſein Schwein dabei war, ein Huhn zu verzehren. Das Schwein hatte nach und nach 6 Hühner verzehrt, ehe ſein Verbrechen entdeckt wurde.

* **Ein Gutsbeſitzer und deſſen Rentmeiſter erſchoſſen.** Wie der „Guhrauer Anzeiger“ meldet, wurde am Sonnabend nachmittag der Beſitzer der im Guhrauer Kreis gelegenen Ortſchaft Seitſch Karl Gilka-Bötzow und deſſen Rentmeiſter Nöldner durch den Seitſcher Förſter Specht erſchoſſen. Specht ſtellte ſich dem Guhrauer Amtsgericht.

* **Ein ſchweres Eiſenbahnunglück.** Ein nach Prag fahrender Schnellzug ſtieß abends vor der Station Celakowitz auf einen aus der Gegenrichtung kommenden Perſonenzug. 51 Perſonen wurden ſchwer verletzt.

* **200 Millionen Mark Totaliſatorumſatz auf den Berliner Rennbahnen.** Trotz der beſchränkten Anzahl von Renntagen hat der Umſatz am Totaliſator auf den Berliner Rennbahnen in der jetzt beendeten Rennzeit die Höhe von 202 730 530 ℳ erreicht und damit alle Rekords weit in den Schatten geſtellt. Von dieſer gewaltigen Summe entfällt auf den Galoppſport mit 43 Renntagen 170 195 145 ℳ und auf die Trabrennen mit 24 Tagen 32 532 385 ℳ.

* **Gold- und Silber-Schmuggel.** In Düſſeldorf ſind zwei Bergarbeiter aus Bochum unter dem Verdacht des Gold- und Silberſchmuggels verhaftet worden. Eine größere Menge deutſchen Gold- und Silbergeldes iſt beſchlagnahmt worden.

* **Große Getreideſpeicher durch eine Feuersbrunſt vernichtet.** Die „Hamb. Nachr.“ melden aus Kopenhagen: Eine große Feuersbrunſt zerſtörte in Malmö teilweiſe den mächtigen Getreideſpeicher der Kornkammer. Dabei wurden 25 000 Sack Getreide vernichtet. Der Schaden beläuft ſich auf drei Millionen Kronen.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Rößner,
für den Anzeigenteil. Franz Gomm, beide in Merſeburg.
Druck und Verlag der Firma Th Rößner in Merſeburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Weihnachts-Ausstellung Carl Stürzebecher.

Elſter-Saale-Kanal.

Am Donnerstag, den 11. Dezember 1919, wird abends 8 Uhr in der „Funkenburg"

Herr Geheimrat Stegemann, der Vorſitzende des Vereins zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals, einen aufklärenden

Vortrag über die Südlinie

und den mit ihr unmittelbar zuſammenhängenden Elſter-Saale-Kanal halten.

Der Eintritt iſt frei. Die Einwohnerſchaft wird mit Rückſicht auf die für Merſeburgs Entwickelung ſo überaus wichtige Angelegenheit eingeladen, ſich recht zahlreich einfinden zu wollen.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919.

VII 3298/19. Der Magiſtrat.

Der unterzeichnete Verein beabſichtigt

eine Wöchnerin-Fürſorgerin

ausbilden zu laſſen und gegen Gehalt anzuſtellen, welche in hieſiger Stadt ſich neben den Hebammen der Wöchnerinnen nach der Entbindung annehmen und Mutter und Kind ſachverſtändig betreuen ſoll.

Junge Mädchen oder kinderloſe Witwen mit guter Schulbildung (wenigſtens vollendeter Mittelſchulbildung), die bereit und geſundheitlich imſtande ſind, ſich der Ausbildung und dem Berufe zu widmen, werden gebeten, ihre Meldungen mit Lebenslauf, Schulſchlußzeugnis, ärztlichem Zeugnis und — bei Minderjährigen — elterlicher Einwilligungserklärung bald an die Vorſitzende Frau Regierungspräſident von Gersdorff (Schloß hierſelbſt) einzureichen.

Vaterländiſcher Frauen-Verein Merſeburg-Stadt.

Als paſſendes Weihnachtsgeſchenk empfehle:

gefüllte Bonbonnieren

in großer Auswahl,

große und kleine Tafeln

Schokolade,

prima reiner Kakao,

Pfund 16 und 18 Mark,

Schokoladenpulver,

Pfund 12 Mark,

Honigkuchen, Lebkuchen und Keks.

Martha Hoffmann,

Reichardt-Schokoladengeſchäft, Gotthardtſtraße 14.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantieſchein jede

Läuſe-Plage

auch Flöhe, ſ. Brut (Niſſe) bei Menſch und Tieren mein. pat. geſch. Mittel „Scholda" f. Wund. unſchädl. Ung. Vert.-Anſt. Fil. Leipzig. Verk. Merſeburg nur Fr. Freygang, Gr. Ritterſtraße 7, Mücheln Grube Eliſabeth, Sanitätsſtube.

Der Nachtrag
zur
Neueſten Deutſchen Mode

iſt erſchienen, enthaltend die neueſten Modelle, „Schnittmuſter", „Abplättmuſter".

Frz. Hildebrandt,
Kleine Ritterſtr. 13.

Gummi- u. Metallstempel
Kurt Karlus
Fernruf 620 Merseburg Brühl 4

Dauerwäſche!!

in allen Weiten, Formen u. Höhen

Max Käther
Schmale Str. 21.

Auto-Engel

Merſeburg

Fernruf **203**

Empfehlen als paſſende

Weihnachtsgeſchenke:

Wringmaſchinen
Waſchmaſchinen
Küchenwagen
Fleiſch-Hackmaſchinen
Geldkaſſetten

Gustav Engel Söhne

Von Donnerstag, den 11. d. M. ab ſtehen wieder in ſehr großer Auswahl beſte hochtragende und friſchmelkende

Kühe und Kalben

ſowie ½ jährige Kuh-Kälber (Oſtfrieſen-Raſſe) bei uns zum Verkauf.

Guſtav Daniel & Co., Weißenfels a. S.
Vieh- und Pferdegeſchäft. — Fernſprecher 57.

G. Hoffmann, Merſeburg

Markt 19. **Inh. Bernh. Taitza** Tel. 464.

empfiehlt zu paſſenden

Weihnachts-Geſchenken:

Elegante weiße Trägerſchürzen
Wirtſchaftsſchürzen
beſonders preiswert
Weiße Kinderſchürzen

Große Auswahl in
Unterwäſche, Normal-Hemden, Jacken und Hoſen, Sweaters, Jagdweſten, Strümpfen, Socken

Bruſtſchützer, Plaids
Damenweſten, Untertaillen
in Wolle, Baumwolle und Batiſt

Damen-Strümpfe
Kinder-Strümpfe
in Wolle, Baumwolle, Flor

Winter-Handſchuhe
geſtrickt, gewebt, gefüttert, imit. Leder, ſchwarz, weiß, farbig

Spitzenkragen, Rüſchen, Schleier
Brautſchleier (abgepaßte)

Ball-Handſchuhe, Jabots
Haarſchleifenbänder
Taſchentücher
Perlbeutel, Perltaſchen
Hutnadeln, Nadelbücher
Pompadourbügel

Korſetts, Reform- und Kinderleibchen
führe nur gutſitzende und bewährte Formen und habe darin ein ſehr großes und gut ſortiertes Lager modernſter Faſſons

Neuheiten in farbigen Gürtel- und Zopf-Bändern

Baby-Artikel:
Jäbchen — Lätzchen — Mützchen

Größte Auswahl

Kragenſchoner, Shawls, Krawatten, Hoſenträger, Herren-Einſatzhemden, Oberhemden weiß und farbig, Herren-Wäſche, Halbweſten, Kragen, Manſchetten, Serviteurs

Gute Qualitäten

Nähbeutel, Nähkäſten
gefüllt und leer, von der billigſten — bis zur eleganteſten Ausführung —

Fertige Tapiſſerie-Arbeiten
in
größter und beſter Auswahl

Wäſche-Stoffe

nur beſte Elſäſſer Fabrikate in 80—90 cm Breite

in den Preislagen **M. 9,75** bis **M. 15,00**

Roh-Neſſel

verſchiedene Stärken :—: :—: 70—130 cm breit

zum Preiſe von **M. 7,00** bis **M. 14,00**

vorrätig bei

Otto Dobkowitz
Merſeburg.

Nähmaſchinen
werden ſchnell u. gut repariert bei
L. Albrecht, Halleſche Str. 19.

Institut Boltz
Ilmenau i. Thür.

Einjähr., Prim., Abitur.
Prosp. frei.

Was ſchenke ich Herren?

Raſier-Apparate
Raſier-Meſſer :
Raſier-Spiegel :

und alle Artikel für Selbſtraſierer

Parfümerie
Otto Stiebritz,
Gotthardtſtraße 32.

Großer Poſten

Bretter

70 cm lange, 1-1½ cm ſtarke

in verſchied. Breiten zu verkauf.
Halleſche Straße Nr. 39, Hof.

Kaninchenzüchter-Verein Merſeburg u. Umgegend, e. V.

Ausgabe von Kleie

an die Mitglieder Mittwoch, den 10. Dezember 1919, nachmittags von 1 bis 4 Uhr
Roonſtraße 15.

Bechmann, Vorſitzender.

Puppen

diverſe neue ſowie alte billig zu verkaufen. Daſelbſt werden Puppen angekleidet
Weißenfelſer Str. 7, 1 Tr., am Gotthardtsteich.

Was ſchenke ich Damen?

Feine Parfümerien :
Haarſchmuck : : :
Nagelpflegekaſten : :
Kopfbürſten u. Kämme

in weiß und alle Artikel zur Haarpflege

Parfümerie
Otto Stiebritz,
Gotthardtſtraße 32.

Tivoli

Mittwoch, d. 10. Dez., von abends 6½ Uhr ab

Grosser Ball.

Neueſte Tänze! — — Wiener Walzer!
Volles Philharmoniſches Orcheſter.

Deutſch-Evangeliſcher Frauenbund
Ortsgruppe Merſeburg.

Mitglieder-Verſammlung

Donnerstag, den 11. Dezember 1919, nachmittags ½5 Uhr, im Sitzungsſaale des Landeskulturamts, Wilhelmſtr. 8/10.

Vortrag:

Die Entſtehung der Bibel (Herr Paſtor Werther).

Wir bitten unſere Mitglieder, recht zahlreich zu erſcheinen.
Gäſte willkommen. Der Vorſtand. H. Hahn.

Deutſchnationale Volkspartei

Kreisgruppe Merſeburg.

Oeffentliche Verſammlung

Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Caſino.

Herr Major Dueſterberg aus Halle über:
Die Waffenſtillſtandsverhandlungen in Bukareſt und Spaa.

Der Vorſtand.

Achtung! Achtung!

Gaſthaus-Angeſtellte!

Dienstag, den 9. Dezember, nachts 11 Uhr, findet im „Thüringer Hof" eine

außerordentliche Verſammlung

ſtatt.

Referent: Kollege Saar-Berlin.

Verband der Gaſtwirtsgehilfen.

Alle Burſchenſchafter

von Merſeburg werden gebeten, ſich am
Freitag, den 12. Dezember, 8 h. c. t.
in Müllers Hotel (am Bahnhof) zwecks einer

Beſprechung

einzufinden. Mehrere Burſchenſchafter.

Volkssingakademie.

Übung

am Mittwoch von 8—10 Uhr in „Müllers Hotel".

Unſere

Monats-Verſammlung

findet am Sonnabend, den 13. Dezember cr., abends 8 Uhr im „Ratskeller" bei Kamerad Kießler ſtatt.

Das Erſcheinen ſämtlicher Kameraden iſt erwünſcht.

Der Vorſtand.

Ballſpiel-Verein
„Hohenzollern"
E. V.

Mittwoch abend 8 Uhr im Vereinslokal „Caſino"

General-Verſammlung.

Tagesordnung:

1. Anweſenheitsliſte.
2. Mitgliederveränderungen.
3. Semeſterbericht.
4. Entlaſtung des Vorſtandes außer Kaſſierers.
5. Wahl zweier Kaſſenreviſoren.
6. Neuwahl des Vorſtandes.
7. Anträge und Geſuche.
8. Verſchiedenes.

Von 7 Uhr ab

Vorſtands-Sitzung.

Der wichtigen und reichhaltigen Beſprechungen halber ſind die Zeiten genau einzuhalten. Die aktiven Mitglieder ſind laut Verſammlungsbeſchluß verpflichtet, zu erſcheinen.

Der Vorſtand.

Für den Weihnachtstiſch!

empfehle
Toiletteſeife, Parfümerien, Haarwäſſer, Haarbürſten, Haarkämme, Haarnetze, Zahnbürſten, Zahnpaſta Raſierſeife, Raſierklingen Raſierpinſel
in großer Auswahl

Kaiſer-Drogerie
Johannes Marold
Roßmarkt 5 Fernruf 390

Beilage zum „Merſeburger Korreſpondent“.

Nr. 280. Mittwoch den 10. Dezember 1919. 46. Jahrg.

Demokratiſche Partei und Landwirtſchaft.

Auf die Anfrage eines Parteifreundes weiſt der demokratiſche Abg. Dr. **Blunck** darauf hin, daß die Mehrheit in der Nationalverſammlung, beſtehend aus den Sozialdemokraten, Deutſch-Demokraten und dem Zentrum über rund 330 Stimmen verfügt, während die Deutſchnationalen nur einige 40 und die Deutſche Volkspartei 22 Mandate haben, alſo eine verſchwindend geringe Anzahl.

Wenn die Landwirtſchaft alſo etwas Praktiſches erreichen will, kann ſie es nur, indem ſie ſich einer Mehrheitspartei anſchließt. Dafür kommt natürlich nicht der Bund der Landwirte in Frage, weil er auf die alte konſervative Partei eingeſchworen iſt und mit ihr vollſtändig machtlos geworden iſt. Der deutſche Bauernbund, die gewaltige Organiſation des kleinen und mittleren landwirtſchaftlichen Beſitzes, hat ſich dagegen offiziell und grundſätzlich der Deutſchen demokratiſchen Partei angeſchloſſen, und die hauptſächlichſten Führer des deutſchen Bauernbundes — ich nenne in erſter Linie den Vorſitzenden Dr. **Böhme**, dann den Landwirt **Schmidthals** aus Schleſien, den Hofbeſitzer **Wachhorſt de Wente** aus Oſtfriesland, den Gutsbeſitzer **William Koch**-Unterfarnſtedt und den Landwirt **Kerſchbaum** aus Franken — ſind Mitglieder der Deutſchen demokratiſchen Fraktion der Nationalverſammlung. Die Deutſche demokratiſche Fraktion hat insgeſamt ſieben Landwirte in ihren Reihen, während z. B. die Deutſche Volkspartei nur über einen einzigen Landwirt in der Nationalverſammlung verfügt. Die Vertretung der Deutſchen demokratiſchen Fraktion in landwirtſchaftlichen Fragen liegt ausſchließlich den landwirtſchaftlichen Sachverſtändigen ob, die ſich in der Fraktion zu einem landwirtſchaftlichen Ausſchuß zuſammengeſchloſſen haben. Schon hieraus iſt erſichtlich, daß keine Fraktion beſſer in der Lage iſt, die berechtigten wirtſchaftlichen und politiſchen Intereſſen der Landwirtſchaft im Rahmen unſerer Geſamtpolitik zu vertreten als die Fraktion der Deutſchen demokratiſchen Partei. An einigen Beiſpielen erläutert Abg. Dr. Blunck die Tätigkeit der Fraktion im Intereſſe der Landwirte.

1. Im neuen Erbſchaftsſteuergeſetz haben wir folgende Beſtimmungen im § 25, Abſatz 4 getroffen:

„Hat der Erwerber nach Vollendung des 15. Lebensjahres im Betriebe des Erblaſſers ohne Darlehn Dienſte geleiſtet und dadurch eine fremde Arbeitskraft erſpart, ſo wird auf Antrag für jeden Monat der regelmäßig geleiſteten Dienſtzeit der zehnfache Betrag des am Sitze des Erblaſſers feſtgeſetzten Ortslohnes von dem Erbanfall abgezogen.“

Damit haben wir insbeſondere auf die Verhältniſſe des kleinen und mittleren lnadwirtſchaftlichen Betriebes weitgehende Rückſicht genommen.

2. Für die Wertfeſtſetzung bei der Erbſchaftsſteuer haben wir in § 47 folgende Beſtimmung getroffen:

„Der Wertfeſtſtellung iſt der gemeine Wert (Verkaufswert) zu Grunde zu legen.

Bei Grundſtücken, die dauernd land- oder forſtwirtſchaftlichen oder gärtneriſchen Zwecken, ſowie bei bebauten Grundſtücken, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen beſtimmt ſind, und bei denen die Bebauung und Benutzung der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entſpricht, wird der Ertragswert zugrunde gelegt.

Als Ertragswert gilt bei land- oder forſtwirtſchaftlichen oder gärtneriſchen Grundſtücken das Fünfundzwanzigfache des Reinertrages, den ſie nach ihrer wirtſchaftlichen Beſtimmung oder bei ordnungsmäßiger Bewirtſchaftung mit entlohnten fremden Arbeitskräften nachhaltig gewähren können.

Die der Land- und Forſtwirtſchaft oder der Gärtnerei dienenden Gebäude und Betriebsmittel werden nicht beſonders veranſchlagt, ſondern ſind in der Veranlagung des Ertragswerts einbegriffen . . .

3. Im neuen Grunderwerbsſteuergeſetz haben wir beſtimmt, daß die Steuer für den Grundwechſel nur zur Hälfte erhoben wird, wenn der Verkaufspreis bei bebauten Grundſtücken 20 000 ℳ und bei unbebauten Grundſtücken 5000 ℳ nicht überſteigt und wenn der neue Käufer nicht mindeſtens 10 000 ℳ Vermögen oder nicht mehr als 5000 ℳ Einkommen hat.

4. Beim Reichsnotopfer, der großen Vermögensabgabe, haben wir im § 17 in gleicher Weiſe beſtimmt, daß bei landwirtſchaftlichen Grundſtücken nicht der gemeine Wert (Verkaufswert) zugrunde zu legen iſt, ſondern nur der Ertragswert, und zwar haben wir als Ertragswert in dieſem Falle nur das Zwanzigfache des Reinertrages im Sinne der vorerwähnten Beſtimmung bei der Erbſchaftsſteuer angeſetzt. Wir ſind dabei von der Erwägung ausgegangen, daß gerade beim Reichsnotopfer eine beſondere Schonung der Betriebsverhältniſſe notwendig iſt, und wir haben deshalb ſowohl in Bezug auf das gewerbliche Betriebsvermögen beſchloſſen, daß dasſelbe nur mit 60 Proz. angeſetzt werden ſoll, als auch entſprechend bei den landwirtſchaftlichen Betrieben nur 80 Proz. des Ertragswertes, nämlich den zwanzigfachen Reinertrag zugrunde gelegt.

Provinz und Umgegend.

h. **Halle**, 9. Dez. Die Regierung hat nunmehr zugeſtimmt, daß Halle in die Klaſſe der beſonders teuren Orte verſetzt wird. Das hat zur Folge, daß die Teuerungszulagen der Reichs- und Staatsbeamten eine Erhöhung erfahren. Dieſe erhält bis zu einem beſtimmten Zeitpunkt rückwirkende Kraft. — Infolge Kohlenmangels und um Licht zu erſparen, hat der Magiſtrat angeordnet, daß die offenen Geſchäfte nur von früh 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr geöffnet ſein dürfen, Lebensmittelgeſchäfte bis 6 Uhr abends Dieſe Verordnung trifft die Geſchäftsleute gerade für die Weihnachtszeit ſchwer.

b. **Halle**, 9. Dez. Mit einem Koſtenaufwand von etwa 300 000 ℳ will man hier auf dem Gertraudenfriedhof einen Urnengarten anlegen. In die Mauer, die den Garten umſchließen wird, ſollen Niſchen zur Aufnahme der Urnen eingebaut werden, ferner will man Urnendenkmäler aufrichten, die bis zu 60 Urnen aufnehmen können. Man hofft, durch die Anlage, für die bereits 140 000 ℳ Legate vorhanden ſind, erheblich Raum ſparen zu können und den Mißſtand zu beſeitigen, daß für eine Urnenbeiſetzung immer noch ein Viertel ſoviel Raum wie für eine Erdbeſtattung gebraucht wird.

† **Halle**, 8. Dez. Abgefaßte Schleichwaren. In der Zeit vom 1. bis 30. November ſind durch die bei der Polizeiverwaltung eingerichtete Wucherſtelle folgende im Schleichhandel angetroffenen Gegenſtände beſchlagnahmt worden: 20,7 Zentner Kartoffeln, 217,5 Kg. Rindfleiſch, 21,5 Kg. Schweinefleiſch, 110 Kg. Hammelfleiſch, 12½ Kg. Speck, 74 Kg. Fett, 30 Haſen, 1 geſchlachtetes Schwein, 62 Kg. Wurſt, 10 390 Kg. Mehl, 17 Faß Kakao, 20 Kiſten Kakao, 140 Kg. Kakao, 176 Kiſten Schokolade, 155,5 Kg. Margarine, 5 Zentner Roggen, 5,78 Ztr. Weizen, 53 Kg. Gerſte, 143,5 Kg. Raps, 19¾ Pfd Zucker, 6250 Stück Zigarren, 847 Pelzweſten. Die beſchlagnahmten Nahrungsmittel wurden, ſoweit von den zuſtändigen Behörden nicht anderweitig über ſie verfügt war, dem Stadternährungsamt und dem Kriegsbrotausſchuß hier überwieſen.

† **Bad Köſen**, 8. Dez. Zum Bürgermeiſter von Köſen wurde in öffentlicher Stadtverordnetenſitzung der Hauptmann a. D. Dr. Schubarth aus Naumburg gewählt mit 11 gegen 7 Stimmen.

† **Eilenburg**, 8. Dez. Die am 1. Dezember vorgenommene Viehzählung in 1860 viehhaltenden Haushaltungen ergab: 322 Pferde und Fohlen, 337 Stück Rindvieh, 166 Schafe, 1084 Schweine, 1011 Ziegen, 8212 Kaninchen und 6122 Stück Federvieh.

† **Düben**, 8. Dez. Auf der Domäne Schwemſal wurden während des Nachts aus dem Schafſtalle, der mittels Dietrichs oder Nachſchlüſſels geöffnet worden war, fünf fette Hammel herausgeholt und an Ort und Stelle abgeſchlachtet. Die Diebesſpuren verloren ſich im Dorfe.

† **Cöthen**, 8. Dez. Heimlich entfernt hat ſich von hier der Beſitzer und Leiter des vor einigen Monaten neu ins Leben gerufenen Apollo-Theater-Varitees. Dieſer hatte mit mehr Mut und Vertrauen als Betriebskapital den Gaſthof zum „Goldenen Engel“, der früher als ſozialdemokratiſches Verſammlungslokal in bürgerlichen Kreiſen nicht gerade im beſten Anſehen ſtand, gekauft und zum Spezialitätentheater eingerichtet. Der Beſuch der Vorſtellungen war aber nicht ſo, daß er die Unkoſten deckte. Die gerade jetzt neu verpflichteten Artiſten ſpielen vorläufig auf eigene Rechnung. Geſchädigt ſoll auch eine Anzahl beim Umbau und der Neueinrichtung beteiligte Handwerker ſein.

b **Bad Harzburg**, 9. Dez. Für die mit 12 000 ℳ ausgeſtattete Stelle des Kurdirektors haben ſich 364 Bewerber gefunden, unter ihnen hauptſächlich höhere Beamte und zahlreiche Offiziere aller Waffengattungen.

† **Hildburghauſen**, 9. Dez. Unſerem Erſten Bürgermeiſter Dr. Thein iſt die kommiſſariſche Übernahme des Landratsamtes Hildburghauſen auf 1. Januar 1920 angeboten worden

† **Langleuba-Oberhain**, 9. Dez. Ein ſchweres Kraftwagenunglück ereignete ſich auf der Leipziger Straße unweit unſeres Ortes, wobei der Kraftwagenführer eines Chemnitzer Autos ſein Leben einbüßte, während die Inſaſſen; zwei Herren, mit dem Schrecken davonkamen. Das ſchnellfahrende Auto ſollte einem Geſchirr ausweichen, wobei es in den Straßengraben geriet und umſtürzte.

† **Altenburg**, 9. Dez. Am Dienstag nachmittag wurde der Schriftleiter der „Altenburger Zeitung“ von einer 3000- bis 4000köpfigen Menge, die ſich plötzlich vor dem Theater gebildet hatte und dann die Burgſtraße nach dem Bondeſchen Gebäude heraufgezogen war, aus ſeiner Schreibſtube geholt und auf die Treppe der Landesbank geführt, wo er zu einer Erklärung veranlaßt wurde. Der betroffene Schriftleiter führt den Vorgang auf die Preſſeäußerungen in der Landesverſammlung zurück und deutet an, daß auch perſönliche Rachſucht im Spiele ſein kann. Die Arbeiterſchaft behauptet, ſie und die Regierung ſei von der „Altenburger Zeitung“ fortgeſetzt beſchimpft worden, was aber der Schriftleiter ganz energiſch beſtreitet

† **Gehren**, 9. Dez. Ein ſchreckliches Unglück ereignete ſich in Ohrenſtock in der Wohnung des Holzhauers Schneider. Die mit ihrem Mann bei ihrem Schwiegervater wohnende Frau Roſa Schneider hatte eine Petroleumlampe entzündet, als ohne jede äußere Veranlaſſung die Lampe explodierte und die Frau in Brand ſetzte. Die Frau erlitt dabei ſo ſchwere Verletzungen, daß ſie ſtarb. Auf die Hilferufe der Verunglückten eilten deren Mann mit ſeinem Vater herbei und verſuchten die Brennende zu retten, wobei ſich beide ſelbſt ſehr ſchwere Brandwunden zuzogen, die ihre Überführung ins Krankenhaus Ilmenau notwendig machten.

† **Zeulenroda**, 9. Dez. Einen recht traurigen Abſchluß fand in Silberfeld eine Hänſelei zwiſchen zwei Jungen Der 12jährige Arno Eulenmüller war beim Holzhacken beſchäftigt, als ihm ein anderer Junge aus Schabernack das Beil verſteckte. Darüber kam es zum Streit Schließlich ſchlug E. ſeinen Gegner mit einer Zaunlatte übers Geſicht, ſo daß dieſer eine Verletzung am Auge davontrug, die ſich immer mehr entzündete. Jetzt iſt der bedauernswerte Junge an Blutvergiftung und Wundſtarrkrampf geſtorben.

† **Saalfeld** 9. Dez. Der Kreisausſchuß hat das Kreisgeſetz, betreffend die Erhebung einer Kreisabgabe von Theater-, Lichtſpiel- und Konzertvorführungen, dahin erweitert, daß auch bei der unentgeltlichen Darbietung von natürlichen Sehenswürdigkeiten (Feengrotten) eine Gebühr an den Kreis zu entrichten iſt, daß dagegen Opern- und Klaſſikervorſtellungen mit abgabefrei ſind. Die Tagegelder der Kreisausſchußmitglieder wurden von 7.50 auf 15 ℳ, die Übernachtungsgebühr für Auswärtige von 2,50 auf 8 ℳ erhöht; auch ſoll das Eiſenbahnfahrgeld 2. Klaſſe gewährt werden. Zu den 11 Millionen Mark betragenden Schulden des Kreiſes, die infolge von Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege entſtanden ſind, iſt jetzt vom Reiche die erſte Rückerſtattung in Höhe von 1 075 000 ℳ erfolgt.

† **Gera**, 9. Dez. Die Landesregierung legt Gewicht darauf, daß das Begräbnisweſen baldigſt in den Aufgabenkreis der politiſchen Gemeinden übergeht und demgemäß die Friedhöfe aus dem Eigentum der Kirchengemeinden in das der politiſchen Gemeinden gelangen Die Gemeindevorſtände ſind jetzt von den Bezirksdirektoren veranlaßt worden, zu dem genannten Zweck mit der zuſtändigen Kirchgemeinde in Verbindung zu treten.

† **Jena**, 9. Dez. Ein Drama hat ſich in der Wohnung eines hieſigen Studenten abgeſpielt. Dieſer Jünger der Wiſſenſchaft ſoll ſich ſchon lange in Geldverlegenheit befunden haben. Um ſich über Waſſer zu halten, griff der Student zu einem verzweifelten Mittel Schon ſeit längerer Zeit verging er ſich an dem Eigentum ſeiner Freunde. Jetzt ſtellte ſich laut „Jenaer Volksblatt“ heraus, daß er auch einen großen Schmuckdiebſtahl auf einem Rittergutsanweſen in Serba bei Eiſenberg verübte. Einer der Schmuckgegenſtände hatte allein einen Wert von rund 10 000 ℳ. Dieſe erneute Verfehlung wurde ſein Verhängnis. Als er verhaftet werden ſollte, jagte er ſich eine Kugel in den Kopf, die ſeinen Tod herbeiführte.

† **Jena**, 8. Dez. Geheimrat Rudolf Eucken, der ſchon ſeit einigen Semeſtern beurlaubt iſt, tritt vom nächſten Semeſter an von ſeinem Univerſitätslehramt zurück, um ſich ganz ſeinen wiſſenſchaftlichen Arbeiten widmen zu können. Er wird ſich vorbehalten, kleine Vorleſungen zu halten. Sein Nachfolger iſt noch nicht beſtimmt.

† **Friedrichroda**, 8. Dez. Die Bürgermeiſterwahl in Friedrichroda brachte den Unabhängigen eine Niederlage Gewählt wurde der Kandidat der Bürgerlichen, Bürgermeiſter Pönitzſch-Hannover, mit 1608 gegen 1050 Stimmen, die auf den unabhängigen Gemeindevorſteher Vogthert-Lichterfelde fielen. Der Wahlkampf war äußerſt erbittert.

† **Hof**, 9. Dez. Ein halbes Jahrhundert iſt in dieſem Jahre verfloſſen, ſeit die Quelle der Saale gefaßt worden iſt. Die Faſſung erfolgte im Jahre 1869, wie auf dem großen Schild an der Quelle der Saale zu leſen ſteht: „Quelle der Saale, gefaßt von den Städten Münchberg, Schwarzenbach, Hof, Halle, Weißenfels 1869.“

† **Eichsfeld**, 8. Dez. Wie Geldſchieber arbeiten und wie man ſie fängt zeigt ein Fall in hieſiger Gegend. Es war bekannt geworden, daß ſich in und um Fehrenbach auf dem Thüringer Wald ein Mann aus Leipzig aufhalte, der Silbergeld zu höheren Preiſen aufkaufe. Ein Polizeibeamter machte ſich in Zivil mit dem Manne bekannt und beſtellte ihn zum Verhandeln über einen Geldankauf in eine Gaſtwirtſchaft. Der Leipziger ſtellte ſich dabei als der Kaufmann Auguſt Krödel vor und bot für 1400 ℳ in Silber 4000 ℳ in Reichsbanknoten. Auf der Stelle zahlte er 1000 ℳ an; den Reſt wollte er bei der Übergabe zahlen. Durch Ausfragen teilte er mit, daß er das Geld für eine Pforzheimer Firma aufkaufe. Er wurde verhaftet und beim Gemeindevorſtand durchſucht. Man fand 7163 ℳ Papiergeld und belaſtende Briefſchaften. Er bot dem Feldjäger 200 ℳ an, wenn er von einer Anzeige abſehe. Aber ſeine Perſonalien wurden feſtgeſtellt und er erſt dann auf freien Fuß geſetzt. Er ſoll 30 000 ℳ in Papiergeld im Walde verſteckt gehalten und ſpäter mitgenommen haben.

† **Klingenthal**, 8. Dez Als Abgeſandter der amerikaniſchen Hoover-Kommiſſion führte ſich bei den hieſigen Behörden ein angeblicher Oberleutnant Dr. Stretty ein, um im Namen der „internationalen Staats-Kommiſſion“ die Ernährungs- und Erwerbsverhältniſſe der Stadt zu prüfen Bereitwilligſt erteilte ihm der Bürgermeiſter Auskunft, auf Grund derer der Herr Oberleutnant große Berichte an alle Miniſterien — auch nach Dresden — abfaßte, die dann durch die Stadtbehörde zur Abſendung kamen. Schulkinderbeſchenkungen und -ſpeiſungen veranſtaltete der ſogen. „Wohltäter der Stadt“ im Bahnhofshotel, deſſen Beſitzer der einzige Geprellte des Freigebigen iſt. Der Schwindler wurde jetzt verhaftet, wobei ſich herausſtellte, daß man es mit einem Chemielaboranten Swobada, einem tſchechiſchen Deſerteur, zu tun hatte.

† **Meiningen**, 8. Dez. Die verheiratete Lehrerin, über die anderwärts die Meinungen doch ſehr auseinandergehen, iſt in Meiningen bereits Tatſache geworden. In Steinach bei Sonneberg iſt ein Lehrer aus Poſen angeſtellt. Da er mit ſämtlichen Teuerungszulagen zuſammen, die bekanntlich in Meiningen die niedrigſten Deutſchlands ſind, monatlich nur 165 ℳ Gehalt bezieht, ſo iſt auch ſeine unter Zurücklaſſung ihrer meiſten Habſeligkeiten aus dem jetzigen Polen geflüchtete Frau an der dortigen Schule mit lehrend tätig. Sie erhält monatlich 95 ℳ, aber keinerlei Teuerungszulagen. — 260 ℳ Monatsgehalt für zwei Arbeitskräfte in heutiger Zeit iſt übrigens ein Anlaß zu allerlei Betrachtungen.

† **Leipzig**, 8. Dez. In ein Pelzwaren-Konfektionsgeſchäft in der Hainſtraße ſind in der Nacht zum 5. d. Mts. Diebe eingebrochen und haben hier Waren im Geſamtwerte von etwa 115 000 Mark geſtohlen. Es befinden ſich darunter fertige und unfertige Gegenſtände. Es ſind 5000 ℳ Belohnung ausgeſetzt worden.

*

Hörſing noch nicht Oberpräſident der Provinz Sachſen.

Die Nachricht von der Ernennung des bisherigen Staatskommiſſars für Oberſchleſien, Hörſing, zum Oberpräſident der Provinz Sachſen

---

Die Abendburg.

Chronika eines Goldſuchers in zwölf Abenteuern.

Von Bruno Wille.

19. Fortſetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sakrament! Meine Hoſe!“ Von dieſem Geſchrei erwacht, richtete ich mich verſtört im Bette auf. Mein Kopf tat weh. Im Hemd lief der Bucklige umher, als ob er die Kammer durchſuche: „Wo iſt meine Hoſe Ha, Spitzbuben!“

Beſorgt griff ich unters Kopfkiſſen, mein Wams war verſchwunden, das Wams mit den eingenähten Dukaten. Sofort ſprang ich auf, wühlte in den Kiſſen, riß Strohſack und Decken heraus, fand aber das Wams nicht. Auch meine Hoſe war fort. „Ha! hier ſind die Spitzbuben eingeſtiegen!“ ſchrie der Bucklige zum offenen Fenſter hinaus, und zu ihm tretend, ſahe ich außen eine Leiter an die Fenſterwand gelehnt. Die Fauſt ſchüttelnd, lärmte der Bucklige: „Meine Hoſe! Beſtohlen bin ich! Sakrament!“

„Himmel Herrgott, was hat's denn?“ rief der eintretende Wirt. „Spitzbuben haben meine Hoſe geſtohlen.“ „Und meine Dukaten!“ fügte ich weinerlich hinzu, „in mein Wams eingenäht — fort iſt das Wams!“ Groß ſah der Wirt bald mich, bald den Buckligen an, ging ans Fenſter und ſchüttelte den Kopf: „Die Kammertür war nicht verriegelt. Wo iſt denn der dritte?“ Er ging, und wir folgten. Pomponius lag in ſeinem Bette und ſchnarchte. „He, Pomponi!“ rief der Bucklige.

„Halt's Maul!“ grunzte jener und wälzte ſich auf die andere Seite. Aber den Waſſerkrug ergriff der Bucklige und taufte den widerſpenſtigen Kameraden, daß er pruſtend aus dem Bette ſprang. „Biſt närriſch, Schrepfeiſen?“

„Nein, aber beſtohlen!“ Und wir berichteten, was geſchehen. Der Wirt indeſſen ſchaute im Gemache umher, prüfte das Fenſter und durchſtöberte die Betten, als könne hier der Spitzbube ſeine Beute verborgen haben. Dem Pomponio ſchien des Wirtes Gebaren nicht befremdlich; bloß daß er trocken ſagte: „Hier iſt alles in Ordnung.“

Mit Achſelzucken meinte nun der Wirt zu mir: „Ja, junger Herr! Eine böſe Welt! Sein Geld wird wohl hin ſein. Drei Dukaten, ins Wams genäht, nicht wahr?“ Und das Wams unterm Kopfkiſſen? Hum! Ich ahne!“

„Was ahnet Er?“ fragte Pomponius; der Wirt aber blickte ihn ſcharf an und verſetzte: „Ich ahne, daß Er für alle drei Zeche und Herberge zahlen wird.“

„Wer? Ich? Oho! . . . Nun ja doch! Aufs Zahlen ſoll mirs nicht ankommen. Sogar Kleider will ich den Kameraden kaufen. Schaff Er welche, Kronenwirt!“ Schweigend, von oben bis unten muſterte der Wirt meine Kumpane, murmelte in ſich hinein und ging.

Nebſt Schrepfeiſen begab ich mich wieder in unſere Kammer und ſetzte mich ratlos auf mein Bett, während jener behaglich nochmals in die Federn kroch. Seinen Verluſt hatte er bereits verſchmerzt: denn er hub ein meckernd Lachen an: „Hehe, Lehrgeld war das! Hehe, nicht mehr gegreint! Heute verloren, morgen gewonnen! Wahrlich, Johannes, ich verſpreche Ihm einen halben Dukaten Tageslohn, ſo Er als Apotheker mir und dem Pomponio Dienſte leiſtet. Morgen beginnet der Markt in Jung-Bunzlau. Da werden wir als ruhmreiche Heilkünſtler auftreten und aus Rindsſchmer Gold machen. Iſt Er dabei? Nicht? Na, was will Er denn ſonſten beginnen? Iſt ja kahl wie ein abgehäuteter Eſel, hat nicht mal Lumpen, ſeine Blöße zu decken, und ſeine Zeche muß der Pomponius zahlen. Nun freilich, das tut der Pomponius aus Kameradſchaft. Er aber, Johannes, ſollte doch darauf ſinnen, wie Ers dem guten Pomponio vergelte. Den Teufel auch, umſonſt iſt der Tod. Gläubet Er etwan, daß ihm die Kleider gehören, ſo ihm der Pomponius durch den Wirt beſorgen läßt? Nur geliehen ſind ſie, und ſo Er ſie nicht wieder hergeben will, bleibt Ihm ſchon nichts übrig, als mit uns zu halten. Siehet Er das ein, hehe?“

Ich ſchwieg eine Weile und fragte kläglich: „Und ich ſoll an jedem Markttag einen halben Dukaten haben?“ — „Freie Herberg und Zeche dazu!“ verſicherte Schrepfeiſen. — „Nun, wohlan! So will ich Euer Gehilfe ſein.“ — „Bravo!“ erwiderte Schrepfeiſen; „was Er zu tun hat, will ich Ihm gleichen ſagen. Wir haben Salben zum Verkauf nötig, Mixturen, Latwerge, Pflaſter, Pillulen. Alles muß er täglich bereiten. Die Leute reißen ſich darum, wie Enten um ausgeſchütteten Unflat.“ — „Doch wie ſoll ich als Anfänger in der Apothekerei die Medikamente zuſtande bringen?“ — Der Bucklige lachte „Rindstalg mit Wachs und etwas Würze, Brotkügelein mit Zimmet, Bier oder Tinte vermiſcht. Und wenn ich nichts als Hühnerdreck hätte, ich wollte dem dummen Volk eine Salbe bereiten.“ — „Machet ſolche Salbe allein“, ſagte ich ungehalten; „dazu bedürfet Ihr keines Dritten. Ich wenigſtens möchte ein echter Heilkundiger werden, nicht ein Quackſalber.“ — „Hoho!“ brauſete Schrepfeiſen auf. „Will Er die Naſe hochhalten, da Er doch Urſach hätte, fein demütig zu ſein? Mit berühmten Heilkünſtlern hat Er zu tun, und wenn ich ſage, daß man dem Volke Hühnerdreck aufſchmieren könne, ſo meine ich nur, daß es leichtgläubig iſt, und daß wir uns ſeine Leichtgläubigkeit zunutze machen könnten. Mitnichten aber will ich unſere Medikamenta ſchlecht machen. Einfach zwar ſind die Verrichtungen, ſo wir von Ihm, Johannes, erwarten; indeſſen tun wir zu den Salben, Mixturen und Pillulen ſtets etliche Tropfen von einem Lebenswaſſer, das in heimlicher Kunſt bereitet und tauſendfach erprobt iſt.“

Obwohl mir auch nach dieſer Beſchönigung die Sache nicht richtig vorkam, ward ich doch den Quackſalbern gefügig. Allzuſehr ſchon hatte ich mich mit ihnen eingelaſſen und durch den abends genoſſenen Wein mein Gewiſſen wie meinen Verſtand benebelt. Wie ich nun, gleichermaßen auch der Bucklige, Gewand erhalten und mich bekleidet hatte, gingen wir zur Wirtsſtube hinab, wo drei Teller mit Morgenſuppe dampften. Pomponius bezahlte den Wirt und wir ſetzten unſere Wanderung fort. Noch vor Abend waren wir in Jung-Bunzlau, wo auf dem Ringe Buden gezimmert wurden. Meine Begleiter ratſchlagten, welcher Stand für unſeren Warentiſch am beſten geeignet ſei, und der liſtige Schrepfeiſen tat den Vorſchlag, mit dem Lammwirt ein Abkommen zu treffen, daß wir neben ſeiner Tür unſere Waren auftiſchen durften. Da Pomponius reiche Zeche machte, war ihm der Wirt gefällig, und nun gingen wir an unſere Geſchäfte. Einen Teil ſeines Kellers gab der Wirt zum Laboratorio her. Von Steinen ward innen eine Feuerſtätte errichtet, und meine Kumpane kauften Töpfe, Tiegel, gegerbte Felle, aus denen Pflaſter gemacht werden ſollten, Phiolen, auch Mehl, Zucker, Zimmet, getrocknete Kräuter, Wachs und Rindstalg. Schrepfeiſen brachte noch eine Flaſche mit himmelblauer Flüſſigkeit und ſprach wichtig: „Hier vertraue ich Ihm unſer Lebenswaſſer an. Tut Er in jeglich Medikamentum etliche Tropfen davon, ſo iſt es ſicher heilſam.“

Nun hub ein Schmelzen und Sieden, Mörſeln, Schmieren und Pillendrehen an, und bald ſtank das Laboratorium nach verbranntem Fett. Schrepfeiſen mahnte zur Eile und gab auf meine Frage, wie dies oder jenes zu bereiten, halben Beſcheid unter meckerndem Lachen. Als ich das Laboratorium verlaſſen durfte, war ich mißmutig. Schrepfeiſen aber rieb ſich die Hände; denn viele Tiegel, Phiolen und Latwerge waren zum Verkauf fertig, auch für das Auge einladend, die Gefäße mit buntem Papier beklebt, die Pillulen verſilbert und in Schächtelchen verpackt. An dieſem Abend hielten wir uns vom Trinken zurück, um andern Tages friſche Kraft zu haben.

Schon in der Frühe ward ich wach vom Lärmen, ſo auf dem Marktplatz erſcholl, wo man die letzten Hammerſchläge tat, mit Handwagen Waren herbeiſchleppte und die erſten Käufer durch ſchreiendes Ausbieten herbeilockte. Wir hatten aus Brettern eine Erhöhung gezimmert und darauf einen langen Tiſch geſtellt, wo unſere Medikamenta prangten. An der Mauer des Gaſthauſes war ein Thron für den Doctorem Schrepfeiſen. Beim Trödler hatten meine Kumpane ſich auffällig ausſtaffieret, auch eine Kriegstrommel und eine Laute erworben. Wie nun der ganze Kram in Ordnung war, begab ſich jeder auf ſeinen Poſten, ich alſo hinunter in mein Laboratorium, wo das Schmelzen und Stänkern von neuem losging. Von oben aber ſcholl des Pomponii Marktſchreierei. Da ich mittags die Lücken der Warenauslage ergänzen mußte, fand ich Gelegenheit, meine Verbündeten bei ihrem Gefecht zu beobachten. Kopf an Kopf drängten ſich Gaffer um den Stand, und ſtolz wie der Gott Hippokrates thronte Schrepfeiſen, angetan mit Lockenperücke und ſcharlachenem Mantel, auf der Naſe eine Hornbrille. Dunkelrot im Geſicht, rührte Pomponius die Trommel, als ſolle ganz Böheim zum Aufruhr erwachen. Und wie ſahe der Kerl aus! Unter dem mächtigen Federhute wallten ſchwarze Locken über einen gefälteten Kragen, der ſich wie ein Wagenrad um den Hals legte. Das Wams war von grasgrünem Sammet, mit Silber verſcharmieret über den Rücken hing ein buttergelber Mantel. Aus den Saiten zupfte er ein Präludium und ſang wie ein Poſſenreißer:

„Die Weibgen mit den Flöhen

(Fortſetzung folgt.

eilt, wie wir hören, den Tatſachen voraus. Es iſt bisher nur von gewiſſer Seite beantragt, Hörſing dieſen Poſten zu übertragen.

Merſeburg und Umgegend.

9. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten ſiehe auch Hauptblatt.)

** **Regelung der Abdeckereifrage.** Auf wiederholte Eingaben der Landwirtſchaftskammer in der Regelung der Abdeckereifrage iſt nunmehr ſeitens des Landwirtſchaftsminiſteriums ein Erlaß an ſämtliche Regierungspräſidenten ergangen, wonach in Kürze eine Nachprüfung der zwiſchen den Abdeckern und den Kreiſen bzw. Amtsbezirken und Gemeinden beſtehenden Gebührentarife erfolgen wird. Sache der an der Neuregelung ſeitens der Kreiſe beteiligten Perſonen iſt es nun, die Intereſſen der Viehbeſitzer in gebührender Weiſe wahrzunehmen und die Verträge ſo zu geſtalten, daß auch die Viehhalter in gerechter Weiſe an der hohen Verwertungsmöglichkeit der Tierkadaver teilnehmen können.

** **Erhöhung der Deckgelder.** Die preußiſche Staatsgeſtütsverwaltung ſieht ſich genötigt, für die kommende Deckperiode die Deckgelder für die ſtaatlichen Hengſte allgemein zu erhöhen. Dieſe Maßnahme iſt begründet durch die erhebliche Steigerung ſowohl der Einkaufspreiſe als auch der geſamten Unterhaltungskoſten für die Hengſte. Die Steigerung der Unterhaltungskoſten wird durch die ſtarken Preiserhöhungen für Hafer und Heu, ſowie durch die umfangreichen Lohnſteigerungen für ſämtliche Geſtütsbedienſtete bedingt. Mit Rückſicht auf die ſehr erhebliche Preisſteigerung für alle Pferde wird die Erhöhung der Deckgelder, die demnächſt von den einzelnen Landgeſtüten bekanntgegeben werden wird, von den Stutenbeſitzern ohne wirtſchaftliche Schädigung getragen werden können. Ob die ungünſtige Finanzlage des Staates in künftigen Jahren noch eine weitere Erhöhung der Deckgelder notwendig machen wird, läßt ſich zurzeit noch nicht überſehen. Jedenfalls wird aber daran feſtgehalten werden müſſen, daß die Koſten der Geſtütsverwaltung durch deren Einnahmen in Zukunft voll gedeckt werden.

** **Bakteriologiſche Fleiſchbeſchau.** Die Landwirtſchaftskammer in Halle weiſt erneut darauf hin, daß in ihrem Bakteriologiſchen Inſtitut, Freimfelder Straße 68, bakteriologiſche Unterſuchungen verdächtiger Fleiſch- und Organproben vorgenommen werden, um in zweifelhaften Fällen, namentlich bei Blutvergiftung, feſtzuſtellen, ob das Fleiſch notgeſchlachteter Tiere geſundheitsſchädlich iſt oder zum Verbrauch bedingungsweiſe oder uneingeſchränkt freigegeben werden kann. In der jetzigen Zeit der Fleiſchknappheit iſt zu empfehlen, von dieſer Einrichtung in geeigneten Fällen Gebrauch zu machen. Die bakteriologiſche Fleiſchbeſchau hat ſchon manchen Tierbeſitzer vor erheblichem wirtſchaftlichen Schaden bewahrt, indem durch ſie die unnötige Untauglichkeitserklärung des Fleiſches verhütet werden konnte. Durch eine Verfügung des Oberpräſidenten ſind auch die die Fleiſchbeſchau ausübenden Tierärzte darauf aufmerkſam gemacht worden, von dieſer Einrichtung gegebenenfalls durch Hinweis der beteiligten Beſitzer auf die bakteriologiſche Fleiſchbeſchau Gebrauch zu machen. Hält der die Fleiſchbeſchau ausübende Tierarzt die bakteriologiſche Fleiſchunterſuchung jedoch nicht für angebracht, ſo iſt zur Vermeidung unnötiger Koſten davon abzuſehen.

** **Das preußiſche Landesamt für Futtermittel in Berlin** veröffentlicht im Amtsblatt der hieſigen Regierung folgendes: Gemäß § 2, Abſatz 2 der Verordnung über Kleie und Getreide vom 18. Okt. 1917 wird beſtimmt: § 1. Der Preis, zu dem die den Kommunalverbänden nach § 56, Abſ. 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 zuſtehende Kleie von ihnen abzugeben iſt, darf bei Lieferung in loſer Schüttung 290 ℳ für die Tonne nicht überſteigen. Im übrigen finden die Beſtimmungen des § 6 der Ausführungsbeſtimmungen des Staatsſekretärs des Kriegsernährungsamts vom 1. November 1917 zu der Verordnung über Kleie aus Getreide entſprechende Anwendung. § 2. Sind für die einzelnen Kommunalverbände zur Deckung ihrer Geſamtkoſten geringere Preiſe ausreichend, ſo ſind nur dieſe in Rechnung zu ſtellen. § 3. Die Kommunalverbände ſind verpflichtet, vierteljährlich den örtlich zuſtändigen Provinzial- (Bezirks-) Futtermittelſtellen, Verwaltungsabteilungen, die Höhe ihrer Abgabepreiſe für Kleie anzuzeigen und erforderlichenfalls die Unterlagen für die Preisgeſtaltung beizubringen.

** **Wiederbeginn der deutſchen Wollverſteigerungen.** Zwiſchen dem Anfang 1918 von der Mehrzahl der deutſchen Landwirtſchaftskammern und dem Norddeutſchen Schäfereiverband gegründeten Wollverwertungsverband Berlin und der kürzlich von den bedeutendſten deutſchen Wollgroßhandelshäuſern gegründeten Deutſchen Wollgeſellſchaft iſt jetzt ein Vertrag über die gemeinſchaftliche Abhaltung von Wollverſteigerungen in deutſchen Städten zuſtandegekommen. Damit wird endlich wieder die Möglichkeit geſchaffen, den Wollertrag aus jeder Schafhaltung ohne Rückſicht auf die Wollmenge auf öffentlichen Verſteigerungen einwandfrei und zu den höchſten Tagespreiſen zu verwerten und die Intereſſen des Schafbeſitzers, des Wollhändlers und des Wollinduſtriellen wieder zu vereinigen. Der Verkauf wird auf den Verſteigerungen ohne beſonderen Händlergewinn bewirkt. Die Vorbereitungen für die Verſteigerungen ſind bereits eingeleitet, Bekanntmachungen werden demnächſt erfolgen. Es wird dringendſt empfohlen, keine freihändigen Verkäufe vorher zu tätigen, zumal die Wollpreiſe auch jetzt noch dauernd im Steigen begriffen ſind. Der Verband provinzialſächſiſcher Schafzüchter iſt Mitglied des Norddeutſchen Schäfereiverbandes und dadurch auch des Wollverwertungsverbandes. Die Wollverſteigerungen für unſeren Bezirk werden in Halle durch die Wollgeſellſchaft durchgeführt, unter Mitwirkung des Verbandes provinzialſächſiſcher Schafzüchter. Weitere Auskunft erteilt die Geſchäftsſtelle des Verbandes Halle, Kaiſerſtraße 7, und die Geſchäftsſtelle des Wollverwertungsverbandes Berlin-Galenſee, Seeſener Straße 15.

** **Bedenklicher Anreiz zur Kartoffelablieferung.** Das Reichswirtſchaftsminiſterium plant, als Anreiz zur ſchnellen Ablieferung von Kartoffeln ein Pfund ſchwefelſaures Ammoniak für jeden Zentner abgelieferte Kartoffeln den Landwirten durch die Kommunalverbände zur Verfügung ſtellen zu laſſen. Eine gerechte Belieferung der landwirtſchaftlichen Betriebe mit Stickſtoffdünger würde bei der beſtehenden Knappheit durch ſolche einſeitige Verteilung unmöglich gemacht. Denn für Betriebe mit geringerem Kartoffelanbau bleibt dann nichts mehr übrig. Namentlich der kleinere Landwirt, der nur einige Zentner Kartoffeln abzuliefern hat, würde ſchwer unter ſolchen Maßnahmen leiden. Er würde nur wenige Pfund ſchwefelſaures Ammoniak erhalten, die nicht einmal dazu ausreichen, ſeinen Kartoffelacker, geſchweige ſeine Geſamtanbaufläche mäßig zu düngen. Die Anreiz-Methode würde alſo zu einer Verzettelung der vorhandenen Stickſtoffmenge führen. Wie denkt man ſich die Nachlieferung von Stickſtoffdünger für bereits abgelieferte Kartoffeln? Die Verteilung an und für ſich würde die Einrichtung eines gewaltigen Verwaltungsapparates beanſpruchen, die in keinem Verhältnis zum etwaigen Nutzen ſteht, und ſich im Widerſpruch zu unſerer allgemeinen wirtſchaftlichen Lage befindet, die uns ernſtlich zur Einfachheit auch in verwaltungstechniſcher Hinſicht zurückkehren heißt. Einen Ausbau der Kriegsgeſellſchaften, denn dazu würde die geplante Maßnahme des Reichswirtſchaftsminiſteriums führen, verträgt unſer todkranker Wirtſchaftskörper keinesfalls. Der Landbund der Provinz Sachſen und Anhalt hat daher auch in einer Eingabe das Vorhaben des Reichsminiſteriums aufs ſchärfſte verurteilt und gefordert, daß die Stickſtoffinduſtrie hinreichend mit Kohlen verſorgt wird. Dadurch wird eine Steigerung der Stickſtofferzeugung herbeigeführt, die allein eine Nahrungsmittelproduktion gewährleiſtet, die alle Anreiz-Methoden überflüſſig macht.

** **Die teuren Spielkarten.** Über das Verbot des Spielens mit Karten, die nicht den neuen Stempel tragen, wird von unterrichteter Seite geſchrieben: Das neue Spielkartenſteuergeſetz iſt am 1. November in Kraft getreten. Danach müſſen für alle Spielkarten, die nach dem 15. Mai d. J. geſtempelt wurden, die neuen Steuerſätze bezahlt werden, wenn ſie auch nur den alten Stempel tragen. Erſt am 1. November dieſes Jahres wurden den Hauptzollämtern die neuen Stempel geliefert. Eine Nachſtempelung oder Nachverſteuerung für die bis zum 15. Mai d. J. geſtempelten Karten findet nicht ſtatt. Auch werden die in der Zeit vom 17 Mai bis 31. Oktober d. J. geſtempelten Spielkarten, für die die neuen Steuerſätze bezahlt werden mußten, nicht nachgeſtempelt. Es können alſo demnach auch weiterhin Spielkarten verkauft und gebraucht werden, die den neuen Stempel noch nicht tragen, das neue Geſetz verbietet jedenfalls den weiteren Gebrauch derſelben nicht.

** **Reichsunfallverſicherung.** Die Beſitzer von Kraftwagen, Pferdefuhrwerken, Reitpferden und aller Arten von Waſſerfahrzeugen (auf Binnengewäſſern) werden darauf hingewieſen, daß ſie nach der Reichsverſicherungsordnung verpflichtet ſind, ihre Haltungen beſonders zur reichsgeſetzlichen Unfallverſicherung anzumelden, wenn die in dieſen Haltungen beſchäftigten Perſonen nicht hauptſächlich in einem induſtriellen oder landwirtſchaftlichen Betriebe arbeiten und daher bereits bei der dafür zuſtändigen Berufsgenoſſenſchaft mitverſichert ſind. Für die Zwangsunfallverſicherung dieſer Fahrzeug- und Reittierhaltungen iſt als Berufsgenoſſenſchaft Nr. 68 die Verſicherungsgenoſſenſchaft der **Privatfahrzeug- und Reittierbeſitzer, Berlin SW. 11, Kleinbeerenſtraße 25, zuſtändig. Nicht nur die ſtändig, ſondern auch die vorübergehend** in dieſem Arbeitsgebiet beſchäftigten Perſonen unterliegen der Verſicherungspflicht. Empfindliche Geldſtrafen drohen denjenigen Haltern, die ihre Haltungen nicht rechtzeitig anmelden. Die Anmeldung hat entweder beim Verſicherungsamt des **Wohnorts oder bei der genannten** Verſicherungsgenoſſenſchaft zu erfolgen.

** Schneckenpoſt. Eine in Weißenfels am 4. Dezember zwiſchen 8—9 Uhr mormittags aufgegebene Poſtkarte wurde am 7. Dezember vormittags 9 Uhr dem Empfänger in Merſeburg ausgehändigt. 20 Kilometer in 60 Stunden, das iſt wirklich eine großartige Leiſtung.

*

Es iſt höchſte Zeit zum handeln.

Die Friſt, während deren die Deutſche Spar-Prämienanleihe 1919 zur Zeichnung offen ausliegt, geht morgen ihrem Ende zu, und es iſt deshalb für jeden, der auch ſein Teil haben will an dem wirtſchaftlichen Wiederaufbau Deutſchlands, bald der Zeitpunkt gekommen, ſich zur Zeichnung zu entſchließen, wenn anders er nicht riskieren will, daß er von den 5 Millionen Prämienſtücken, die bei der erſten Deutſchen Friedensanleihe zur Ausgabe gelangen, keines mehr mitbekommt. Dieſe Entſcheidung kann dem nicht ſchwer fallen, der in den letzten Wochen und Tagen offenen Auges die Veröffentlichungen über die Spar-Prämienanleihe verfolgt hat, mögen ſie nun in Broſchüren, in der Preſſe, in Flugblättern, an der Plakatſäule, oder in öffentlichen Vorträgen erfolgt ſein. Hier ſind alle näheren Einzelheiten ſo überſichtlich, klar und gemeinverſtändlich dargeſtellt worden, daß ſich auch der Laie in finanziellen Dingen ſehr gut und leicht ein Bild von der neuartigen Anleihe machen kann. Hierüber braucht alſo an dieſer Stelle **nichts** mehr geſagt zu werden. Was aber immer wieder betont werden muß, das iſt die ungeheure Bedeutung, die einem vollen Erfolge der Deutſchen Spar-Prämienanleihe 1919 zukommt.

Schon allein die Tatſache, daß die neue Anleihe da iſt, iſt ein ſehr beachtenswertes und ins Gewicht fallendes Moment unſerer beginnenden finanziellen Wiedererſtarkung. Daß die junge deutſche Republik es heute, ein volles Jahr nach der großen Umwälzung, es wieder wagen darf, an die allgemeine Sparkraft des deutſchen Volkes zu appellieren, iſt nicht nur politiſch, ſondern weit mehr noch wirtſchaftlich bedeutungsvoll. Staatsfinanziell bedeutet das die ſo dringend nötige Abkehr von dem bisherigen Prinzip des bergehohen Auftürmens ſchwebender Schulden und des Mißbrauchs der Notenpreſſe. Das Reich will wieder finanzehrlich werden und die Gelder, die es braucht, auf dem normalen Wege der Steuer und der Staatsanleihe aufbringen. Damit erhält die deutſche Wirtſchaft das Fundament zurück, auf dem allein es ihr möglich iſt, ein neues, auf Streben und Arbeit gegründetes Erwerbsleben aufzubauen. Schon allein die Tatſache, daß das Reich es wagen darf, wieder zu dem normalen Mittel der Geldbeſchaffung zurückzukehren, iſt wirtſchaftlich hoch bedeutſam.

Weit darüber hinaus aber wird ein voller Erfolg der erſten deutſchen Friedensanleihe von Bedeutung ſein. Inſofern nämlich, als er dem Auslande, das heute dem deutſchen Wirtſchaftsleben und ſeiner Zukunft noch mit ſehr großem Mißtrauen gegenüberſteht, zeigen wird, daß das deutſche Volk wenigſtens ſelbſt das Vertrauen zu ſeiner eigenen Kraft und zu ſeiner eigenen Zukunft wiedergefunden hat. Es wird und muß dem Auslande den Beweis liefern, daß wir trotz all unſeren Unglücks uns den Glauben an eine hoffnungsvolle Weiter- und Aufwärtsentwicklung bewahrt haben. Das aber kann und wird nicht ohne Einfluß auf das Ausland bleiben, und wird ſicherlich dazu beitragen, die trüben Ausſichten der Gegenwart zu beſſern.

Der Worte ſind genug gewechſelt, morgen vormittag iſt der letzte Tag zum handeln!

*

Stadtverordneten-Sitzung.

Merſeburg, 8. Dezember 1919.

Die Stadtväter verſammelten ſich Montag abend 6 Uhr wieder zu einer Sitzung im alten Rathauſe, wozu 32 Stadtverordnete erſchienen waren. Am Magiſtratstiſche waren anweſend Erſter Bürgermeiſter **Hertzog**, Bürgermeiſter Dr. **Moſebach**, Stadtbaurat **Zollinger** und die Stadträte **Bauer**, **Kohl**, **Tänzer** und **Wölfel**. Der Zuhörerraum war halb beſetzt. Auf der Tagesordnung ſtanden 11 Punkte. Die Verhandlungen verliefen ſehr ruhig, eine längere Ausſprache entſpann ſich nur bei dem Antrage betreffend die Förderung der Südlinie des Mittellandkanals.

Stadtv.-Vorſt. **Junker** eröffnete die Sitzung und teilte einen Eingang mit. Die Mitteilung betraf die Unterſtützung der Kriegerhinterbliebenen mit einer ſtädtiſchen Beihilfe zum Wehnachtsfeſt, welche Angelegenheit bei der kürzlichen Bewilligung von Mitteln an die hieſigen Organiſationen der Kriegsbeſchädigten und Kriegerhinterbliebenen zur Veranſtaltung einer Weihnachtsfeier dem Magiſtrat zur Bearbeitung überwieſen wurde. Die ſtädtiſche Deputation hat ſich damit befaßt und nachfolgende Grundſätze für die Weihnachtsunterſtützung aufgeſtellt, denen der Magiſtrat zuſtimmte:

1. Aus der Kriegsnotſpende ſollen **bedürftige Familien** der Gefallenen, Vermißten oder noch in Gefangenſchaft befindlichen Kriegsteilnehmer zu Weihnachten eine Unterſtützung erhalten und zwar je nach Lage des Falles:
   a) die **Ehefrau** (Witwe) des Kriegsteilnehmers bis zu 50 ℳ,
   b) jedes noch nicht ſchulpflichtige und jedes ſchulpflichtige **Kind** bis zu 15 ℳ und falls beide Eltern des Kindes verſtorben ſind, bis zu 30 ℳ.
2. Die unter 1 genannten Unterſtützungsſätze ſollen auch Anwendung finden auf die **Mutter** und den **Vater** eines Kriegsteilnehmers, ſoweit ſie Kriegselterngeld beziehen; ferner auf die unterhaltsberechtigten **Angehörigen** eines während des Krieges zum Kriegs- (auch Hilfs-) dienſt Einberufenen und im Dienſte des Reiches Verſtorbenen, auch wenn im letzteren Falle Unterſtützungsgebührniſſe nicht gewährt werden.
3. Den 50 **bedürftigſten Familien** ſollen außerdem zu Weihnachten 50 Preßſteine aus den vorhandenen Beſtänden der Stadt unentgeltlich verabfolgt werden.
4. Der zu vorſtehenden Zwecken erforderliche Geldbetrag (rund 13 000 ℳ) ſoll einſtweilen vorſchußweiſe gezahlt werden.
5. Es ſoll eine **öffentliche Aufforderung** erlaſſen werden, **Geldbeträge** zu den unter 1—3 genannten Zwecken zu **ſpenden**, damit der vorhandene Unterſtützungsfonds nicht zu ſehr in Anſpruch genommen wird.
6. Von der Veranſtaltung einer Weihnachtsbeſcherung — etwa für die Kinder — ſoll Abſtand genommen werden, da es in der gegenwärtigen Zeit zu ſchwierig iſt, zu dieſem Zweck geeignete und einigermaßen preiswerte Gegenſtände zu bekommen, überdies auch von den verſchiedenen hier in Betracht kommenden Vereinen bereits beſondere Weihnachtsfeiern veranſtaltet werden.

Darauf begründet Stadtv.-Vorſt. **Junker** den erſten Punkt der Tagesordnung:

Erſatzwahlen zu Kommiſſionen und Deputationen für den zum Stadtrat gewählten Stadtverordneten Tänzer.

Auf Vorſchlag der Wahlkommiſſion werden gewählt in die Kommiſſion für das Altersheim, die Krankenhausdeputation und den Schulausſchuß die nachrückende deutſchnationale Stadtverordnete Frau Bürgermeiſter Dr. **Haacke**, in die Rechnungsprüfungskommiſſion der deutſchnationale Stadtverordnete **Heberer** und der Stadtv. **Müller** (D. Vpt.) in die gemiſchte Kommiſſion zur Bearbeitung des Ortsſtatuts gegen die Verunſtaltung des Ortsbildes.

Auch den zweiten Punkt

Wahl der Armenbezirksvorſteher für die Jahre 1920/21

trägt der Stadtv.-Vorſt. vor. Die Verſammlung tritt ohne Beſprechung dem Vorſchlag der Wahlkommiſſion bei, die bisher Gewählten auch für die beiden Jahre zu beſtellen. Als Armenbezirksvorſteher für die Jahre 1920/21 ſind alſo wieder gewählt: 1. Bezirk: Schankwirt Menzel, 2. Bezirk: Kaufmann Claſſe, 3. Bezirk: Badeanſtaltsbeſitzer Baſſenge, 4. Bezirk: Sparkaſſenrendant i. R. Eichler, 5. Bezirk: Kaufmann Brendel, 6. Bezirk: Rechnungsrat Müller, 7. Bezirk: Bäckermeiſter Hüthel, 8. Bezirk: Gaſtwirt Heßler, 9. Bezirk: Rentier Hoepke.

Beſchluß über eine Wahl von Stellvertretern für die Deputationsmitglieder der Allgemeinen Verwaltung.

Stadtv. **Wolf** (U. S.) begründet den Antrag wie bereits veröffentlicht. — Dem Vorſchlag des Stadtv.-Vorſt. **Junker**, die Wahlkommiſſion mit der Aufſtellung der Stellvertreterliſte **zu beſchäftigen, ſchließt ſich** die Verſammlung ohne weiteres an.

Ausgabezugangsbewilligung in Höhe von 100 ℳ bei Teil 17 Ziffer 13 des Haushaltsplanes des Lyzeums

wird von dem Stadtv. **Weidling** (Dem.) begründet. Es handelt ſich um eine Weihnachtsfeier des Lyzeums in aller Einfachheit, um deren Bewilligung der Direktor bittet, und die der Berichterſtatter der Zuſtimmung der Verſammlung empfiehlt. — Stadtv. **Daniel** (U. S.) fragt, ob für die Volksſchulen ähnliche Beträge im Haushaltsplan angeſetzt ſind; es ſei ihm bekannt, daß in den Volksſchulen auch einfache Weihnachtsfeiern ſtattfinden. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog**: Bei den ſtaatlich unterſtützten Schulen ſind wir auch an die Beſtimmungen des Haushaltsplans gebunden. Bei den andern Schulen werden dieſe Beträge wohl insgemein verbucht werden. — Stadtv. **Krüger** (Soz.): Wenn für die anderen Schulen keine beſonderen Mittel vorgeſehen ſind, müſſen wir ihnen ebenfalls ſolche Mittel bereitſtellen. — Stadtv. **Richter** (U. S.): Die anderen Schulen erhalten keine beſondere Unterſtützung, es muß hierzu ein beſonderer ſtädtiſcher Zuſchuß beigetragen werden. — Die Meinung des Stadtv. **Frauenheim** (Dem.), daß es ſich bei dem Lyzeum um eine Feier für die Allgemeinheit handele, klärt Stadtv.-Vorſt **Junker** dahin auf, daß es ſich nur um eine interne Feier des Lyzeums handele. Sie war früher auch für die ärmeren Kinder, was aber aus beſondern Gründen fallen gelaſſen wurde. Die Feier ſoll in dieſem Jahre nach der Kriegspauſe wieder abgehalten werden. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog**: Es beſtehen keine Bedenken, für die anderen Schulen für die Weihnachtsfeier die gleiche Summe zur Verfügung zu ſtellen. — Stadtv. **Krüger** (Soz.) ſtellt ſeinen vorherigen Ausführungen gemäß einen diesbezüglichen Antrag. — Die Verſammlung bewilligte hierauf die 100 ℳ Ausgabezugang für das Lyzeum und den anderen Schulen für eine Weihnachtsfeier die gleiche Summe.

Ausgabezugangsbewilligung bei der Verwaltung der Mittelſchulen.

Stadtv. **Eichardt** (Dn.) begründet den Antrag. Der Ausgabezugang wird veranlaßt durch die ſtädtiſchen Beiträge zur Alterszulagekaſſe der Mittelſchulen. Nach dem jetzt eingegangenen Regierungsplan ſind noch erforderlich 1329 ℳ über die vorgeſehenen 21 200 ℳ, deren Bewilligung er empfiehlt. — Der Antrag wird angenommen.

Bewilligung der Koſten für die Ausſchmückung des Bahnhofs bei Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Nach der Begründung durch den Stadtv. **Vollrath** (Dem.) ſind die Rechnungsbelege für richtig befunden worden im Betrage von 1400 ℳ. Er gedenkt mit warmen Worten der in Frankreich noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und empfiehlt die Bewilligung der Mittel. — Die Verſammlung bewilligt die Koſten ohne weiteres.

Beſchaffung von Krankenröcken und -hoſen für das ſtädtiſche Krankenhaus.

Stadtv. **Fiedler** (U. S.) begründet den Antrag wie veröffentlicht. Von der unbedingten Notwendigkeit der Neuanſchaffung haben ſich eine große Anzahl der Stadtverordneten bei der Beſichtigung der Krankenhausanlagen am vergangenen Sonntagmittag ſelbſt überzeugt und er empfiehlt die Bewilligung der Koſten hierfür im Betrage von 10 000 Mark, die in vier Jahren im Haushaltsplan getilgt werden ſollen. — Ohne Ausſprache ſtimmt die Verſammlung dem Antrage zu.

Beſchaffung eines Dampfſteriliſierapparates für das ſtädtiſche Krankenhaus.

Der Begründung des Antrages durch die Stadtverordnete Frau **Koenen** (U. S.) zufolge iſt der bisherige Apparat ſchon ſeit zehn Jahren ununterbrochen im Gebrauch, iſt aber jetzt ſchadhaft geworden. Die Bettenzahl im Krankenhauſe iſt jetzt auf 140 geſtiegen, auch ſind nun zur Steriliſierung bedeutend höhere Hitzegrade erforderlich. Ein Mitglied der Krankenhausdeputation hat ſich von dem bereits angeſchafften neuen Apparat von der Firma Baumgartel-Halle in der Klinik in Halle überzeugt. Die Berichterſtatterin empfiehlt die Bewilligung der Koſten im Betrage von 1850 ℳ. — Die Koſten werden ohne Ausſprache von der Verſammlung bewilligt.

Nachtdienſtzulagen für die Polizeibeamten.

Stadtv. **Daniel** (U. S.) begründet die Vorlage wie veröffentlicht. Er ſchließt ſich dem Antrage des Magiſtrats an und empfiehlt der Verſammlung die Zuſtimmung. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog** weiſt darauf hin, daß der Weg der Nachtdienſtzulage bei 37 angefragten Städten noch nicht beſchritten worden ſei. Er bittet aber um Zuſtimmung, um endlich ein geregeltes Verhältnis im Polizeidienſt zu ſchaffen und erwähnt noch die Beſtrebungen der Regierung zur Schaffung einer einheitlichen Beamtenbeſoldungsreform. — Stadtv. **Grimm** (Dem.): Es würde wünſchenswert ſein, daß bald gewiſſe Maßnahmen in dieſer Hinſicht getroffen werden. Beſtrebungen für die Nachtdienſtzulage ſind wohl auch bei der Eiſenbahn und der Poſt im Gange. — Stadtv. **Krüger** (Soz.): Wir ſind der Anſicht, daß alle Beamte, die das gleiche Gehalt beziehen, auch den gleichen Dienſt zu tun haben. Dies hier kann wohl nur ein Proviſorium ſein. Wenn wir wieder ſtabile Verhältniſſe haben, muß eine andere Regelung erfolgen. Wir ſtimmen zu unter der Vorausſetzung, daß bald eine endgültige Regelung der Gehaltsfrage erfolgt. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog**: Die größte Anzahl der Beamten macht in regelmäßigem Wechſel Tages- oder Nachtdienſt. Es ſind nur 6 Beamte, die keinen Nachtdienſt tun Die Polizeibeamten haben den Antrag geſtellt, daß alle Beamten, die über 15 Jahre im Polizeidienſt ſind, aus dem regelmäßigen Dienſt herausgenommen werden und einen leichteren Dienſt tun. Die Polizeibeamten haben ſich mit der Regelung einverſtanden erklärt. Wenn die Polizeibeamten bei der Gehaltsregelung ein höheres Gehalt bekommen, wird doch der Anſpruch auf die Nachtdienſtzulage aufrecht erhalten. Eine Übernahme der alten Polizeibeamten in Magiſtratsdienſte iſt nicht ohne weiteres durchführbar, da hierfür beſondere Vorſchriften beſtehen. — Stadtv. **Voye** (Soz.) ſtellt den Antrag, daß auch den inſpizierenden Polizeibeamten für den Nachtdienſt die Zulage gewährt wird. — Hierauf wird die Magiſtratsvorlage und der Antrag des Stadtv. Voye mit knapper Mehrheit, wobei die Linke in der Mehrheit iſt, angenommen.

Bewilligung von Mitteln zur Aufklärungstätigkeit des Vereins zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals.

Der Stadtv. Dr. **Rademacher** (Dn.) begründet den Magiſtratsantrag wie veröffentlicht und gleichzeitig den in der heutigen Nummer unſerer Zeitung veröffentlichten Magiſtratsantrag auf Annahme einer Entſchließung für die Südlinie des Mittellandkanals, indem er um Zuſtimmung zu den beiden Anträgen bittet. — Bürgermeiſter Dr. **Moſebach** unterſtützt die Anträge und weiſt beſonders darauf hin, daß **am**

kommenden Donnerstag eine große öffentliche Verſammlung in der „Funkenburg“ hier

ſtattfindet, in welcher der Vorſitzende des Vereins zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals in Braunſchweig, Geh.-Rat **Stegemann**, über die Südlinienführung des Mittellandkanals — Verbindung über Staßfurt zur Saale, die Kanaliſierung der Saale bis Merſeburg und die Ausführung des Elſter-Saale-Kanals Merſeburg—Leipzig ſprechen wird. Er bittet den Stadtv. **Krüger**, beſonders als Abg. zur Preußiſchen Landesverſammlung, die geſamten Stadtverordneten wie auch die breiteſte Öffentlichkeit, an dieſer wichtigen Verſammlung teilzunehmen. Die Südlinie ſei der Nordlinie überlegen und es beſtehe große Neigung, ſie auszuführen. — Stadtv. **Rademacher** ſchließt ſich namens der Elſter-Saale-Kanal-Geſellſchaft den Bitten des Vorredners an. — Stadtv **Krüger** (Soz.): Selbſtverſtändlich werde ich an dieſer Verſammlung teilnehmen. Die Angelegenheit iſt außerordentlich wichtig. Ich bedauere es, daß die Städte unter der Linie Bernburg ſo ſpät zur Agitation angetreten ſind. Wir haben als ſchärfſten Gegner die Stadt Magdeburg. Wir haben alle Minen ſpringen zu laſſen, um die Anhänger für die Südlinie zu gewinnen. Aber die Induſtrie muß vor allen Dingen herangezogen werden, wie die Kali- und die Kohleninduſtrie und die aufkommenden Induſtrien im Harz. Im großen und ganzen ſind die Vorteile für die Südlinie größer, aber ſie ſind nicht propagiert worden. Die Preußiſche Landesverſammlung wird nur über die Linienführung beſchließen. Bekommen wir die Südlinie nicht, dann iſt alles futſch. Wir müſſen nur für die Südlinie Propaganda machen. Ich möchte empfehlen, daß alles getan wird. — Stadtv. **Wolf** (U. S.): Wie ſollen wir der Südlinie unſere Zuſtimmung geben, da wir uns vorher nicht genügend aufklären konnten. Von den Anhängern der Nordlinie wird angeführt, daß die Südlinie 9 Kilometer länger ſei und daß ſie mehr Schleuſen brauche. Wir müſſen auch die Allgemeinheit berückſichtigen und dürfen keine Kirchturmpolitik treiben. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog**: Die Angelegenheit iſt ſchon einmal in der Stadtverordneten-Verſammlung ſehr eingehend zur Sprache gebracht werden. Das Material über die Südlinie iſt im Rathaus vollſtändig durchgearbeitet worden. Daß die Entſchließung heute beantragt wird, liegt daran, daß der Regierungspräſident darüber eine Meinung hören will, wie wir uns zu dem Kanalprojekt der Südlinie ſtellen. Von Kirchturmpolitik kann hierbei keine Rede ſein. Ich lege Wert darauf, daß die Entſchließung von der Stadtverordneten-Verſammlung einſtimmig gefaßt wird, ſie kann deshalb auch bis nach dem erwähnten Vortrag des Geheimrat Stegemann am Donnerstagabend zurückgeſtellt werden. Ich bitte aber heute um die Bewilligung der 1000 ℳ für die Propaganda. Magdeburg hat 100 000 ℳ für die gegneriſche Propaganda bewilligt. Das Projekt der Südlinie iſt für das ganze Saalegebiet von der größten Wichtigkeit. — Stadtv. **Rademacher** bittet dringend **um die Annahme der Entſchließung in der heutigen Sitzung und zwar**

einſtimmig. Wir treiben keine Kirchturmpolitik, ſondern müſſen die Intereſſen Merſeburgs vertreten — Stadtv. **Krüger** (Soz.): Bei der Nordlinie muß man mit den Niederſchlägen rechnen, was bei der Südlinie gänzlich wegfällt. Außerdem werden die Waſſerkräfte, die geſtaut werden, wieder zur Gewinnung elektriſcher Kraft verwandt. Die Nordlinie geht durch ganz landwirtſchaftliche Gebiete als Durchgangsſtraße von Oſtdeutſchland und Oberſchleſien nach dem Weſten. Dagegen hat aber die Südlinie eine ungeheure Bedeutung für die verſchiedenſten Induſtriegebiete. Außerdem wird aus anderen politiſchen Gründen bald die Vorlage an die Landesverſammlung zur Entſcheidung gehen, damit Preußen den Kanal baut und nicht das Reich. Ich habe mich in der Kommiſſion davon überzeugt, daß die Südlinie die wichtigſte und vorteilreichſte Linie iſt. — Erſter Bürgermeiſter: Die Verlängerung der Südlinie gegenüber der Nordlinie iſt nur eine theoretiſche. Die Südlinie iſt jetzt für uns viel wichtiger wie vor dem Krieg. — Stadtv. **Heilmann** (Dem.) hat ebenfalls die Überzeugung gewonnen, daß die Südlinie viel wichtiger iſt und bittet, die Bedenken fallen zu laſſen. — Stadtv. **Wolf** (U. S.): Die Ausführungen des Kollegen Krüger und des Erſten Bürgermeiſters haben mich überzeugt, meine Bedenken fallen zu laſſen. Von der Fraktion des Stadtv. Rabemacher laſſen wir uns nicht über Kirchturmpolitik und Politik für die Allgemeinheit belehren. Ich bitte um Annahme der Entſchließung. — Stadtv.-Vorſt. **Junker** ſchließt ſich gleichfalls der Südlinie an und bittet um heutige Annahme der Entſchließung. Die Verſammlung genehmigt darauf die Bewilligung von 1000 ℳ als Beihilfe an den Verein zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals in Braunſchweig und faßt dann

einſtimmig die nachſtehende Entſchließung für die Südlinie des Mittellandkanals.

Die ſtädtiſchen Körperſchaften zu Merſeburg ſtellen ſich einſtimmig auf den Standpunkt, daß die Weiterführung des Mittellandkanals alsbald mit allen Kräften in Angriff genommen werden muß. Als Linienführung kommt nach ihrer Anſicht allein die Südlinie in Betracht, weil durch ſie verkehrsreiche Gegenden durchſchnitten werden und der bisher hauptſächlich für die anderen Liniefühhrungen angeführte Grund des ſchnellen Durchgangsverkehrs nach dem Oſten durch den Verluſt bisher deutſchen Gebietes im Oſten an Bedeutung völlig ververloren hat. Weiter halten es die ſtädtiſchen Körperſchaften einſtimmig für unbedingt notwendig, daß ſofort von der Südlinie aus der Anſchluß nach der Saale ſtattfindet, daß die Saalekanaliſierung gleichzeitig durchgeführt wird bis zum Anſchluß des Elſter-Saale-Kanals.

Für dieſe Entſchließung iſt maßgebend, daß nur durch eine derartige Linienführung das große Wirtſchaftsgebiet um Merſeburg und oberhalb Merſeburgs an der Saale und Unſtrut und das Wirtſchaftsgebiet im Freiſtaat Sachſen günſtig an dieſes Kanalunternehmen angeſchloſſen werden kann.

Dieſer für die volkswirtſchaftliche Entwicklung Deutſchlands ſo außerordentlich wichtige Erfolg kann durch keine der anderen Linienführungen erreicht werden. Insbeſondere iſt dies nicht erreichbar durch den Plan, neben der Saale einen Stichkanal entlang zu führen, der bei Bernburg über die Saale hinwegführt und über Halle unmittelbar nach Leipzig geht, weil dieſer Plan, abgeſehen von den außerordentlich hohen Koſten, die dieſe Ausführung ſowieſo unmöglich erſcheinen laſſen, das ganze große Wirtſchaftsgebiet um Merſeburg und Saale aufwärts oberhalb Merſeburgs und an der Unſtrut endgültig von einem Kanalanſchluß abſchließt. Dieſer Plan iſt daher als nicht nur den Intereſſen eines engeren, wenn auch ſehr wichtigen wirtſchaftlichen Gebietes widerſprechend, ſondern auch aus Gründen der allgemeinen Volkswirtſchaft unbedingt abzulehnen.

Erhöhung der Steuerzuſchläge vom 1. Oktober 1919 ab.

Stadtv. **Krüger** (Soz.) begründet den Magiſtratsantrag wie veröffentlicht und empfiehlt dem Stadtverordneten-Kollegium den Beitritt zu dem Antrag, da wir die Verpflichtung haben, eine geordnete Finanzwirtſchaft zu führen. — Stadtv. **Bothe** (Dn.) tritt aus denſelben Gründen für die Vorlage ein. — Erſter Bürgermeiſter **Hertzog** bittet ebenfalls um Annahme. Stadtv. **Fiedler** (U. S.): Wir müſſen ja dieſe direkten Steuern bewilligen, bitten aber, gegen den hier herrſchenden Lebensmittelwucher ſchärfſtens vorzugehen. — Erſter Bürgermeiſte: Ich wäre dankbar für die Angabe eines Weges, ein geſetzlicher Weg **beſteht bis jetzt leider nicht. — Stadtv. Mahlo (Dem.): Die Vorlage** gibt keine Aufklärung darüber, ob die kürzlich beſchloſſene Neuregelung der Gemeindeſteuer auch hierfür zu trifft. Er bringt die Sprache auf die Steuerveranlagung der älteren und jüngeren Beamten. — Erſter Bürgermeiſter: Die kürzlich beſchloſſene Neuregelung der Gemeinde-Einkommenſteuer trifft auch hierfür zu. — Stadtv. **Bothe** (Dn.): Das Steuerprivileg der Beamten fällt durch das Reichs-Einkommenſteuergeſetz weg. — Stadtv **Mahlo**: Meiner Anſicht nach ſind die älteren Beamten ſchärfer beſteuert wie die jüngeren. — Stadtv. **Grimm** (Dem.) erklärt dieſe Annahme für irrig. Hierauf ſchließt die Ausſprache und die Steuererhöhungen finden die Zuſtimmung der Verſammlung. Danach werden zur Deckung des für das Rechnungsjahr 1919 vorausſichtlich eintretenden Fehlbetrages von 304 500 ℳ die Steuerzuſchläge mit Wirkung vom 1. Oktober wie folgt erhöht:

Die Zuſchläge zur Staats-Einkommenſteuer um 135 Prozent,
die Gewerbeſteuer um 135 Prozent,
die Grund- und Gebäudeſteuer um 135 Prozent = 1,9 vom Tauſend des gemeinen Wertes.
die Betriebsſteuer um 70 Prozent.

Damit war gegen 8 Uhr die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt und man trat in eine Geheimſitzung ein.

Gerichtsverhandlungen.

Kilian-Prozeß in Halle.

h. Halle, 8. Dez. Der Zeuge Geſchäftsmann **Höllein** machte intereſſante Ausſagen über die Plünderungen, woraus hervorgeht, daß dieſe planmäßig organiſiert waren. Des Zeugen Ladenfenſter in der Kl. Ulrichſtraße wurde eingeſchlagen und ausgeraubt unter dem Vorwand, aus dem Hauſe wäre geſchoſſen worden. Er hatte Tags darauf erfahren, daß ſich 40—50 Mann in der Hermannſchule gewaltſam Gewehre angeeignet hatten, um die Plünderungen durchzuführen. Auf die Einwendungen des Zeugen, daß durch die Regierungstruppen die Ordnung wieder hergeſtellt wird, ſei ihm vom S.-Rat geſagt: „Seien Sie unbeſorgt, die Plünderungen wären ohnehin gekommen.“ Sie ſollten aber erſt am Sonntag beginnen, darüber wären ſich S.-Rat und Sicherheitsregiment einig geweſen. Die Ausſagen des Zeugen werden vom Gericht protokolliert. — Polizeiwachtmeiſter Lau bekundet: Als er am 10. Januar die Maſchinengewehre am Stadthaus geſehen und darauf im Roten Turm den Wachthabenden gefragt, was das bedeuten ſolle, habe dieſer erklärt: „Das wiſſen Sie nicht, was los iſt? Die Bürgerlichen machen einen Umzug, die knallen wir alle nieder.“ 10 Minuten ſpäter ſei der Angriff der Arbeiter auf die Demonſtranten erfolgt. An den Diebſtählen auf dem Bahnhof hätten ſich die Sicherheitspoſten ſtark beteiligt. Ein aus einem erbrochenen Wagen geſtohlener Kübel Butter ſei ſelbſt in der Wachtſtube zur Verteilung gekommen. — Zeuge **Klauß** teilte mit, daß Sicherheitsſoldaten, welche Gefangene im Lazarett Slawick hätten bewachen ſollen, ſich ins Bett gelegt und den Gefangenen ihre Kleidung überlaſſen hätten, die darin dann in die Stadt gegangen und Diebſtähle ausgeführt hätten. Das ſei jede Woche 3—4mal vorgekommen, bis er die Sache zur Anzeige gebracht habe. — Der Oberwachtmeiſter **Trebinger** hat am 10. Januar den Demonſtrationszug mitgemacht und in der Nähe des Leipziger Turmes ſchon von Frauen die Warnung vernommen, daß auf den Zug geſchoſſen werden würde. Bald darauf ſeien auch Schüſſe, mindeſtens drei gefallen, und an der Ulrichskirche hätten Sicherheitsſoldaten die Straße abgeſperrt und den Weiterzug zu verwehren geſucht. Es ſei dann zu Schlägereien gekommen. Sicherheitsſoldaten hätten mit dem Kolben dreingeſchlagen und mit ſchlagenden Latchern ſympathiſiert. Beſonders habe ſich der Kampf um eine von Studenten geführte ſchwarz-weiß-rote Fahne entwickelt, die bald erobert und zerriſſen worden ſei. — Major v. **Mayernitz**, der die 2. Abteilung der Landesjäger führte, ſchilderte den Einzug der Truppen nach Halle. Die Beſetzung des Bahnhofes erfolgte ohne Störung. Auf dem Marſch nach der Charlottenſchule wurden die Landesjäger durch höhniſche Zurufe beläſtigt. Das an die Matroſenkompagnie geſtellte Ultimatum nahmen dieſe bedingungslos an. Noch ehe die Charlottenſchule beſetzt werden konnte, wurde aus dem gegenüberliegenden Hauſe ein Schuß abgegeben, dem eine regelrechte Schießerei folgte, wobei verſchiedene Perſonen verwundet wurden. Es wurde dort ein größeres Waffenlager, darunter 40 Maſchinengewehre gefunden. — Zeuge **Schleutermann** ſagte aus, daß der Angeklagte am 3. März geäußert habe: „Ich habe es von einem Offizier gehört, die Regierungstruppen ſind viel zu ſchwach, um ſich wehren zu können, die müſſen heraus.“ Der Angeklagte beſtritt, die Äußerung in dieſer Weiſe getan zu haben. Es werden noch mehrere Zeugen vernommen, deren Bekundungen teils für, teils gegen den **Angeklagten lauteten. Der Inhaber des Weinhauſes Broskowski ſchildert** die Plünderungen ſeines Geſchäftshauſes, wobei er einen Schaden von 640 000 ℳ erlitt. Er und ſeine Familie ſeien in größter Lebensgefahr geweſen.

In der Sonnabend-Sitzung teilte der Gerichtsvorſitzende mit, daß bereits ein zweiter Brief ihm vorgelegt ſei, in welchem Zeugen, die für den Angeklagten ungünſtig ausgeſagt, bedroht worden ſind. Selbſt eine Mutter, deren Sohn als Zeuge vernommen, ſei bedroht worden. Rechtsanwalt Herzfeld verurteilt dies aufs ſchärfſte, teilt aber gleichzeitig mit, daß auch der Verteidigung Drohbriefe zugegangen ſeien. Der Staatsanwalt bat um Zuſtellung der Briefe, damit die Briefſchreiber ſtrafrechtlich verfolgt würden. — Es ereignete ſich alsdann noch ein Zwiſchenfall, indem Angehörige der U. S. P. verſucht haben, die Zeugin Krämer, die mit dem Zeugen Weider verkehrt, zu falſchen Ausſagen zu beſtimmen. Die Zeugin ſollte ausſagen, daß Weider 5500 ℳ bekommen habe, um gegen den Angeklagten auszuſagen. Der Staatsanwalt bittet, die biden in Betracht kommenden Zeugen, Redleithner und den Geſchäftsführer des Metallarbeiterverbandes Banſe, nicht zu vereidigen, da ſie einen Verſuch zur Verleitung zum Meineid gemacht haben. Banſe wird aber vereidigt und **Redleithner** ſofort in **Unterſuchungshaft genommen**

In der Freitags-Sitzung ereignete ſich ein **Zwiſchenfall**, indem ſich im Zuſchauerraum ein Mann erhob und laut in den Verhandlungsraum hineinrief: „Ich habe es mit eigenen Augen geſehen, daß jener drüben dieſem hier etwas in die Taſche geſteckt hat.“ Die Zuhörer waren in dieſem Augenblick ganz beſtürzt, denn jener drüben war der ſchwerſte Belaſtungszeuge des Angeklagten, der frühere Spartakiſt **Weider** und der andere ſein Kumpan, der aus der Haft vorgeführte Zeuge **Langer**, der von den ganzen ſpartakiſtiſchen Plänen unterrichtet war. Man glaubte allgemein, daß eine Verſchwörung gegen den Angeklagten geplant war. Juſtizwachtmeiſter Schultz nahm ſofort die Unterſuchung bei Langer vor, ebenfalls ließ der Präſident noch den „Tatbeſtand“ feſtſtellen. Der Wachtmeiſter überreichte dem Präſidenten ein weißes Papierröllchen, das dieſer hin und her drehte, um nach Schriftzeichen zu ſuchen. Es war — **eine Zigarette** mit Goldmundſtück, um die der ſeit Monaten im Gefängnis ſchmachtende Langer den Weider gebeten hatte. Allgemeine Enttäuſchung und Heiterkeit auf den Geſichtern der Anweſenden. Langer war ſomit um den Genuß der Zigarette gekommen.

Die Zeugenausſagen ſind am Sonnabend zu Ende geführt. Montag iſt verhandlungsfrei, um den Staatsanwälten Gelegenheit zu geben, ſich mit der Anklage und den Zeugenausſagen eingehend zu beſchäftigen. Dienstag finden dann die Plädoyers der Staatsanwaltſchaft ſtatt, woran ſich die Reden der Verteidiger ſchließen dürften.

reges Mitglied beteiligt und über ausgezeichnete Kenntniſſe der Heimat verfügt, geliefert. Ebenſo zahlreich iſt Dr. Siegmar Schultze-Galléra mit Beiträgen vertreten. Von weiteren Abhandlungen ſeien genannt: Einfluß des Krieges auf die Pflanzenwelt von K. Bernau-Halle, Der Mönch vom Petersberge, Kleinwohnungen und Siedlungen von Bruno Föhr (mit Bild aus der Vogelſchau „Siedlung Gottfried Lindner, Ammendorf“). Auch der Aufſatz über Karl Witte, das Lochauer Wunderkind, verdient Beachtung. In dem Kalender folgen dann wichtige Nachrichten für die Landbewohner: Verzeichnis der Märkte, Poſtgebühren, Winke für Küche, Haus, Garten und Feld und ſonſtiges Wiſſenswertes. Allen, die Beziehungen zu dem Saalkreiſe haben oder etwa dort anſäſſig ſind oder waren, ſowie überhaupt den Freunden der Heimat ſei der Kalender, der ſich auch als Weihnachtsgeſchenk eignet, beſtens empfohlen.

Vermiſchtes.

* **Einbruch in den Münchener Ratskeller.** Diebe drangen, nachdem ſie die Eiſenſtäbe der Fenſter durchfeilt hatten, in den Münchener Rathauskeller, öffneten das Büro des Pächters, erbrachen den Kaſſenſchrank mit einem Stemmeiſen und ſtahlen aus ihm außer der Sonntagseinnahme noch 172 000 ℳ, und zwar 50 000 ℳ in Banknoten und 122 000 Mark Wertpapiere.

* **Beſchlagnahme von 5 Millionen Mark 50-Rubel-Scheinen.** Auf dem Bahnhof **Küſtrin-Neuſtadt** wurden fünf Millionen Mark in 50-Rubel-Scheinen, die von einem ruſſiſchen Offizier in zwei großen Koffern in Potsdam aufgegeben waren, beſchlagnahmt; das Geld ſollte ins Baltikum geſchafft werden. Der Offizier entkam.

* **Vergiftungen nach dem Genuß von Pferdefleiſch.** In **Duisburg** ſind nach dem Genuß von Pferdefleiſch zahlreiche Bewohner an Fleiſchvergiftung mehr oder weniger ſchwer erkrankt. Die Zahl der Erkrankungen beträgt annähernd zweihundert; bislang iſt **ein Todesfall** zu verzeichnen.

Amtsblatt der Stadt Merſeburg

Stück 20
Dienstag, den 9. Dezember
1919

Lebensmittel

vom 15. bis 21. Dezember 1919 auf den Kopf:
300 Gramm Weizenmehl zu 51 Pf. auf Bezugſchein 85.
1 Pfd. Saft zu 2,10 M. auf Bezugſchein 86.

Abgabe der Bezugſcheine Mittwoch, den 10., und Donnerstag, den 11. Dezmber d. Js.

In den Gaſt- und Speiſewirtſchaften iſt für Mittageſſen abzugeben Bezugſchein 85.

Einreichung der Forderungsnachweiſe wie üblich.

Verkauf nächſte Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919. L A II 3575/19.
Das ſtädtiſche Lebensmittelamt.

Ausgabe von Margarine

am Sonnabend, den 13. Dezember 1919.

Es werden zugeteilt:
100 Gramm Margarine zum Preiſe von 94 Pf.

Auf jede Zuſatzfettmarke (nur mit dem Aufdruck K) 50 Gramm Inlandsbutter zum Preiſe von 60 Pf.

Fettmarken mit dem roten Aufdruck G ſind nur mit 50 Gramm Margarine zu 47 Pfg. zu beliefern.

Auf die roten L-Marken iſt nichts zu verabfolgen.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919. L A II 3576/19.
Das ſtädtiſche Lebensmittelamt.

Roßfleiſch-Verkauf am 10. Dezember 1919

bei Hoffmann, Brühl 6,
nachmittags von 2—3 Uhr auf die Nummern 1301—1400
" " 3—4 " " " " 1401—1500
" " 4—5 " " " " 1501—1600
auf Feld 4 der Roßfleiſchkarte.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919.
L A I 1165/19. Das ſtädtiſche Lebensmittelamt.

Anmeldung des Bedarfs an Saatkartoffeln

vom Mittwoch den 10. Dezember 1919 ab

im Rathaus, 1 Treppe, Zimmer 14-15, und Große Ritterſtraße 5 (Kartoffelſtelle). Die Größe und Lage der Anbaufläche iſt anzugeben. Beſitzurkunden (Kaufverträge, Grundbuchauszüge uſw.) ſind mitzubringen. Schluß der Meldefriſt **Mittwoch, den 17 Dezember 1919.**

Merſeburg, den 6. Dezember 1919. L A II 3540/19.
Das ſtädtiſche Lebensmittelamt.

Pappelverkauf.

Auf dem der Stadtgemeinde Merſeburg gehörigen Rittergut **Werder** ſollen etwa ⅓ der am Saaledamm vom ſogenannten Ellernbuſch ab ſtehenden Pappeln vom Stamm weg meiſtbietend verkauft werden.

Beſichtigung auf vorherige Anmeldung bei Herrn Rittergutspächter Wendenburg im Gute Werder jederzeit geſtattet.

Angebote ſind unter dem Kennwort „Pappeln“ an den Magiſtrat der Stadt Merſeburg im verſchloſſenen Umſchlag bis zum 20. Dezember 1919 einſchl. abzugeben.

Die Oeffnung der eingegangenen Angebote findet am 22. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr, im Dienſtzimmer des Bürgermeiſters Dr. Moſebach, Rathaus, 2 Treppen, ſtatt.

Merſeburg, den 3. Dezember 1919.
II 1031/19. Der Magiſtrat.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht.

Der Magiſtrat hat am 11. November 1919 an Stelle des Bürgermeiſters Dr. Moſebach, der ſtellvertretender Vorſitzender geworden iſt, den **Stadtrat Wölfel zum Vorſitzenden des hieſigen Gewerbe- und Kaufmann-gerichtes gewählt.** Die Verpflichtung hat unterm 29. 11. 1919 ſtattgefunden.

Merſeburg, den 2. Dezember 1919.
III 910/19. Der Magiſtrat.

Geſchäftsſchließung.

Dem Kohlenhändler **Willi Weber**, Lauchſtedter Straße 24, hier, iſt der Verkauf und die Anfuhr von Kohlen und anderem Heizmaterial vom 8. Dezember d. J. bis einſchl. 19. Januar 1920 wegen Unzuverläſſigkeit unterſagt. Gleichzeitig wird feſtgeſetzt, daß der von der Anordnung Betroffene die Koſten der Veröffentlichung zu tragen hat.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919.
P I 6879/19. Die Polizeiverwaltung.

Geſchäftsverkehr im Rathaus.

Für den Sprechverkehr ſind geöffnet:
die Verwaltungsgeſchäftszimmer vormittags 9—12½ Uhr,
die Kämmerei- und Steuerkaſſe vorm. 8—12 Uhr, Sonnabends 8—1 Uhr.

Merſeburg, den 7. Oktober 1919. I 3251/19.
Der Magiſtrat.

Kaſſenſtunden der ſtädtiſchen Sparkaſſe.

Werktags 8—12½ Uhr vormittags,
außerdem Freitag nachmittag 3—4 Uhr.

Merſeburg, den 28. Oktober 1919.
X 559/19. Der Magiſtrat.

Die Hilfe
Wochenſchrift für Politik, Literatur und Kunſt
Begründer D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer
Probeheft koſtenfrei.
Vierteljahrespreis 5 Mark.
Verlag der „Hilfe“, Berlin NW. 40.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merſeburg.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an beſtimmt vorgeſchriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünſche der Auftraggeber nach Möglichkeit berückſichtigt.

Für die Aufmerkſamkeiten und vielen Geſchenke zu unſerer **Vermählung** ſagen wir allen unſern herzlichſten Dank!

Merſeburg, d. 9. Dez. 19.

Karl Patzſchke und Frau
Ida geb. Jonitz.

Montag, den 8. Dez., nachm. ½3 Uhr entſchlief ſanft nach langer ſchwerer Krankheit unſer liebes Kind, mein lieber Bruder

Walter

im 11. Lebensjahre. Dieſes zeigt ſchmerzerfüllt an

Familie Franz Fauſt.

Die Beerdigung findet Donnerstag vorm. 10 Uhr vom Trauerhauſe, Wagnerſtr. 6, aus ſtatt.

Stube mit 2 Betten frei

Neumarkt 32.

Möbliertes Zimmer

f. beſſ. Herrn z. vermieten, ſofort beziehbar. Wo? ſ. d. Exp. d. Bl.

Angenehmer Mieter ſucht

möbliertes Zimmer

für ſofort oder ſpäter. Offerten unter 1526 a. d. Exped. d. Bl.

Einfach möbliertes Zimmer

per ſofort geſucht. Offerten erbeten **Hermann Schladitz,** Kl. Ritterſtraße 11.

Möbliertes Zimmer

f. 2 Herren od. 2 Zimmer geſ. Off. unt. 1534 a. d. Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer

von beſſerem Beamten ſofort geſucht, evtl. mit Penſion. Angebote an „Hotel Müller“, Zimmer 24.

Suche 2 Zimmer

gut möbliert, mit 2 Betten für Vater und Sohn bis Mai in nur gutem Hauſe. Offerten unter 1532 an die Exped. d. Bl.

Junger Mann ſucht Logis

bei Kriegswitwe, a. l. a. d. Lande, ſpätere Heirat nicht ausgeſchl. Off. unt. M 1529 a. d. Exped.

Welcher Grundbeſitzer am Leunaer Weg verkauft

½ Morgen Land

bei guter Bezahlung? Offerten unter 1459 an die Exped. d. Bl.

---

500 Mark Kriegsanleihe z. Höchſtpr. z. verk. Off u 1524 a. d. Exp.

---

1 dunkelblauer Ulſter

zu verkaufen Weiße Mauer 11, 2 Tr.

Neuer Anzug,

für Mittelfigur bis 1.75 m paſſend, zu verkaufen. Wo? ſagt die Expedition d. Bl.

Luftflinte, Ueberzieher, Hoſe, Schuhe (Größe 45)

zu verk. Wo? ſagt die Exp. d. Bl.

---

1 Paar neue Damenſchuhe Gr. 39, derb, fl. Abſ., z. verkauf. Meuſchauer Str. 15, 1 Tr.

---

1 Paar Damenſchuhe (Gr. 40)

abzugeben Friedrichſtraße 24.

---

1 Paar Schuhe Größe 38

zu verkauf. Teichſtr. 25, i. H. l.

Ein Tiſch und ein Küchenſchrank

preiswert zu verkaufen Kolonie Rößen, Merſeb. Str. 47.

Fahrrad

mit neuer Gummibereifung zu verkaufen Wallendorf 1, Hof.

Gute Geige

nebſt Zubehör preiswert zu verkaufen Schmale Straße 16.

Guitarre, Trommel und Puppenſportwagen

billig zu verkaufen Neumarkt Nr. 32.

Schaukelpferd

auch zum Fahren, Preis 60 M., iſt zu verkauf. Z. erfr. i. d. Exp.

Puppenwagen u. a. Spielſachen

zu verkauf. Burgſtr. 3, 1 Tr.

Puppen-Badehaus

zu verkaufen Apothekerſtraße 2, 2 Tr. l.

---

1 Puppenſtube, 1 Puppenwagen

ſehr gut erhalten, verkauft Seitenbeutel 1.

Komplette Eiſenbahn und Herren-Paletot

preiswert zu verkaufen Parkſtraße 5.

Pflaumenbaumſtämme

zu Säulen paſſend, zu verkaufen. Zu erfragen i. d. Exp. d. Bl.

Heute 4 Uhr morgens entschlief nach langem, sehr schweren Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwager und Onkel,

der Oberlandessekretär

Oskar Pensing

Inhaber mehrerer Orden

im Alter von 50 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt im Namen aller Hinterbliebenen an

Frau Elli Pensing und Söhne.

Merseburg, den 9. Dezember 1919.

Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Nachruf

Am 7. Dezember d. Js. starb unser lieber Kamerad, der Kriegsveteran

Herr Heinrich Reinecke.

Als einen unserer besten und treuesten Kameraden werden wir sein Andenken in Ehren halten.

Merseburg, den 8. Dezember 1919.

VEREIN EHEM. KAMPFGENOSSEN.

Bekanntmachung.

Die Büroräume der Landkrankenkaſſe befinden ſich jetzt **Domſtraße 4** (chemal. Steuerbüro), Zimmer 4.

Merſeburg, den 8. Dezember 1919.

Der Vorſtand der Land-Krankenkaſſe.

Bekanntmachung.

Durch das Abwickelungsamt des Preußiſchen Kriegsminiſteriums iſt angeordnet worden, daß Anträgen auf Bewilligung von Beihilfen für

a) Verluſte von Bekleidungs- uſw. Stücken, ferner
b) in Kriegsgefangenſchaft in Verluſt geratenes Bargeld, Brieftaſche uſw., ſowie
c) Fluchtkoſten aus Kriegsgefangenſchaft

nur noch entſprochen werden kann, wenn ſie bis zum 30. Dezember 1919 bei einer militäriſchen Dienſtſtelle ſchriftlich geſtellt ſind.

Für Kriegsgefangene gilt als Friſt ein Monat nach der Entlaſſung aus dem Durchgangslager oder nach dem Betreten deutſchen Gebietes.

Anträge zu a bis c ſind alſo bis ſpäteſtens 30. Dezember 1919 an die Verſorgungsſtelle Weißenfels (früheres Bezirkskommando) zu richten und zwar:

von ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten an die Heimkehr-Abteilung,
von den ehemaligen Angehörigen des Beurlaubtenſtandes, Landſturms uſw. an die Abteilung Kaſſe.

Nach Ablauf vorgenannter Friſten eingehende Anträge müſſen grundſätzlich unberückſichtigt bleiben und ſind daher als abgelehnt zu betrachten.

Weißenfels, den 5. Dezember 1919.

Verſorgungsſtelle.
Römer, Major und Vorſtand.

Vogelkäfig 90×90

zu verkaufen Brühl 2.

---

2 große Läuferſchweine

ſtehen zum Verkauf. Wo? ſagt die Exped. d. Bl.

Kinderbett mit Matratze

aus beſſ. Hauſe zu kauf. geſucht. Off. unt. 1535 a. d. Exp. d. Bl.

Jagdhund

zu kaufen geſucht
Gotthardtſtraße 15.

Sofort geſucht gebrauchte

Regiſtrier-Kaſſe

mögl. 4 od. 6 Additionen bezw. Schubladen u. klein. Kaſſe. Angebote m. Preis u. beiden Fabrik-Nr. an R. Jäſchke, Breslau 2, Neudorfſtraße 37a.

Heu

trifft in den nächſten Tagen ein.
Offeriere fuhrenweiſe ab Corbetha.
Hugo Held, Corbetha (Bhf.).
Telephon Amt Dürrenberg 20.

Preußiſche Elſter-Saale-Kanal-Geſellſchaft.

Zu dem am

Donnerstag, den 11. Dezember d. Js., abends 8 Uhr
in der Funkenburg

ſtattfindenden

Vortrages

des Geſchäftsführers der Vereinigung zur Förderung der Südlinie des Mittellandkanals Herrn Geheimrat Stegemann aus Braunſchweig über die

Südlinie des Mittellandkanals und den Elſter-Saale-Kanal

bitten wir unſere Mitglieder, alle Intereſſenten und die Bevölkerung von Merſeburg und Umgegend um zahlreiches Erſcheinen.

Preußiſche Elſter-Saale-Kanal-Geſellſchaft m. b. H.
Dr. Rademacher.

Trinkt
Dr. Oetker's Tee
deutſcher Herkunft
Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz
Er ſchmeckt ähnlich wie chineſiſcher Tee!

Achtung! Achtung!

Jeder Einwohner von Merſeburg leſe und ſtaune!

Kaufe nur Mittwoch, den 10. Dezember, in Merſeburg

alte künſtliche und zerbrochene Zähne

ſowie ganze Gebiſſe, Platin, zerbrochene Gold- und Silber-Gegenſtände.

Zahle pro Zahn 8—15 Mk., Gebiſſe in Platin und Gold bis 300 Mk., Brennſtifte bis 25 Mk. das Stück, Platin bis 80 Mk. das Gramm.

Einkauf findet ſtatt im Hotel „Goldene Sonne“, am Markt, Zimmer 1, von früh 8 bis abds. 7 Uhr.

Särge in den einfachſten bis zu den feinſten Ausführung. i. groß. Auswahl empf.
Hugo Schwimmer, Sargmagazin, Neumarkt 22.

Damenwäsche u. Wäschestoffe
Kleiderstoffe in Wolle u. Seide

empfiehlt

Rudolf Krämer, Merseburg,
Christianenstrasse 7. — Telephon Nr. 444.

Scheuertücher wieder eingetroffen.

Wertpapier-depotzwang.

Wir richten hiermit an unſere Sparer, Kunden und auch Nichtkunden die Bitte, die Wertpapiere möglichſt in den erſten Morgenſtunden an unſerer Kaſſe einzureichen. Es iſt ſonſt für uns ausgeſchloſſen, die große Menge von Depots täglich aufzuarbeiten. Die Anleihezinſen werden bei Fälligkeit den Spar- und Scheckkonten gutgeſchrieben. Es iſt daher die Vorlage des Sparbuches oder Angabe der Nummer des Scheckkontos erforderlich. — Im Hinblick auf die bevorſtehenden Jahresabſchlußarbeiten bitten wir dringend, die Wertpapiere bis ſpäteſtens

15. Dezember 1919

an unſerer Kaſſe einzuliefern. Tgb. Nr. 500/19. Sp.

Merſeburg, den 4. Dezember 1919.

Die ſtädtiſche Sparkaſſe.

Optikermstr.
Fiſcher

MERSEBURG, Markt 24,
Spezialiſt
für moderne Augengläſer.

Suche

für einen ernſten, kurzentſchloſſenen Käufer (hohe Anzahlung) einen Beſitz von

10000—30000 Morgen Größe

Vorverhandlung und Beſprechung, etwa bei Auflöſung großer Fideikommiſſe, werden in diskreter und ſachgemäßer Weiſe durch meine beamteten Sachverſtändigen ohne Koſten und Verbindlichkeiten meinerſeits in Berlin oder an Ort und Stelle geführt.

Julius M. Bier,

Berlin, Leipziger Straße 26.
Gegründet 1890.

Metall- u. Kautschuk-

Stempel

liefert

Heinrich Heßler
Merseburg
Kirchstr.
Nr. 7

Große Ladung

Kohlrüben

eingetroffen

Ia Weißkohl

Ausn.-Preis Mk. 12,00, nur dieſe Woche

Gemüſebau Riſchmühle

Chriſtbäume und Tannenreiſig

zum Decken u. zur Dekoration gibt ab Louis Kühlemann, Schmale Straße 7.

Chriſtbäume

ſind eingetroffen.
Müller, Brauhausſtr. 10.

Chriſtbäume

verkauft zu ſoliden Preiſen

Hermann Peege
Entenplan 3.

Casino

Die beiden kleineren Säle u. kleine Vereinszimmer ſind noch einige Wochentage frei

---

Zöpfe und Haarnetze

in allen Farben vorrätig. Auffärben getragener Zöpfe.

Otto Stiebritz, Gotthardtſtr. 32.

Als paſſendes **Weihnachtspräſent** empfehle

pa. Roßhaar-Beſen

zu billigſten Preiſen
Annenſtr. 11, I
Sixtiberg 8,
1 Treppe

Tiſchlerleim,

Kaltleim, garantiert gute Ware. Bei Abnahme eines Probefaſſes von 30 bis 50 kg M. 3.25 pro Kilogramm.

Ia Büroleim,

gelb, von 5 kg an pro Kilogramm M. 3.75. Verſand geg. Nachn.
H. B. Freis, Bremen 11, Oſterdeich 230.

Ritter
Flügel u. Pianofabrik
Halle a/S.
gegr. 1828.

„Kopra I“

Das Ideal für die Nerven und gegen Schlafloſigkeit iſt erhältlich in allen einſchl. Geſchäften, bei K. Atzel, Adler-Drogerie, Entenplan, oder direkt von F. A. Hoffmann, Teutſchenthal.

— Spezialitäten en gros. —

Rachen- und Naſenkatarrh

auch hartnäckige Fälle heilt in 3 Tagen

Spirol

Erhältlich in Apotheken, Drogerien, ſowie allen einſchlägigen Geſchäften.

Proben und Proſpekte durch Max Hahn, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Klavier-Unterricht

erteilt
Otto Renner, Markt 18.

---

2 Herren, 22 und 23 Jahre, wünſchen die Bekanntſchaft zweier jüngerer Damen zwecks Theaterbeſuch uſw. Spätere Heirat nicht ausgeſchloſſen. Offert. unt. 1530 an die Exped. d. Bl.

Jg. Mann

Handwerker, 27 Jahre alt, ſucht anſtändige Dame oder Kriegerwitwe mit etwas Vermögen zwecks Heirat. — Offert. unt. 1525 a. d. Exp. d. Bl.

---

2 ſtrebſame Herren,

nicht unter 21 Jahre alt, unbeſcholten, erhalten nach kurzer Probetätigkeit feſte Anſtellung als

Außenbeamter

bei erſter Verſicherungs-Geſellſchaft. — Angebote unter L G 4361 an Haaſenſtein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Pförtner

für eine Fabrik ſofort geſucht. Angebote mit Lebenslauf u. Gehaltsanſpr. u. 1522 a. d. Exp. d. Bl.

Jung. Bäckergeſelle

ſofort geſucht Delgrube 41.

Putzarbeiterin,

im garnieren geübt, findet ſofort Stellung
A. Koppmann, Burgſtr. 7.

Zu bald

jüngeres Mädchen

aus guter Familie geſucht, die Luſt hat, neben dem Stubenmädchen ſich als ſolches auszubilden. Gefl. Meldungen an Rittergut Groß-Kayna, bei Frankleben.

Ordentliches Dienſtmädchen vom Lande ſucht z. 1. 1. 20 Stellung im Haushalt. Gefl. Offert. unt. 1533 an die Exp. d. Bl.

Kuvert mit Kinder-Photographien

in der Dammſtraße verloren. Bitte gegen Belohnung abzugeben Schulſtraße 10, Blumen-Geſchäft.

Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk. durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk. durch die Poſt 4,80 Mk. ausſchließlich Beſtellgeld, durch unſere Vertreter auf dem Lande 4,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfg.
Geſchäftsſtelle: Kleine Ritterſtr. 3.

Neueſte Nachrichten für Stadt und Kreis Merſeburg

Anzeigenpreis: Für den ſiebengeſpaltenen Millimeterraum 10 Pfg. im Reklameteil 60 Pfg. für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen entſprechender Aufſchlag. Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 280 Mittwoch, den 10. Dezember 1919 46. Jahrg.

Die Radikaliſierung der Unabhängigen.

Der Traum von der Wiedervereinigung der ſozialdemokratiſchen Gruppen iſt ausgeträumt.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben bisher ſtets behauptet, daß nur ſie allein echte und wahre Sozialdemokraten ſeien, weil die Mehrheitsſozialiſten gegen das Erfurter Programm gröblich verſtoßen und deshalb keinen Anſpruch mehr hätten, als Sozialdemokraten zu gelten. Nunmehr aber werden die Unabhängigen, nachdem ſie auf ihrem Parteitag in Leipzig zum Bolſchewismus hinübergeſchwenkt ſind, ihren Namen „Unabhängige ſozialdemokratiſche Partei Deutſchlands“ ändern müſſen. Denn ſie haben die Demokratie preisgegeben und bekennen ſich rückhaltlos zur Diktatur des Proletariats. Einſtimmig hat der letzte Parteitag der Unabhängigen in Leipzig ein Aktions programm angenommen, worin es heißt:

> Die Diktatur des Proletariats iſt ein revolutionäres Mittel zur Erringung der ſozialen Demokratie. Die Organiſation der ſozialiſtiſchen Geſellſchaft erfolgt nach dem Räteſyſtem. Um dieſes Ziel zu erreichen, bedient ſich die Unabhängige Sozialdemokratie planmäßig und ſyſtematiſch gemeinſam mit den revolutionären Gewerkſchaften und den proletariſchen Räteorganen aller politiſchen, parlamentariſchen und wirtſchaftlichen Kampfmittel Das vornehmſte und entſcheidende Kampfmittel iſt die Aktion der Maſſe. Die U. S. P. verwirft gewaltſames Vorgehen einzelner Gruppen und Perſonen.

Noch deutlicher als bei dieſer Entſcheidung über das Aktionsprogramm trat in Leipzig das Abſchwenken der Unabhängigen zum Bolſchewismus in der Ausſprache über die Stellung zur Internationale hervor. Es handelt ſich um die Frage, ob die bei Kriegsausbruch zuſammengebrochene (zweite) Internationale auf einem Sozialiſtenkongreß in Genf zu neuem Leben erweckt oder Anſchluß an die in Moskau von den Bolſchewiſten gegründete (dritte) Internationale geſucht werden ſoll. Drei Reſolutionen lagen dem Parteitag in Leipzig zu dieſem Punkte vor: Hilferding, der Redakteur der radikalen „Freiheit“, repräſentierte hier den äußerſten rechten Flügel. Er trat in ſeiner Reſolution mit äußerſter Zaghaftigkeit an die Frage des Gehens nach Genf heran. Ledebour, der in Leipzig in der Mitte ſtand, und Stöcker, der die Linke führte, lehnten in ihren Reſolutionen den Gedanken an einen Anſchluß an die zweite Internationale unter allen Umſtänden ab, während aber Stöcker den ſofortigen Anſchluß an die dritte Internationale in Moskau forderte, erklärte Ledebour: Nach den Verleumdungen und Schmähungen der Unabhängigen durch die Bolſchewiſten würden wir Unabhängigen unſere Ehre verletzen, „wenn wir als Waſchlappen und Lakaien nach Moskau gingen und dort anklopften, ob man uns gütigſt hereinlaſſe“. Ledebour verwirft deshalb den ſofortigen Anſchluß an Moskau, er fordert eine gemeinſame Konferenz, auf der die deutſchen Unabhängigen als Gleichberechtigte mit den Moskauer Kommuniſten und deren Filialen zuſammenſitzen.

Und was wurde beſchloſſen? Anſtatt einer der drei Reſolutionen von Hilferding, Ledebour oder Stöcker wurde eine neue Reſolution der Parteileitung und der Kontrollkommiſſion angenommen, welche eine Abſage an die zweite Internationale ausſpricht und als Ziel aufſtellt die Schaffung einer „aktionsfähigen proletariſchen Internationale“ durch Zuſammenſchluß der Unabhängigen mit der dritten Internationale und den ſozialrevolutionären Parteien der anderen Länder. Dieſe Reſolution der Parteileitung wurde mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen, nachdem die radikalſte Reſolution Stöcker mit 169 gegen 114 Stimmen abgelehnt war. Vorher jedoch hatte der Parteitag zur Reſolution der Parteileitung den Zuſatz angenommen:

> „Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt ſein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, ſo iſt der Anſchluß von der deutſchen U. S. P. allein vorzunehmen.“

Damit haben ſich die deutſchen Unabhängigen den ruſſiſchen Bolſchewiſten unterworfen. Aus dieſer Radikaliſierung der Partei hat der Parteitag in Leipzig ſofort die Konſequenzen gezogen bei der Neuwahl des Vorſtandes. Eigentlich war nur ein Nachfolger für Haaſe zu wählen. Der Geſamtvorſtand wurde aber genötigt, ſich zur Neuwahl zu ſtellen. Bei dieſer Wahl fiel ſelbſt ein Ledebour als nicht radikal genug durch. Die beiden ganz Radikalen Criſpien und Däumig wurden mit 263 bezw. 151 Stimmen zu Vorſitzenden der Partei gewählt, während Ledebour nur 124 Stimmen erhielt. Auf dem Parteitag der Unabhängigen im März waren zunächſt Haaſe und Däumig zu Vorſitzenden gewählt worden; als dann aber plötzlich Haaſe erklärte, mit Däumig, der ſich im Januar mit ihm nicht habe auf dieſelbe Kandidatenliſte ſetzen laſſen wollen, nicht zuſammenarbeiten zu können, wurden Criſpien und Haaſe mit dem Vorſitz betraut.

Von welchem Geiſte der Parteitag in Leipzig beſeelt war — dafür einige Proben. Lebhaften Widerſpruch verzeichnet der Bericht der „Freiheit“ nach den Worten eines verhältnismäßig gemäßigten Delegierten: Unſere Politik muß die Politik des Möglichen ſein.“ — Ein Delegierter aus Köln erklärte: „Wir ſollten unſeren Ehrgeiz dareinſetzen, eine Partei links von uns überhaupt unmöglich zu machen.“ Die Unabhängigen ſind auf dem Wege nach dieſem Ziel. Denn der „Freiheit“-Redakteur Hilferding ſagte in Leipzig von der Moskauer Internationale, der ſich die Unabhängigen unter allen Umſtänden anſchließen wollen: „Ihr Geiſt geht dahin, daß ihr nur angehören kann, wer die taktiſchen Maßnahmen der Bolſchewiki billigt.“

Friedensfragen.

Vor der Entſcheidung.

Aus Berlin wird berichtet: Die Meldungen aus dem Auslande über die unmittelbar bevorſtehende Antwort der Entente widerſprechen ſich inhaltlich zwar vollkommen, haben aber doch das eine gemeinſam, daß ſie erkennen laſſen, daß der Augenblick der Entſcheidung jetzt herannaht. Die nächſten Tage, vielleicht ſchon die nächſten Stunden, werden Klarheit darüber ſchaffen, wie ſich die außenpolitiſche Kriſe, die eigentlich ſeit der Note Clemenceaus vom 1. November latent war, weiter entwickeln wird. Das Reichskabinett iſt am Montag morgen zu einer Sitzung zuſammengetreten. Ob es von dem Inhalt der in Ausſicht ſtehenden neuen Note der Entente durch Herrn von Lersner vertraulich bereits Mitteilung bekommen hat, wiſſen wir nicht, möchten es aber faſt vermuten. Und gerade deshalb iſt es nicht ohne Bedeutung, daß die allgemeine Stimmung innerhalb der Regierung ſeit Freitag um einige Schattierungen zuverſichtlicher geworden iſt. Dabei iſt zweierlei voneinander zu unterſcheiden. Zunächſt einmal die Forderung der Entente, die für jeden Kriegsgefangenen eine Tonne Schiffsraum verlangt. Deutſchland hat dagegen einen Schiedsſpruch verlangt, hat aber darüber hinaus auch noch ſehr weitgehende Entſchädigungsvorſchläge gemacht, durch die Clemenceau vor die klare Beantwortung der Frage geſtellt wird, ob es ihm bei dem Schadenerſatz für die Verſenkung der deutſchen Flotte wirklich nur um den Rechtsanſpruch zu tun iſt, oder ob die Verſenkung nur den Vorwand bieten ſoll für neue Laſten, die das wirtſchaftliche Hochkommen Deutſchlands dauernd unmöglich machen ſollen. Uns iſt der Ausſpruch eines unſerer führenden Sachverſtändigen bekannt, der ſich dahin äußerte, daß die ganze Auslieferung unſerer Handelsflotte in ihren Folgen nicht ſo kataſtrophal geweſen iſt, wie die Abgabe unſerer Kräne und Bagger ſein müßte. Haben wir keine Bagger mehr, dann verſanden unſere Flußmündungen und Häfen, haben wir keine Kräne und Docks mehr, dann iſt es für uns unmöglich, neue Schiffe zu bauen und dann hat die Entente von ſelbſt die Handhabe, nach Ablauf des erſten Jahres uns neue „Strafen“ aufzuerlegen wegen Nichteinhaltung des Friedensvertrages.

Von noch größerer grundſätzlicher Bedeutung aber iſt die Forderung, daß wir ſelbſt der Entente durch Unterzeichnung des Schlußprotokolls das Recht geben ſollen, jederzeit bei uns einzumarſchieren, alſo den Kriegszuſtand auch im Frieden zu verewigen. Daß wir ſie gegebenenfalls nicht daran hindern können, iſt eine glatte Selbſtverſtändlichkeit. Aber es iſt doch etwas anderes, ob die Entente ſich ſpäter zu einem ſolchen Vorgehen unter Druck des Friedensvertrages entſchließen würde, oder ob ſie aus unſerer eigenen Unterſchrift für ſich einen Rechtsanſpruch ableiten will. Deswegen kann es ſich hier kaum wie im erſten Fall um ein Kompromiß oder um Erſatzangebote handeln. Das iſt eine grundſätzliche Frage, die nur mit einem klaren Ja oder Nein beantwortet werden darf. Deshalb bedeutet das Verharren der Entente auf dieſer Forderung auch einfach die Wiederholung der Schickſalsfrage vom 23. Juni. Wir ſind noch einmal ſo weit, entſcheiden zu müſſen, ob ein Ende mit Schrecken nicht doch vielleicht beſſer iſt, als der Schrecken ohne Ende. Und es beſteht wenig Wahrſcheinlichkeit, daß die Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung ſich für die zweite Alternative entſcheiden wird.

Noske gegen die Unterzeichnung.

Reichswehrminiſter Noske erklärte einem Korreſpondenten der „Daily Mail“ in Berlin, daß für Deutſchland der Augenblick gekommen ſei, mit letzter Energie den Forderungen der Alliierten zu widerſtehen. Die Alliierten können das Land beſetzen, wenn ſie wollen. Der Friede, den ſie uns jetzt anbieten, iſt nicht ein Friede, ſondern eine Verlängerung des Kriegszuſtandes. Die Annahme eines ſolchen Vertrages würde das Volk dahin bringen, an den Männern, die ihn unterzeichnen ſollten, Rache auszuüben, und dieſe wäre gerechtfertigt. Noske fügte hinzu, daß ſeine Meinung von den andern Mitgliedern der deutſchen Regierung geteilt werde.

Endgültige Beſchlüſſe gegen Deutſchland noch nicht gefaßt.

Wie der Lyoner „Progres“ aus Paris meldet, nahm an der Sonnabendſitzung des Oberſten Kriegsrates auch der italieniſche Generalſtabschef teil. Es ſeien endgültige militäriſche Beſchlüſſe gegen Deutſchland bis Sonnabend abend nicht gefaßt worden. Eine Sitzung des franzöſiſchen Geſamtminiſteriums unter dem Vorſitz Clemenceaus ſollte am Sonntag vormittag ſtattfinden.

Der „Homme libre“ meldet, daß Verhandlungen der Alliierten mit Deutſchland über den 15. Dezember hinaus nicht fortgeſetzt würden.

Gerüchte über den Inhalt des Entgegenkommens.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Zürich: Der Pariſer Berichterſtatter der „National-Ztg.“ berichtet, es ſei ſehr gut möglich, daß mit Rückſicht auf den deutſchen Bedarf an Hafenmaterial auf die 400 000 Tonnen Hafengerät und auf die Klauſel der militäriſchen Zwangsmaßnahmen auf deutſchem Boden verzichtet werde unter der Vorausſetzung, daß Deutſchland endlich mit ſeiner Umwälzung ernſt mache und ſich von der imperialiſtiſchen und monarchiſtiſchen Taktik losſage. Insbeſ[illegible] parlamentariſch regierte[illegible]e Leute vertreten laſſe. [illegible] Vorgehen der Entente b[illegible]ar oder mittelbar die deu[illegible] den Rechten des ancien [illegible]lichen Geſinnung der En[illegible]

[illegible]egenheit.

Au[illegible]mes“ melden aus Paris, [illegible]er amerikaniſchen Delega[illegible] der Scapa Flow-Angeleg[illegible]s.

Na[illegible] Lanſings zur Abreiſe [illegible]s Paris auf den 10. De[illegible]s in der auswärtigen [illegible]ehl Lanſings habe in Par[illegible]heute auf ein entſchieden[illegible]n den Angelegenheiten [illegible]

Ein[illegible]hten unmöglich.

Di[illegible]he Korreſpondenz-Büro [illegible]g. der Kardinal-Staats[illegible]tgeteilt, daß der Heilige[illegible] für die Freilaſſu[illegible]en bis Weihnacht[illegible] wird darauf aufmerkſa[illegible]nd für die Beſſerung d[illegible]rwendet hat, daß aber d[illegible] iſt, weil dadurch falſche [illegible] erweckt werden. Selbſt [illegible]änge, die Haltung der Re[illegible] ſo muß doch darauf h[illegible]ort der Kriegsgefange[illegible]en ſchon aus transporttechniſchen Umſtänden unmöglich iſt.

Die Veröffentlichung der Kriegsakten des Auswärtigen Amtes am 10. Dezember.

Zu der Nachricht über die Veröffentlichung der Dokumente aus den Archiven des Auswärtigen Amtes wird von unterrichteter Seite erklärt, daß die Veröffentlichung dieſer Dokumente in der Bearbeitung von Profeſſor Schücking und Graf Montgelas beſtimmt am 10. Dezember erfolgen ſoll. Im übrigen iſt die Frage aufzuwerfen, ob Karl Kautsky urheblich befugt iſt, ſeine als Sachverſtändiger gewonnene Kenntnis des deutſchen Aktenmaterials in ſeinem eigenen Buche zu verwerten.

Frankreichs Gewaltherrſchaft in Saarbrücken.

Aus zuverläſſiger Quelle verlautet, daß die franzöſiſchen Militärbehörden der Stadt Saarbrücken wegen der letzten Streikunruhen, die bereits zwei Monate zurückliegen, die Zahlung einer ſehr ſchweren Buße aufzuerlegen gedenken. Die Geſamtſumme der

Neueſte Nachrichten.

Verhandlungen zur Ratifizierung des Friedens.

London, 9. Dez. (Reuter.) In Erwiderung auf eine Anfrage ſagte Bonar Law: Zwiſchen den Alliierten und der deutſchen Regierung finden Verhandlungen im Hinblick auf die ſofortige Ratifizierung des Friedensvertrages ſtatt. Es iſt kaum daran zu zweifeln, daß dieſe Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen. — Der Miniſterpräſident Lloyd George erklärte bei einer Verſammlung in Mancheſter: Man habe noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden, denn Deutſchland glaube, daß es aus den Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den Verbündeten und Amerika Vorteile ziehen könne.

Gegen eine militäriſche Aktion gegen Deutſchland.

Baſel, 9. Dez. (T.-U.) Wie die Preß-Information aus Paris erfährt, ſollen ſich Amerika, Japan und Italien gegen eine militäriſche Aktion gegen Deutſchland auch im Falle der Verzögerung der Unterſchreibung der Ententeforderungen ausgeſprochen haben.

Arbeitsaufnahme bei der Vulkanwerft.

Hamburg, 9. Dez. (T.-U.) Die Vulkan-Werft gibt bekannt, daß der Betrieb am morgigen Mittwoch wieder aufgenommen wird. Heute vormittag nimmt eine Arbeiterverſammlung den Bericht der Verhandlungskommiſſion entgegen. Wie das „Hamburger Echo“ dazu erfährt, wird die Arbeit unter den verbeſſerten Bedingungen wieder aufgenommen werden, d. h. mit Einſchluß der Akkordarbeit. Eine Minderheit von Arbeitern wird nicht wieder eingeſtellt werden.

Niederlage der Unabhängigen bei einer Bürgermeiſterwahl.

Gotha, 9. Dez. (T.-U.) Eine empfindliche Niederlage erlitten die Unabhängigen Sozialdemokraten bei der Bürgermeiſterwahl in Ruhla. Dort ſtellten die Unabhängigen dem bisherigen Bürgermeiſter König als eigenen Kandidaten ihren Sekretär Nilius aus Halle gegenüber. Ein Teil der Sozialdemokraten trat offen für den bisherigen Bürgermeiſter König ein, und ſo erhielt der Kandidat der Unabhängigen Nilius nur 279 Stimmen gegen 1233 Stimmen, die für König abgegeben wurden.

Rumänien beſetzt Siebenbürgen.

Clauſenburg, 9. Dez. (Priv.-Tel.) Das Rumäniſche Preſſebüro meldet: Am 4. Dezember beſetzten rumäniſche Truppen das durch den Bukareſter Vertrag von 1913 Rumänien zugeſprochene Gebiet jenſeits der Donau.

Elſaß-Lothringen dankt in der franzöſiſchen Kammer für die Rückkehr zu Frankreich.

Paris, 9. Dez. (Havas.) In der geſtrigen Eröffnungsſitzung der neugewählten franzöſiſchen Kammer verlas der Deputierte Dr. Francois namens der elſaß-lothringiſchen Abgeordneten eine lange Erklärung, in der er auf den Proteſt der Elſaß-Lothringer gegen die Annektion der beiden Provinzen Elſaß und Lothringen in der Nationalverſammlung zu Bordeaux am 17. Februar 1871 hinwies. Jetzt ſchmiedeten die elſaß-lothringiſchen Abgeordneten die Kette der hiſtoriſchen Überlieferung wieder zuſammen. Die Erklärung ſchloß mit dem Ausdruck der Befriedigung über die Rückkehr zu Frankreich und dem Dank an die franzöſiſche Nation und die Alliierten für die Befreiung der beiden Provinzen.

Weiter wird gemeldet:

Die neugewählte franzöſiſche Kammer iſt Montag nachmittag zuſammengetreten. Die elſaß-lothringiſchen Deputierten hielten nach der Eröffnung in corpore ihren Einzug, bei dem ſich ſämtliche Abgeordnete erhoben und ihnen Beifall klatſchten. In einer Begrüßungsanſprache feierte der Alterspräſident die Rückkehr von Vertretern von Elſaß und Lothringen in die Kammer als Kennzeichen einer neuen Ära in der Geſchichte Frankreichs Hierauf verlas namens der elſaß-lothringiſchen Regierung Abg. Dr. Francois die bereits gemeldete Erklärung. Im Namen der Regierung begrüßte ſodann Miniſterpräſident Clemenceau die Brüder von Elſaß und Lothringen und erinnerte an die notwendige Organiſation des Friedens, die erfolgen müßte. Das Werk warte nur auf den Arbeiter.

Franzöſiſche Maßnahmen im Elſaß.

Karlsruhe, 9. Dez. (T.-U.) Der direkte Verkehr zwiſchen Baden und dem Elſaß iſt wieder durch franzöſiſche Grenzmaßnahmen unterbrochen. Die franzöſiſche Garniſon in Kehl iſt beträchtlich verſtärkt worden. Zeitungen aus dem Elſaß kommen nicht mehr nach Baden.

Die Räumung des Baltikums.

Berlin, 9. Dez. (T.-U.) Nach Nachrichten aus Oſtpreußen wird morgen ſpäteſtens übermorgen das letzte deutſche Regiment im Baltikum, das 3. kurländiſche Infanterie-Regiment, die deutſche Grenze überſchreiten. In Pommern kommen jetzt täglich Transporte der zurückkehrenden deutſchen Truppen aus dem Baltikum an.